Montag/Dienstag, 24./25. 12. 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 301 - 52.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 140,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Vorwurf: Der FDP-Politiker Lambsdorff hat dem Düsseldorfer SPD-geführten Justizministerium und den Ermittlungsbehörden vorgeworfen, sein Verfahren im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung für den Flick-Konzern aus politischen Gründen in die Nähe der NRW-Landtagswahl zu verschleppen. (S. 4)

„Kapitulation“: Nach Meinung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger ist der 40. Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 kein Anlaß zum Feiern, da das „Datum für eine der größten, wenn nicht die größte Katastrophe der deutschen und europäischen Geschichte“ stehe. Allerdings könne sich jeder über die „Niederlage Hitlers und seines Regimes“ freuen.

„DDR“-Flüchtlinge: Vier Einwohnern der „DDR“ soll es gelungen sein, auf das Gelände der Botschaft der Bundesrepublik in Prag zu gelangen. (S. 12)

Neuwahlen: Bei den Parlamentsneuwahlen in Singapur gewann die „Volksaktionspartei“ von Ministerpräsident Lee 77 der 79 Sitze. (S. 5)

Zypern: Der zyprische Präsident Spyros Kyprianou kündigte die im April 1982 vereinbarte Zusammenarbeit seiner „Demokratischen Partei“ mit der kommunistischen Akel-Partei auf. Die kritische Entwicklung in der Zypern-Frage erfordere ein größtmögliches Maß an Einheit aller politischen Kräfte. (S. 5)

Israel-Hilfe: Washington verschob die Entscheidung über Israels Ersuchen um 800 Millionen Dollar zusätzlicher Dringlichkeitshilfe. Der Grund: Tel Aviv müsse zuerst seine Bemühungen verstärken, die Wirtschaftskrise zu meistern.

Hungerstreik: Ehemalige politische Häftlinge haben in der Danziger Sankt-Stanislaus-Kirche einen Hungerstreik begonnen. Sie fordern die Freilassung aller politischen Häftlinge und die von Andrzej Gwiazda, einem führenden Vertreter der „Solidarität“.

Exil: Aus Protest gegen die Zensur-Politik der Sandinisten ist Pedro Joaquin Chamorro Junior, Chefredakteur des einzigen *Sprachrohrs der Opposition*, der Zeitung „La Prensa“, nach Costa Rica ins Exil gegangen.

ZITAT DES TAGES



„Der Regierungschef und DGB-Vorsitzende haben gleichermaßen die Verpflichtung, angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage alles zu tun, um die Verhältnisse im Interesse der Menschen zu verbessern“

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit im „Frankfurter Gespräch“ des Hessischen Rundfunks, in dem er regelmäßige Kontakte zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften befürwortete

FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Schiffbau: Im Vergleich zur Konkurrenz aus Fernost sind die Schiffbauer in Europa mit einem Anteil zwischen 13 und 14 Prozent am weltweiten Auftragsbestand weiter zurückgefallen. Die Bundesrepublik hat einen Marktanteil von zwei bis 2,5 Prozent. (S. 13)

Bildschirmtext: Als erste Börse in der Bundesrepublik verbreitet die Frankfurter Wertpapierbörse aktuelle Kurse und statistische Informationen über Bildschirmtext. Das Angebot enthält unter anderem 191 Kassakurse deutscher Aktien, 33 variable Notierungen deutscher Aktien und 157 Rentenkurse. (S. 13)

Unternehmensberatung: Mit Jahresbeginn wird die öffentliche Förderung für kleine und mittlere Betriebe eingeschränkt. Für allgemeine Beratungen werden höchstens noch 7540, für Existenzgründungs-Beratungen 2500 und für Energieeinsparungs-Beratungen 600 Mark an Zuschüssen gezahlt. (S. 13)

KULTUR

„Möwe“: Mit Tschechows „Möwe“ in der Regie von Augusto Fernandez präsentierte die Freie Volksbühne Berlin als eine „Leihgabe“ aus Hamburg eines der schönsten und schwierigsten Stücke der dramatischen Weltliteratur. (S. 17)

Rund um den Kaffee: Eine Bibliothek mit 1500 Buchtiteln seit dem 16. Jahrhundert ist Mittelpunkt eines in Zürich eröffneten einzigartigen Museums rund um den Kaffee. Eine erste Ausstellung feiert den Kaffee als einen „Schluck *Kulturgeschichte*“. (S. 17)

Streit-Thema Oder-Neiße-Linie

Seit einigen Monaten wird wieder mit zunehmender Schärfe über die Oder-Neiße-Linie gestritten. Dabei scheinen viele die historischen und völkerrechtlichen Fakten vergessen oder verdrängt zu haben – oder sie kennen sie einfach nicht. WELT-Korrespondent Bernt Conrad hat die Entwicklung seit 1939 nachgezeichnet. Seite 6

SPORT

Fußball: Albanien hat gute Chancen, 1986 erstmals an einer Weltmeisterschaft teilzunehmen. Es besiegte Belgien 2:0 und steht in der Gruppe 2 an zweiter Stelle hinter Polen. (S. 8)

Pokal: Der SC Geislingen will Bayer Uerdingens Manager Reinhard Roder verklagen. Er soll nach dem 2:0-Sieg seines Teams im *DFB-Pokal* einen Geislinger Spieler geschlagen haben. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Himmelsspektakel: Einen künstlichen Kometen, der in den USA der „deutsche“ genannt wird, erleben Millionen Amerikaner zwischen Hawaii und dem Mittelwesten am ersten Weihnachtstag. Satelliten, die im August mit nur einer Rakete gestartet waren, erzeugen den Kunstkometen. (S. 18)

Ungewöhnlicher Auftritt: Tel Aviv feiert derzeit einen ungewöhnlichen Auftritt. In einer Gruppe vereint, interpretieren Hörende und Taube im Tanz die Musik Schostakowitschs. (S. 18)

Wetter: Stark bewölkt mit Regen. Zwischen fünf und neun Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Wir wünschen unseren Lesern und Geschäftsfreunden ein frohes Weihnachtsfest. Die nächste Ausgabe der WELT erscheint am Donnerstag zur gewohnten Stunde.

Sokolow fehlt Verankerung in der politischen Führung

Kein Sitz im Politbüro / Romanow bleibt weiter in Wartestellung

DW. Moskau

Mit der Ernennung von Sergej Sokolow zum neuen sowjetischen Verteidigungsminister in der Nachfolge des verstorbenen Marschalls Dimitrij Ustinow wird sich die sowjetische Militärpolitik nicht ändern. Die Grundlinien dieser Politik – die sowjetische Truppenpräsenz in Afghanistan, Militärhilfe für Vietnam, die dominierende Rolle der UdSSR im Warschauer Pakt sowie die Erhöhung der nationalen Verteidigungsanstrengungen parallel zur Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA – werden nach übereinstimmender Ansicht westlicher Experten von der Berufung Sokolows nicht berührt. Der neue Verteidigungsminister dürfte lediglich über eine eingeschränkte Machtposition verfügen, zumal er im Gegensatz zu Ustinow nicht dem Politbüro angehört. Vielmehr wird Sokolow als Chef der Roten Armee in erster Linie von den politischen Vorgaben der Kreml-Führung abhängig sein.

Unter westlichen Diplomaten gilt Sokolow als Spezialist für Waffenexporte in die Dritte Welt. Seit 1979 soll er auch die Kontrolle über die militärischen Operationen in Afghanistan gehabt haben. Anders als sein Vorgänger gehört er nicht dem Politbüro an, sondern ist einfaches Mitglied des Zentralkomitees. Schon 1976 war er zum stellvertretenden Verteidigungsminister neben Sergej Achromejew und Viktor Kulikow ernannt worden. Der Berufssoldat war 1932 in die Rote Armee eingetreten, der KPdSU gehört er seit 1937 an. 1947 absolvierte er die Militärakademie für Panzertruppen und 1951 die Akademie des Generalstabs.

SEITE 3:
Rüstungslobby und Armee haben an Einfluß verloren

Die Ernennung Sokolows wurde in Moskau als ein Erfolg für den ehemaligen Leningrader Parteichef Grigorij *Romanow gewertet, der zunächst als* möglicher Nachfolger Ustinows gegolten hatte. Der 61jährige Romanow hätte in diesem Fall seine Anwartschaft auf den Posten des Generalsekretärs der KPdSU aufgeben und damit wahrscheinlich den Weg für den 53 Jahre alten Michail Gorbatschow freimachen müssen. Für die Nachfolge von Tschernenko kommt nur ein Politiker in Frage, der gleichzeitig ZK-Sekretär und Mitglied des Politbüros ist. Dies trifft zur Zeit nur auf Gorbatschow und Romanow zu.

Die Mitglieder des Politbüros mit Tschernenko an der Spitze hatten am Samstag Abschied von Ustinow genommen, der im Säulensaal des Moskauer *Gewerkschaftshauses* aufgebahrt ist. Als sich die Sowjetführer am Sarg aufstellten, fiel die Reihenfolge auf: Nach Tschernenko und Regierungschef Tichonow stand Gorbatschow an dritter Stelle.

Die „DDR“-Führung hat den Tod *des sowjetischen Verteidigungs*ministers zum Anlaß genommen, erneut ihre Treue und Ergebenheit gegenüber Moskau zu bekunden. Erich *Honecker würdigte Ustinow in einem* Kondolenzschreiben als „treuen Freund des Volkes der DDR und seiner Armee“. Verteidigungsminister Heinz Hoffmann schrieb: „Die Soldaten des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates verneigen sich vor dem Helden der Sowjetunion.“

DER KOMMENTAR

Kompromiß

CARL GUSTAF STRÖHM

Es war *ein natürlicher*, altersbedingter Todesfall im Kreml – und doch wird das Ableben des sowjetischen Verteidigungsministers Marschall Ustinow die Tendenz und wahrscheinlich auch die politische Richtung der Kreml-Führung verändern. Mit Ustinow ging jener Mann, der wie kein anderer Sowjetführer dafür verantwortlich war, daß nach Breschnews Tod der oberste Chef des Geheimdienstes, Jurij Andropow, den Posten des Generalsekretärs erhielt. Die Kombination von Geheimpolizei (KGB) und Armee samt *militärisch-industriellem* Komplex erhielt durch Andropows Tod ihren ersten schweren Schlag. Nun ist sie durch Ustinows Ausscheiden vollends obsolet geworden.

Der neue Verteidigungsminister, Marschall Sokolow, ist nicht einmal Mitglied des Politbüros. Selbst wenn man ihn früher oder später in das oberste Gremium aufnehmen sollte, er bleibt ein Berufsmilitär ohne tiefe politische Verankerung im Parteiapparat. Auch der Geheimdienst ist seit Andropows Ende nicht mehr im Politbüro repräsentiert.

Zerbrochen ist damit auch die Achse Gromyko/Ustinow, mit der die alte Garde bis zuletzt versuchte, *ihren harten* weltpolitischen Kurs und ihre Verweigerung von Verhandlungen mit den Amerikanern durchzusetzen. Schon in den letzten Monaten, als Ustinow schwer krank war, gewann die „Verhandlungsfraktion“ im Kreml, zu der Parteichef Tschernenko und sicher auch der Politbüro-Benjamin Gorbatschow zählen dürften, an Boden. Gorbatschows jüngster London-Besuch war ein deutliches Signal an die Amerikaner, daß der Kreml wieder mit ihnen sprechen will. Die Altherren-Politik der grenzenlosen Aufrüstung ist, wie man offenbar auch im Kreml erkannt hat, gescheitert.

Für die Deutschen und die Europäer bedeutet dieser Moskauer Schwenk keinen unbedingten Anlaß zur Freude. Der *Dialog wird in der Ära* Tschernenko/Gorbatschow direkt zwischen Moskau und Washington geführt. Dazu braucht man aus Moskauer Sicht keine Dolmetscher. Was Moskau jetzt vielmehr braucht, ist ein „altvertrautes Feindbild“. Reagan und die Amerikaner können es nicht mehr sein. Folglich werden *wohl die Deutschen* beiderseits der Zonengrenze dafür herhalten müssen.

„Chance für drittes Wirtschaftswunder“

WELT-Gespräch mit Wirtschaftsminister Bangemann / „Die Stimmung ist ausgezeichnet“

DW. Bonn

Die Bundesregierung erwartet für 1985 eine weitere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung. Bundeskanzler Helmut Kohl und Wirtschaftsminister Martin Bangemann sprachen von einem positiven Trend im Konjunkturverlauf und auf dem Arbeitsmarkt, der sich 1985 fortsetzen werde.

PETER GILLIES, Bonn

Die Bundesrepublik hat die Chance, ein „neues Wirtschaftswunder“ zu *bewirken, wenn sie „konsequent* die Linien des guten Jahres 1984 in 1985 auszieht“ und ihre innovativen Kräfte entfesselt. Diesen zuversichtlichen *Ausblick gab Bundeswirtschaftsmi*nister Bangemann (FDP) in einem Gespräch mit der WELT. „Die Stimmung ist ausgezeichnet“, meinte er.

Bangemann griff ein Stichwort der britischen „Financial Times“ auf, die kürzlich der Bundesrepublik bescheinigte, sie produziere gerade ihr „drittes Wirtschaftswunder“ nach dem Kriege. „Wenn wir konsequent auf Innovation, *Hochtechnologie*, Ausbildung, Beschaffung von Risikokapital und die Informationsfülle der neuen Medien setzen, uns nicht von Pessimisten und Trübsalblasern ablenken lassen, können wir ein drittes Wirtschaftswunder schaffen.“

„Woran liegt es, daß alle Welt die deutschen Erfolge zur Kenntnis nimmt, nur nicht die Deutschen selbst?“ „Das liegt nicht an der Welt, sondern an den Deutschen“, vermutet Bangemann. Sein Ausblick auf 1985 ist positiv: Der deutsche Export werde „sehr schwungvoll bleiben“, allerdings dürfe es keine Währungsturbulenzen und Handelsbeschränkungen geben, „wie kürzlich leider auch von unseren amerikanischen Freunden“.

SEITE 2:
Wunder mit Tarnkappe

Geht der Aufschwung am Arbeitsmarkt vorbei? „Hier neige ich zu den Optimisten“, entgegnet der Wirtschaftsminister. Im Jahresdurchschnitt werde man zwar nicht unter die Zwei-Millionen-Grenze kommen, aber für einige Monate dürften die Erwerbslosenzahlen auf Werte zwischen 1,8 und zwei Millionen sinken. Auf jeden Fall werde die Zahl der Beschäftigten weiter steigen; da aber auch die Erwerbsbevölkerung zunehme, sinke die Arbeitslosenzahl nicht so rasch, wie die der Beschäftigten steige.

Bangemann wandte sich gegen die These, Rationalisierung vernichte Arbeitsplätze. „Auch Rationalisierungsinvestitionen schaffen auf mittlere Sicht Arbeitsplätze.“ Wenn ein Betrieb modernisiere, setze er zwar in der ersten Phase oft Mitarbeiter frei, aber in der Phase danach sei er wettbewerbsfähiger und frage wieder

● **Fortsetzung Seite 12**

Jaruzelski: Mehr Parteikontrolle

DW. Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat die Notwendigkeit verstärkter Überwachung des *Innenministeriums* durch die Partei betont. Jaruzelski, der dem Zentralkomitee einen Bericht über Veränderungen im Sicherheitsapparat nach der Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko vorlegte, nannte den Mord einen „Einzelfall“. Zuvor hatte ein Parteisprecher allerdings einige personelle Änderungen bekanntgegeben. So seien ein neuer Leiter der für die Überwachung der Parteiarbeit im Innenministerium zuständigen Abteilung und ein neuer Vize-Innenminister ernannt worden.

Während seines Polen-Besuchs hat der italienische Außenminister Andreotti eine Messe in der Stanislaw-Kostka-Kirche besucht und anschließend zusammen mit dem Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Dabrowski, am Grab von Pfarrer Popieluszko gebetet. Andreotti legte auch einen Kranz an Gräbern von italienischen Gefallenen der beiden Weltkriege nieder.

Diskont-Senkung vorweggenommen

sbt. Washington

Mit 5 zu 1 Stimmen hat das Federal Reserve Board der Wall Street innerhalb von vier Wochen zum zweitenmal den Diskontsatz gesenkt, *diesmal* um 0,5 auf acht Prozent. Der niedrigste Refinanzierungszins für Mitgliedsbanken in sechs Jahren tritt heute in Kraft. Das Protokoll der Sitzung des Offen-Markt-Komitees vom 7. November bestätigt überdies, daß damals eine solide Mehrheit für eine leichte Öffnung der Geldschleusen votierte. So wurde die Bandbreite für Notenbanktagegeld um ein auf sieben bis elf Prozent reduziert. Die Entscheidung kam zum Wochenende zu spät, um den US-Aktienmärkten sofort einen neuen Stoß nach vorn zu geben. Die Herabsetzung des Diskonts war jedoch erwartet und am vergangenen Dienstag, als der Dow-Jones-Industrie-Index um 35 Punkte in die Höhe schoß, vorweggenommen worden. Begründet hat das „Fed“ den Schritt mit den seit Juni um rund zwei Prozent gesunkenen Geldmarktzinsen und der Stärke des Dollar.

Seite 13: Gedämpfte Kauflust

Handelsabkommen Moskau–Peking

DW. Peking

China und die Sowjetunion haben sich bei den Verhandlungen des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten *Iwan Archipow* am Wochenende auf den Abschluß eines langfristigen Handels- und Wirtschaftsabkommen für den Zeitraum von 1986 bis 1990 geeinigt. Die Unterzeichnung werde in der ersten Hälfte 1985 erfolgen, hieß es in Peking. Das neue Abkommen löst ein Handelsabkommen vom vorigen November mit nur einjähriger Laufzeit ab, das bereits zu einer spektakulären Steigerung des chinesisch-sowjetischen Handels um 35 Prozent geführt hatte. Es sieht vor allem die Renovierung einer Reihe von Fabriken vor, die in den 50er Jahren von der Sowjetunion an China geliefert worden waren. Beide Seiten vereinbarten außerdem die Unterzeichnung von drei weiteren Abkommen über Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technologischem Gebiet und beschlossen die Gründung einer gemischten Kommission, die die Zusammenarbeit koordinieren soll.

Maltas Premier Dom Mintoff zurückgetreten

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Maltas sozialistischer Premierminister Dom Mintoff ist nach der Rückkehr von einem Staatsbesuch in der Sowjetunion am Samstagabend aus Altersgründen zurückgetreten. Zum Nachfolger des 68jährigen Politikers, der dreieinhalb Jahrzehnte lang die Szene seines Inselstaates beherrscht hat, wählte das Parlament in La Valletta noch am selben Abend den 17 Jahre jüngeren Erziehungsminister Carmelo Mifsud Bonnici. Dom Mintoff behält den Vorsitz der maltesischen Labour Party und sein Parlamentsmandat.

Mintoff, der einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit Libyen abgeschlossen hatte, kam aus Moskau nicht nur mit dem Prestige-Erfolg einer Tschernenko-„Audienz“, sondern auch mit Verträgen über den Bau *von acht sowjetischen* Schiffen in maltesischen Werften zurück. Der Sowjetauftrag wurde offensichtlich im Rahmen einer Anfang dieses Jahres *mit Moskau geschlossenen* Vereinbarung vergeben, worin sich die Sowjets verpflichteten, für 265 Millionen Dollar auf Malta zu investieren.

Nachfolger *Bonnici*, ein Rechtsanwalt, hat sich bisher vor allem als Agitator der Kampagne gegen die katholischen Privatschulen und gegen den Erzbischof von Malta, Monsignore Merzieza, einen Namen gemacht. Er führte auch das linksextremistische Kommando an, das im September dieses Jahres das erzbischöfliche Palais stürmte. Seit 1980 ist er Mintoffs Stellvertreter als Parteiführer und gilt als ideologischer Kopf der Partei.

Seite 2: Goldene Ketten

Reagan und Frau Thatcher auf einer Linie

DW. Washington

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat nach eigenen Worten vom amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan die Zusicherung erhalten, daß das umstrittene amerikanische Raketenabwehrsystem im Weltraum nicht stationiert werden soll, ohne daß zuvor Verhandlungen mit der Sowjetunion stattgefunden haben. Frau Thatcher kehrte gestern von einer sechstägigen Reise, die sie nach Peking, Hongkong und Washington geführt hatte, nach London zurück. Am Samstag hatte sie im Camp David einen längeren Meinungsaustausch mit Reagan, bei dem nicht zuletzt über die in Europa mit einiger Besorgnis betrachtete Gefahr eines Wettrüstens im Weltraum gesprochen wurde. Vor ihrem Heimflug bezeichnete sie die US-Pläne zur Entwicklung von Weltraumwaffen als notwendig, um mit der Sowjetunion Schritt halten zu können. Stationiert werden dürfe ein solches Waffensystem jedoch nicht ohne vorherige Verhandlungen mit der Sowjetunion, fügte sie hinzu.

Inzwischen meldete die „New York Times“, Präsident Reagans Konzept einer strategischen Verteidigung sei vorerst von der Schaffung eines un*durchdringlichen Schutzschildes auf* die Abschirmung der tausend landgestützten Atomraketen der USA reduziert worden. Der wissenschaftliche Berater des Weißen Hauses, *George* Keyworth, wird mit den Worten zitiert, eine „totale Verteidigung“ der USA bleibe Reagans Ziel.

Seite 2: Klarstellung drüben
Seite 12: Einigkeit

Weizsäcker mahnt zu mehr Solidarität

STEFAN HEYDECK, Bonn

Den Willen *zum Frieden* und zur Aussöhnung insbesondere mit den Polen und Russen sowie die Forderung nach mehr Solidarität mit den *Arbeitslosen und den Hungernden in* der Dritten Welt hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker in den Mittelpunkt der traditionellen Weih*nachtsansprache gestellt.* Weizsäcker äußerte, an die Adresse der Supermächte gerichtet, die Erwartung, daß sie „den Weg heraus aus der Rü*stungsspirale suchen und finden*“. Denn die Menschen sehnten sich nach einem Frieden, der „durch mehr gesichert“ werde als durch Waffen *und Abschreckung: „Durch prak*tische Zusammenarbeit, durch Freizügigkeit und durch gerechte Ordnungen.“

Gleichzeitig wies Weizsäcker in seiner ersten Weihnachtsansprache als Staatsoberhaupt, die heute abend von Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt wird, verbunden mit herzlichen Grüßen ausdrücklich auf das Los der „DDR“-Bewohner hin. Denn „unsere Landsleute in der DDR“ trügen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, das sich 1985 zum 40. Mal jährt, „den schwereren Teil der geschichtlichen Last“. „Um so mehr“ schuldeten „wir ihnen einen gewissenhaften, einen verantwortlichen, auf Frieden gerichteten Umgang mit unserer Freiheit“.

Die Einwohner der Bunderepublik Deutschland, die ein „festes und be*währtes Fundament freiheitlicher* Demokratie“ habe, könnten „dankbar sein“ für das, was aus den Ruinen gewachsen sei. Der Bundespräsident: „*Wir haben Freunde gewonnen*, die wir nicht wieder verlieren wollen. Wir sind ein angesehener Partner in der Welt geworden.“ Deshalb gelte es be*sonders, der „unübersehbar großen* Zahl“ der Opfer des Krieges, bei den Verfolgten der Gewaltherrschaft, bei den damaligen Gegnern „und in na*hezu jeder deutschen Familie*“ zu gedenken. Unter Hinweis vor allem auf Polen und Russen, denen „unermeßliches Leid zugefügt“ worden sei, be*kräftigte der Bundespräsident den* „ernsten Willen, uns mit ihnen auszusöhnen, von Volk zu Volk und von Mensch zu Mensch“.

Weizsäcker appellierte angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, „mehr Kraft und Dynamik auf Erneuerung, auf Strukturwandel und Beweglichkeit“ zu verwenden und sich „nicht auf bloße Absicherung bestehender Verhältnisse“ zu beschränken. Es werde beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zwar schon viel unternommen, „aber wir sind noch zu unbeweglich“. Er kritisierte, daß zum Beispiel Lehrer „durch zu starre Regeln“ gehindert würden, arbeitslosen Kollegen durch das Abtreten von Stunden und Gehaltsanteilen zu helfen. Auch würden viele Betriebe „lieber mehr Überstunden arbeiten“ lassen, statt Teilzeitarbeitsuchende zu beschäftigen.

Schließlich rief der Bundespräsident dazu auf, „jetzt während der Feiertage wenigstens einen ganzen Tagesverdienst“ den Hilfs- und Wohlfahrtseinrichtungen zu geben, damit vielen hungernden Menschen in aller Welt das Leben gerettet werden kann. Auch damit könne ein Beitrag zum Frieden geleistet werden. Die Bürger sollten daran denken, daß „andere uns geholfen und mit uns geteilt“ hätten, „als bei uns Not herrschte“.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wunder mit Tarnkappe

Von Peter Gillies

Mirakel bewirkt man nicht, man glaubt an sie. Insofern war das „deutsche Wirtschaftswunder" ein mißverständliches Etikett, wiewohl eine Schmeicheleinheit für das Volk, das so sehr am Boden lag. Aus dem Ausland trifft uns neuerdings die Vermutung, wir befänden uns just in unserem „dritten Wirtschaftswunder" – das erste nach dem Zusammenbruch, das zweite in der Ölkrise der siebziger Jahre, das dritte heute.

Natürlich kann ein Bundeswirtschaftsminister nicht umhin, dazu schwungvolle, wenn auch fein konditionierte Zustimmung zu bekunden. Da mag auch die Taktik mitschwingen, durch forsche Begriffswahl die verbreitete Übellaunigkeit, den deutschen Hang zur Trübsal zu neutralisieren.

Doch bei aller begründeten Zufriedenheit muß es ein Land nachdenklich stimmen, wenn andere es in einem Wunder wähnen, es sich selbst aber in ärmlicher Düsternis vermutet. Gewiß sagt der Durchschnitt nichts über den Einzelfall eines Arbeitslosen aus. Aber für diese Volkswirtschaft sind ein beträchtlicher Wohlstand, sozialer wie äußerer Frieden sowie sehr gute Wirtschaftsaussichten kennzeichnend.

Die Unfähigkeit der Deutschen, diesen ihren Zustand wahrzunehmen (wiewohl privates Glück und öffentliche Tristesse gut miteinander auskommen) ist in der Tat wundersam. Aufschwung und kräftige Fortschritte sind erkennbar, die über Export- oder Stabilitätsrekorde – so sensationell diese auch sein mögen – beträchtlich hinausgehen, weil eine erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kern auch immer mehr soziale Gerechtigkeit schafft.

Die Deutsche Mark fiel den Deutschen 1948 nicht in die Schürze wie Sterntalerchen. Ihr Wunder kam aus schwerer Arbeit, „human capital" würde man heute sagen. Sind auch Güterhunger und Aufbruchstimmung von damals nicht mit heute zu vergleichen, eine Parallele gibt es zumindest: das nächste Wunder, sollte es denn eines sein, kommt aus den Köpfen der Menschen, ihren Erfindungen, aus Arbeit und Wagemut. Wenn freilich ein Lehrling bei der Einstellung schon nach seiner Pension fragt; wenn alle lieber erst verteilen als erarbeiten wollen, dann dauern Wunder etwas länger. Das aber nimmt nicht wunder.

Klarstellung drüben

Von Thomas Kielinger

Eine neue Entente cordiale zu zweit bekräftigten am Wochenende in Washington Präsident Reagan und sein britischer Gast, Margaret Thatcher. Frau Thatcher verwies alle Berichte der jüngsten Zeit, wonach sie den amerikanischen Plänen für eine Weltraumnverteidigung („star wars") ablehnend gegenüberstehe, in den Bereich der Falschmeldungen.

Mehr als das: sie erteilte nachträglich dem Politbüromitglied und präsumptiven Tschernenko-Nachfolger Michael Gorbatschow, der eine Woche in Großbritannien Dampf gegen die amerikanischen Weltraumpläne gemacht hatte, einen öffentlichen Verweis: Die Sowjetunion möge sich keine Hoffnungen machen, in dieser Frage Großbritannien von den USA zu trennen. „Spaltungsversuche sind einfach nicht drin", sagte die eiserne Lady auf ihrer Abschlußkonferenz.

Der Vorgang verrät zunächst die kaltblütige Berechnungskunst der britischen Diplomatie. Margaret Thatcher ließ während des Gorbatschow-Besuchs tagelang die Presse heißlaufen mit Spekulationen über angebliche britische Gegnerschaft zu den amerikanischen Weltraumforschungen. Auch wies sie ihren Gast nicht vor ihrem heimischen Publikum zurecht. Sie zog es vor, Gorbatschow in London privat zu belehren, um ihn in Washington öffentlich zu ohrfeigen. Frau Thatcher wahrte die Spielregeln der Gastfreundschaft und behielt sich die wichtigste politische Botschaft für den Besuch in Washington vor. Ein diplomatisches Kabinettstück.

Die Ohrfeige gilt aber auch der westlichen Presse, in diesem Fall der britischen. Allzu eilfertig nahm sie dem Gast aus Moskau das Beglaubigungsschreiben seiner Propaganda ab; ein deutscher Fernseh-Korrespondent beharrte sogar noch in seinen Berichten aus Washington darauf. Für Gorbatschow bestätigte sich eine alte Erkenntnis der Kreml-Strategie: Daß man nur stark genug gegen langfristige amerikanische Konzepte aufzudrehen brauche, um die öffentliche Meinung im Westen auf seine Seite zu ziehen. Auch auf dem Gebiet der Argumente herrscht noch kein Gleichgewicht der Kräfte.

So ist der britischen Premierminsterin zu danken, daß sie im Vorfeld der Genfer Gespräche die Einigkeit des Westens erneut an die erste Stelle der Strategie setzte.

Gruß an den Ameisenbären

Von Werner Thomas

„Nur ein Marxist-Leninist kann ein echter Revolutionär in Lateinamerika sein." Einer der mächtigsten Männer Managuas, Innenminister Comandante Tomas Borge, hat dieses Bekenntnis jüngst in Havana abgelegt.

Es muß festgehalten werden, weil viele Sympathisanten behaupten, in Nicaragua regierten keine Kommunisten. Willy Brandt beispielsweise will – laut „Spiegel" – eher „ein Ameisenbär" sein, als die Comandantes „totalitäre Marxisten-Leninisten" nennen. Die Sandinisten verbreiteten erfolgreich das Image linker Robin Hoods, besonders in der Bundesrepublik.

Dabei sind sie nach marxistischem Muster an die Macht gekommen, via Koalitionsregierung. Dabei bedienen sie sich der bewährten marxistischen Instrumente: Blockwart-System, Staatssicherheitsdienst, Sondergerichte, aufgeblähter Militärapparat, manipulierte Wahlen. Dabei lassen sie sich in Militär- und Sicherheitsfragen von Ostblock-Experten beraten.

Überdies hat Verteidigungsminister Humberto Ortega, der Bruder des neuen Präsidenten, vor sandinistischen Militärs betont, der Sandinismus und der Marxismus-Leninismus ergänzten einander. Ein Sandinist müsse auch ein Marxist-Leninist sein. Marx und Lenin wiesen die revolutionären Wege.

Und Comandante Bayardo Arce propagierte im Juni dieses Jahres vor Nicaraguas (marxistischer) Sozialistischen Partei die „Diktatur des Proletariats" und verteidigte „die strategischen Bindungen zur Sowjetunion und zum sozialistischen Block". Dies sei „vielleicht die erste Erfahrung, wie man den Sozialismus mit den Dollars des Kapitalismus aufbaut".

Eben deshalb wurde der Marxismus-Leninismus bisher nicht an die große Glocke gehängt. Das könnte abschreckend wirken auf die Dollargeber. Die Reden der Comandantes Ortega und Arce sollten eigentlich geheim bleiben.

Auch Tomas Borge ging in Havana von der Annahme aus, daß seine Worte diskret behandelt würden. „Aus taktischen Gründen", erläuterte er, sei es nicht ratsam, offen solche Geständnisse zu machen. Zu seinem Zuhörerkreis zählten jedoch auch US-Amerikaner, die Tonbandgeräte besaßen.



Ich bin nicht der Weihnachtsmann – ich bin Väterchen Frost! KLAUS BÖHLE

Fröhliche Weihnachten

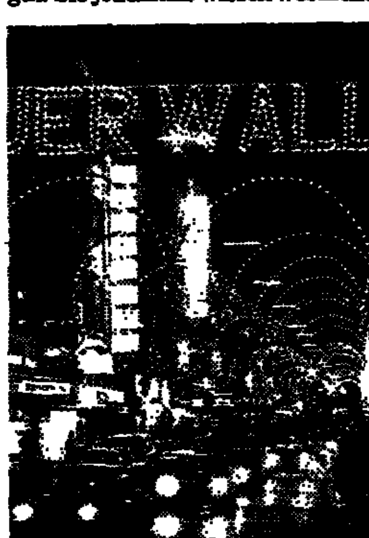
Von Enno v. Loewenstern

Sie kaufen Computer und allerlei anderes elektronisches Spielzeug, das zugleich dem Gebrauch und womöglich der Einübung auf den Beruf gehört; sie kaufen aber auch Bücher, Puppen und das gute alte Mensch ärgere dich nicht. Gerade letzteres paßt in die leise schneeberieselte Landschaft, denn es gehört nach wie vor zum modernen Weihnachtsbrauchtum, daß wohlgenährte Propheten ihre Mitbürger warnen, Weihnachten sei statt einer Zeit stiller Einkehr ein lärmendes Fest des Konsumrausches geworden, wozu die Kaufhäuser auch noch durch weihnachtliche Lieder über Lautsprecher beitrügen. Man solle nicht Geschenke schenken, sondern Liebe schenken, doch in dieser materialistischen Zeit fehle es an den inneren Werten; deshalb würden sie durch äußere Wertgegenstände ersetzt. Kurz und schlecht, zu Weihnachten hat man bedrücktes Gewissen zu tragen. Das frohe Fest hat gefälligst weder das eine noch das andere zu sein.

Der eingeschüchterte Bürger wehrt sich schwächlich mit dem Einwand, das Weihnachtsgeschäft trage doch zur wirtschaftlichen Belebung bei und schaffe somit Arbeitsplätze; dies Stichwort wird ihm schließlich die übrigen 364 Tage im Jahr um die Ohren geschlagen. Die wenigsten sind nervenstark genug zur Gegenfrage: wie macht es der Prophet selber – schenkt er nichts außer Selbstversenkung und Liebesbekundung? Liebe äußert sich nicht zuletzt darin, daß man dem anderen eine Freude zu machen sucht. Dafür sind auch Gegenstände geeignet, die der andere sich wünscht. Wer Liebe für den anderen empfindet, wird sie nicht nur zu Weihnachten empfinden. Aber Weihnachten ist ein schöner traditioneller Anlaß, Liebe eben auch durch Äußerlichkeiten zu zeigen. Wer keine Liebe empfindet, wo Liebe war oder sein sollte, der ist wohl traurig genug dran. Aber auch dann, vielleicht gerade dann ist ein Geschenk, ob Zeloten es nun als Heuchelei verdammen oder nicht, allemal besser als eine kalte Schulter.

Wenn sich jemand wirklich von Weihnachtsliedern im Kaufhauseingang gestört fühlt – wirklich, das heißt, daß er nicht nur glaubt, einer modischen Pflicht des Gestörtseinmüssens nachkommen zu müssen –, so ist die Weihnachtszeit eine lästige Zeit für ihn; die weitaus meisten Mitbürger aber lieben die glitzernden Dekorationen und die Musik, weil sie gerade davon in weihnachtliche Stimmung versetzt werden. Der Mensch ist in seiner Stimmung von äußeren Eindrükken abhängig und braucht sich dessen nicht zu schämen. Auch ohne Gutachten von Psychologen wissen wir, daß Sommersonnenschein fröhlichere Gemüter schafft als Novembernebel; daß der Prunk eines ehrwürdigen Opernhauses mit elegant gekleideten Gästen einen Mozartabend eher genießen läßt als ein kahler Saal mit einem Publikum in Hängepullovern und Blue Jeans.

Zudem ist die Zeit nicht so lange her, in der es wenig zu beißen und noch weniger zu schenken gab. Die Zeit, in der es keinem noch so feurigen Prediger einfiel, seine Mitmenschen zu beglückwünschen, daß sie in ihren Verinnerlichungen durch keinen Konsumrausch gestört würden. Damals opferte man manches auf dem schwarzen Markt für Butter oder Zucker, um den Kindern eine süße Überraschung backen zu können. War das nicht Liebe? Heute kann man solche Sachen zu Normalpreisen und ohne Strafandrohung kaufen. Soll man deshalb darauf verzichten? Den kahlen Saal und die zerschlissene Kleidung – „echt" zerschlissen, ohne modische Nachhilfe – für Schauspiel und Konzert kennen die ehemaligen Kriegsgefangenen nur zu gut. Sie jedenfalls wissen westliche festliche Pracht und Fülle zu schätzen. Auch Flüchtlinge aus dem Osten wissen es; sie pflegen sich als erstes Besuchsziel in der neuen Heimat nicht Kirchen und Museen, sondern den Supermarkt zu wünschen. Mißmut an Frieden und Wohlstand sind ein seltsames Produkt dieses seltsamsten aller Sinnproduzenten auf Erden, der menschlichen Seele, wie ja auch viele die Gesundheit erst zu schätzen und zu schützen wissen, wenn sie sie verloren haben.



Recht zur Freude auch am Äußerlichen: Weihnachtseinkäufer FOTO: DPA

Seien wir gerecht. Die weitaus meisten von uns wissen sehr wohl zu schätzen, was sie haben, und drücken es auf ihre unbeholfene Art in Worten und Geschenken aus. Sie haben aber nebenher zu viel zu tun, als daß sie sich die Zeit nehmen könnten, mit advokatischer Sorgfalt die Sozialankläger zu widerlegen. Eine fröhliche Weihnacht sollten sie sich jedoch nicht verderben lassen; es ist schön, daß sie sich die Freude in der Tat nicht verderben lassen, daß sie wieder fröhlich einkaufen und daß Eltern für ihre Kinder wieder den guten alten Weihnachtsbaum schmücken – das Fest der Familie gewinnt nach all der emanzipatorischen Verschnödung unaufhaltsam seinen Rang zurück, auch und gerade unter den Kindern. Der Mensch ist nicht zum Dauertrübsinn und nicht zum Dauerdagegensein geeignet.

Gewiß sollte jeder von uns auch jetzt, gerade jetzt der Armen gedenken und mehr als ein Scherflein dazu beitragen, ihre Trauer zu lindern (wie viele von uns haben in jener harten Zeit Care-Pakete und andere Geschenke von Amerikanern bekommen, die eben noch gegen dieses Land gekämpft hatten? Wie viele würdigen das heute noch?). Aber keiner braucht sich einreden zu lassen, Wohlstand – eben jener Wohlstand, den die Berufskritiker für dieses Land bei Tarifverhandlungen und ansonsten für jedermann außerhalb unserer Grenzen fordern – sei von vornherein ein Beweis für Hartherzigkeit dessen, der ihn besitzt. Jeder von uns hat das Recht, sich unbehelligt zu freuen, jeder hat das Recht und mehr als das, auch seiner unmittelbar Nächsten zu gedenken und ihnen Freude zu bereiten. Waren es nicht drei Weise, die die ersten kostbaren Weihnachtsgeschenke brachten?

IM GESPRÄCH Doris Lessing

Was ist ein Name?

Von Christian Ferber

Ein ausgezeichnetes, ein sehr trauriges Buch war und ist dieser Roman in der Form von Tagebuch-Aufzeichnungen, den in London der Agent einer gewissen Jane Somers großen Verlagen anbot – etwa dem Hause Cape, das neben anderen bedeutenden Autoren auch Doris Lessing betreut. Cape lehnte ab: Das Buch sei nicht übel, werde aber gewiß kein Geschäft werden. Dies erwies sich als richtig. „Der gute Nachbar", in der deutschen Ausgabe „Das Tagebuch der Jane Somers" genannt, wurde kaum gekauft und wenig rezensiert, in Großbritannien nicht und auch nicht in der amerikanischen Ausgabe bei Knopf.

Knopfs Cheflektor Gottlieb freilich hatte sogleich erkannt, was ihm da angeboten worden war: ein Buch von Doris Lessing. Er blieb unter den Kritikern und Lektoren der einzige mit jenem Gespür, das harmlose Leser bei jedem Kritiker und Lektor vermuten.

Doris Lessing wollte prüfen, was zählt, wenn die große Kulturmaschine so recht klappern soll – Qualität oder ausschließlich ein eingeführter Markenname. Sie hat das deprimierende Resultat wahrscheinlich erwartet, fünfundsechzig Jahre nun alt, und ihr Leben lang gesegnet mit einem Mangel an Scheu vor unerfreulichen Fakten. Sie sagt auch „das Ende dieser vergnüglichen Welt" voraus, womit sie des Westens Welt seit dem Zweiten Weltkrieg meint – hält aber dieses Ende für die Hülle eines neuen Anfangs, der freilich wie stets der Spezies Mensch allenthalben „harte Zeiten" bringen werde.

Sie ist Tochter eines früheren britischen Offiziers, der nicht in England leben mochte, wurde 1919 in Persien geboren und verlebte ihre Kindheit und Jugend auf einer Farm in der britischen Kolonie Rhodesien. Zweimal war sie für kurze Zeit verheiratet, beim zweiten Mal mit dem emigrierten deutschen Kommunisten Gottfried Lessing. Sie fand heraus, daß die Ehe nicht ihre Sache sei, behielt aber den Namen ihres zweiten Mannes – nicht seinetwegen, sondern als gutes Omen im Zeichen eines „europäischen Genies" mit Vornamen Gotthold Ephraim.

Sie ließ sich in England nieder. Vorübergehend hing sie kommunistischen Anschauungen an und auch der Partei, trennte sich aber von beidem, als die Sowjets 1956 in Budapest einmarschierten. Mit Romanen wie



Blamage für den Kulturbetrieb: Doris Lessing FOTO: PETER PEITSCH

dem „Goldenen Tagebuch" oder „Martha Quest" wurde sie weltberühmt. Wer gern Autoren säuberlich in Fächer einordnet, hat es stets schwer gehabt mit Frau Lessing. Sie war und ist eine afrikanische Erzählerin, eine kommunistische, eine europäisch-feministische, eine mystische, eine speziell psychologische – und obendrein noch eine Autorin von höchst anspruchsvoller Science Fiction.

Kurzum, sie ist nichts anderes als eine sehr vielseitige Erzählerin, die mit schmuckloser Entschiedenheit, Erfindungsgabe und Sprachgewalt sich den Gegenständen widmet, die sie selbst interessieren, von denen sie aber auch annimmt, ihre Diskussion sei wichtig für Zeitgenossen. In ihren Büchern ist häufig Autobiographisches zu erkennen, samt dem nüchternen Mittelscheitel und Dutt, der Doris Lessing seit vielen Jahren auszeichnet und sie aussehen läßt wie eine mecklenburgische Pfarrfrau. Abzulesen ist aber auch in jedem Buch, daß unter Scheitel und Dutt ein spekulierendes Hirn sich befindet, das Resultate erbringt. Doris Lessing verkörpert den Typ Autor, der ständig für den Nobelpreis genannt wird und ihn nie bekommt – weil sie den verleihenden Greisen in Stockholm zu unheimlich ist.

Als mit dem „Goldenen Tagebuch" die Feministinnen sie für sich reklamierten, da bekamen sie zu wissen, daß Frau L. zwar nichts gegen Feminismus habe, jedoch, es gebe weitaus wichtigere Dinge auf Erden: Hunger und Elend etwa, und die Gefahr der großen Katastrophe.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Hier heißt es zu Äthiopien:

In dem durch eine große Hungerkatastrophe heimgesuchten afrikanischen Staat Äthiopien starben schon Anfang November viele Menschen täglich an Unterernährung, als sich der marxistische Staats- und Parteichef Mengistu Haile Mariam 1000 Flaschen besten schottischen Whiskys für die Bewirtung von Gästen liefern ließ. Zweieinhalb Tage brauchten seinerzeit die Staats- und Regierungschefs der Organisation für Afrikanische Einheit auf ihrem Gipfeltreffen in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, um sich mit dem drängendsten Problem des Gastgeberlandes, dem Hunger, zu beschäftigen. Und nun beschließt die überwiegende Mehrheit der Vereinten Nationen, in Addis Abeba einen Konferenzpalast zu errichten. Da reiht sich ein politischer Skandal an den anderen, mit dem letzten als Höhepunkt. In der Bundesrepublik und in anderen Ländern spenden Millionen Menschen Millionen von D-Mark, holländischen Gulden, britischen Pfund und amerikanischen Dollar, und andere haben nichts wichtigeres zu tun, als ein Konferenzzentrum in Auftrag zu geben, das wir dann noch mitfinanzieren müssen.

Mannheimer MORGEN

Zumindest die westlichen Industriestaaten hätten ein Zeichen setzen müssen. Statt dessen ließen sich die deutschen Beamten überfahren. Die nachträgliche Entrüstung in Bonn macht vollends klar, daß Genschers Amt geschlafen hat. Dem Außenminister, dem ein nahezu untrüglicher politischer Instinkt nachgesagt wird, mag die Angelegenheit nicht vordringlich erschienen sein. Ein Irrtum zu Lasten der moralischen Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das Essener Blatt schätzt Kohl ein:

Als Helmut Schmidt noch Kanzler war, hatte er bei Umfragen immer einen sehr hohen Kanzler-Bonus. Schmidt rangierte damit lange Zeit über seiner Partei. Bei Helmut Kohl und der CDU liegen die Verhältnisse anders. Kohl hat einen sehr geringen Kanzler-Bonus. Aber da die CDU insgesamt ziemlich hoch rangiert, erscheint Kohl damit stärker eingebettet in seine Partei. Deshalb braucht es ihn nicht sonderlich zu stören, daß sein Kanzler-Bonus mit dem von Schmidt nicht mithalten kann.

Goldene Ketten für den maltesischen Falken

Italiens Südpolitik und die Gefahr der Illusionen / Von Friedrich Meichsner

Als sich die italienische Außenpolitik vor etwa vier Jahren stärker als zuvor mittelmeerisch zu orientieren begann, wurde in Rom – in Anlehnung an die deutsche Ostpolitik – der Begriff „Südpolitik" geprägt. Die anvisierten Ziele waren die Stabilisierung der Lage im Mittelmeerraum als Grundlage auch für eine Befriedung des Nahen Ostens. Man erhoffte sich nicht nur eine politische Entspannung und militärische Entlastung an der eigenen – und damit an der europäischen – Südflanke, sondern auch eine mittelfristige Lösung des italienischen Energieproblems.

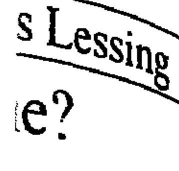
Ein erster sichtbarer Erfolg der „Südpolitik" war der Abschluß eines Neutralitätsabkommens mit dem strategisch wichtigen Inselstaat Malta. Indem Rom den levantinischen Schaukelpolitiker und Malta-Premier Dom Mintoff – bis vorgestern der Premierminister Maltas – an die goldene Kette wirtschaftlicher Entwicklungshilfe legte, versprach es sich Ruhe vor der Haustür Siziliens. Außerdem garantierte das Abkommen, ganz im Sinne des Westens, Maltas Status der Bündnisfreiheit. Die NATO, die 1979 aus La Valletta abzog, hat sich inzwischen recht gut ohne diesen Stützpunkt arrangiert, der noch im Zweiten Weltkrieg für die Engländer von entscheidendem Gewicht war. Heute liegt die Bedeutung der Inselgruppe für den Westen eher in ihrer Neutralisierung: Wichtig ist nicht die eigene Militärpräsenz, sondern die Nicht-Präsenz des potentiellen Gegners.

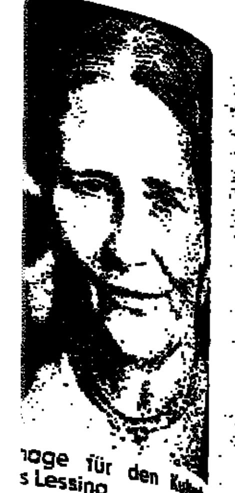
Das Neutralitätsabkommen trug dieser Konzeption Rechnung. Freilich wurde es schon kurz nach seinem Abschluß dadurch etwas entwertet, daß Mintoff in einem Bunker-Abkommen mit Moskau die Treibstoffversorgung sowjetischer Handelsschiffe im Mittelmeer übernahm und dafür sowjetische Wirtschaftshilfe kassierte. Getreu seiner These, daß Maltas einziges Kapital seine geographische Lage sei und daß man mit diesem Kapital wuchern müsse, wollte sich der sozialistische Inselpremier die Neutralität nicht nur von beiden Seiten honorieren lassen. Er erlag auch noch der Versuchung der Preistreiberei gegenüber dem Westen, das heißt vor allem gegenüber Italien. Und als er damit nicht durchkam, erklärte er die Abmachung mit Rom kurzerhand für nichtig und ersetzte sie durch einen Freundschaftsvertrag mit Libyen. Von seinem Nachfolger Carmelo Mifsud Bonnici wurde diese Politik vorbehaltlos unterstützt.

Italiens „Südpolitik" wurde damit in einem neuralgischen Punkt getroffen. Anstatt Ruhe vor der Haustüre Siziliens zu haben, sieht man sich jetzt einem Bündnis der zwei unberechenbarsten Exzentriker unter den maritimen Nachbarn gegenüber. Unisono ertönen heute aus La Valetta und Tripolis die von Moskau vorgesprochenen Protestrufe gegen die sizilianische Raketenbasis Comiso. Und als Ministerpräsident Craxi in der vorigen Woche einen Termin für eine klärende Aussprache mit Mintoff vereinbaren wollte, ließ sich dieser bis zur Abreise zu seinem ersten Staatsbesuch in der Sowjetunion einfach verleugnen. Offensichtlich wollte er sich einem Treffen mit dem italienischen Regierungschef entziehen und seinem Nachfolger dafür in Moskau noch einige neue Trümpfe für die Fortsetzung des alten Schaukelspiels besorgen.

In Italien hat man dieses Spiel natürlich längst durchschaut. Man zögert jedoch, es ebenso abzubrechen wie die Engländer vor einigen Jahren. Denn der Gedanke, daß die nach vorübergehender Abkühlung (wegen einer Auseinandersetzung über Ölbohrungen im Seegebiet um Malta) erneuerte Khadhafi-Mintoff-Freundschaft unter Mifsud Bonnici noch intensiviert werden könnte, läßt in Rom zwar kein Malta-Fieber grassieren, erweckt aber doch einige Besorgnis. Sicher kann man weder bei Mifsud Bonnici noch bei Khadhafi sein, ob sie nicht eines Tages die Worte Neutralität und Bündnisfreiheit in kyrillischen Buchstaben schreiben. So gibt es in Italien Empfehlungen, wenigstens den maltesischen Falken durch eine neue, wenn auch nicht allzu schwere goldene Kette wieder etwas einzuschränken. Mit dem „Bruder Oberst" in Tripolis käme das freilich viel teurer. Denn der hält immer noch eine immense Reparationsforderung für die seinem Land unter italienischer Kolonialherrschaft und im Krieg zugefügten Schäden in Reserve. Gelegentlich zeigt er sie vor, gelegentlich tut er so, als sei sie vergessen. Die Normalisierung des Verhältnisses zu Libyen, die auch eines der Ziele italienischer „Südpolitik" war, ist noch lange nicht in Sicht.

Aktivposten sind demgegenüber die guten Beziehungen zu Ägypten, Tunesien, Jordanien und Saudi-Arabien. Besser scheinen sie – wie jüngst ein Treffen Craxis und seines Außenministers Andreotti mit Yassir Arafat in Tunis vermuten läßt – auch zur PLO zu werden. Das freilich geht auf Kosten des italienisch-israelischen Verhältnisses und findet im römischen Regierungslager keineswegs ungeteilte Zustimmung. Manche fragen sich, ob man sich da nicht eine „südpolitische Illusion" von der Art macht, der in Deutschland einige „Ostpolitiker" erlegen sind.





Rüstungslobby und Sowjetarmee haben an Einfluß verloren

Der wachsende Einfluß des KGB und der Militärs auf politische Entscheidungen scheint gestoppt. Mit der Ernennung des Soldaten Sokolow zum Verteidigungsminister setzte sich die Gruppe um Parteichef Tschernenko und seinen „Enkel" Gorbatschow durch, die als Verfechter einer weicheren Linie gegenüber den USA gelten.

Von CARL G. STRÖHM

Die oft gestellte Frage, ob die Sowjetunion einem neuen „Bonapartismus" – also eine Herrschaft der Militärs – entgegengeht und ob vielleicht schon ein sowjetischer General (Marschall) Jaruzelski auf seine Stunde wartet, ist durch die jüngsten Ereignisse im Kreml zunächst mit einem klaren Nein beantwortet worden.

Nachdem der Tod Andropows die Geheimpolizei aus dem ersten Rang verdrängt hat (was natürlich nicht heißt, daß sie etwa ihre Bedeutung als Herrschaftsinstrument verloren hat), hat nun der Tod Ustinows – des Marschalls aus dem militärisch-industriellen Komplex – die Rolle der Sowjetarmee und der Rüstungslobby deutlich sichtbar reduziert.

Es ist nicht gesagt, daß alle hohen sowjetischen Militärs „Eisenfresser" mit weltpolitisch-imperialen Ambitionen sind. Sicher aber war Ustinow einer der Architekten und eifrigsten Vorkämpfer einer sowjetischen Weltpolitik, die das Heil des Imperiums in einer Kombination von Expansionismus (Afghanistan, Nicaragua und so weiter) und Verweigerung von Verhandlungen sah. In dieser Politik wußte sich Ustinow vor allem mit dem langjährigen Außenminister Gromyko einig.

*Es war dies zum Teil auch ein al*ters- und erfahrungsmäßig bedingter Kurs: Ustinow und Gromyko waren ja einst Stalins hoffnungsvolle junge Leute. Beide glaubten, man könne Europa (die Bundesrepublik) durch eine Kombination von Lockung und Drohung (etwa in der Raketenfrage) von Amerika abspalten. Beide – und *mit ihnen* viele andere Sowjetführer – unterschätzten die Amerikaner und vor allem Reagan.

Ustinow glaubte auch, das Sowjet-Imperium könne seine wachsenden sozialen, ökonomischen und nationalen Probleme durch bloße Disziplinierung der Bevölkerungsmassen überwinden. Deshalb war er der „Königsmacher" bei der Machtübernahme durch Jurij Andropow nach dem Tode Breschnews. Aber Andropow kam nicht zum Zuge. Seine Disziplinierungskampagne mit Hilfe der Geheimpolizei und eines Antikorruptionsfeldzugs (eine kaum getarnte Methode der Abrechnung mit innenpolitischen Gegnern im Apparat) versandete rasch. In der Weltpolitik blieb die Amtsperiode des Todkranken eine Episode.

Schon die Tatsache, daß nach ihm der Breschnew-Freund und Parteifunktionär Tschernenko folgte, deutete auf eine Kursänderung – und auf eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses hin.

Die Frage, ob es im Kreml „Falken" und „Tauben" gibt, wird oft spekulativ gestellt. Die Antworten sind widersprüchlich und verwirrend – weil die Bezeichnung „Taube" vom Westen als eine Art demokratische, positive, verständigungsbereite Haltung an sich und das Wort „Falke" umgekehrt als Verkörperung alles Bösen und Aggressiven betrachtet wird. Mit dieser westlichen Sicht wird man in der Analyse von Kreml-Machtverschiebungen ebensowenig *vorwärtskommen, als würde man ins* Gegenteil verfallen und jegliche Differenzierungen leugnen.

Da im Politbüro Menschen sitzen und weder Dämonen noch Halbgötter, gibt es zwischen ihnen selbstverständlich auch Differenzen – nur verlaufen diese nach anderen Unterscheidungslinien als bei uns.

Da ist einmal der oft zitierte Generationenbruch, den es in jeder Gesellschaft gibt – folglich auch in der sowjetischen. Daß die Fünfzigjährigen nicht begeistert sind, wenn die Siebzig- und Achtzigjährigen nicht in Pension gehen wollen, sondern im Gegenteil die Macht behalten und alles besser wissen – das ist nicht anzuzweifeln.

Kein Zweifel besteht auch an der Tatsache, daß der Parteiapparat der wachsende Einfluß des KGB (Andropow) und des Militärs bei politischen Entscheidungen unheimlich wurde. Das hat zunächst mit „Falken" und „Tauben" nichts zu tun. Es ist eine Frage der Selbsterhaltung. Andropows Antikorruptionskampagne hat das Funktionärskorps in tiefe Unruhe gestürzt.

Ebenso war auch Ustinow Symbolträger einer bestimmten militärisch ausgerichteten Innen- und Weltpolitik. Der erste Schlag, der gegen die Ustinow-Gruppe geführt wurde, war die blitzartige Absetzung eines der begabtesten sowjetischen Spitzenmilitärs – des Generalstabschefs Marschall Ogarkow und seine Ersetzung durch den biederen „Troupier" *Achromejew.*

Offenbar geschah dies bereits im Blick auf die Nachfolge im Amt des Verteidigungsministers. Die „politische" Gruppe wollte keinen Super-Ustinow als Nachfolger – keinen Mann wie Ogarkow, der die ganze bisherige Raketenrüstung der UdSSR als unsinnig kritisiert hatte und statt dessen ganz neue Militärtechnologien, darunter auch den „Krieg der Sterne" propagierte (was wahrscheinlich eine rüstungspolitische Verständigung mit den Amerikanern erheblich erschwert hätte).

Mit dem krankheitsbedingten Machtverfall Ustinows noch zu dessen Lebzeiten gingen sowohl die „Rehabilitierung" (im Sinne von „Wiederherstellung") Tschernenkos und der Machtzuwachs Gorbatschows einher. Vielleicht gibt es hier sogar ein Bündnis zwischen dem „Großvater" Tschernenko und dem „Benjamin" des Politbüros. Beide sind offenbar keine besonders begeisterten Anhänger des von Ustinow, Gromyko und den Scharfmachern propagierten Kurses der totalen Konfrontation gegen die USA und gegen Reagan. Gorbatschow, ein Technokrat, scheint überdies die Problematik wachsender Rüstungslasten bei gleichzeitiger totaler politischer Isolierung und „Feindhaltung" des Kreml gegenüber den Amerikanern erkannt zu haben.

Die Ustinow-Linie hatte zum Ziel, die Amerikaner durch eine gigantische Rüstungsanstrengung aus Europa und aus anderen weltpolitischen Positionen herauszuheben. Dazu wurde in der Raketenkonfrontation von sowjetischer Seite eine Politik des „Alles oder Nichts" betrieben. Zugleich versuchte man, mit Lokkung und Drohung die westeuropäischen Verbündeten der USA gefügig zu machen. Diese Politik ist gescheitert. *Die Westeuropäer schwankten* zwar, aber sie fielen nicht um. Die Rüstungskonfrontation führte statt dessen in Osteuropa zu inneren Spannungen, pazifistischen Unterströmungen und zu einer wachsenden Interessendifferenzierung.

Amerika aber ging unbeirrt weiter seinen Weg – die Sowjets verloren überall an *Einfluß.* Die Spekulation, man könne die Deutschen gegen den Westen ausspielen – die durch gewaltige Friedensdemonstrationen, durch die Grünen und durch Schwankungen innerhalb der Bonner Koalition genährt wurde –, ging auch daneben.

In dieser Lage gewann jene Richtung im Kreml die Oberhand, die eine „Atempause" im Sinne Lenins für notwendig hält und die deshalb mehr mit den USA, der Hauptmacht des Westens, als mit den Nebenmächten zu einem Abschluß kommen will. Vergessen sind die gegen Reagan geschleuderten Moskauer Flüche.

Die mittleren und kleineren Staaten sind wieder auf ihre Zuschauerrolle reduziert worden. Die beiden Supermächte gehen, jeder für sich alleine, aufeinander zu.



Ehrenwache für den gestorbenen Dimitri F. Ustinow im Moskauer Gewerkschaftshaus: Konstantin Tschernenko, Nikolai A. Tichonow, Michail S. Gorbatschow und Andrei A. Gromyko (von rechts nach links) FOTO: AP



Seit 52 Jahren Soldat: Verteidigungsminister Sergei L. Sokolow FOTO: TASS

Ein neuer Stern am Himmel der französischen Küche

Auch wenn die Zeiten schlechter geworden sind, am „Großen Fressen" von Heiligabend bis Silvester wird in Frankreich nicht gespart. Auch um die Zukunft der Küche gibt es keine Sorgen, denn am Gaumenhimmel ging ein neuer Stern auf: Michel Derbane.

Von A. GRAF KAGENECK

Wir sind in Rungis, dem vermutlich größten Umschlagplatz Europas für leibliche Konsumgüter, einige Kilometer südlich von Paris, nahe den Rollbahnen des Flughafens Orly. Es ist kurz vor Weihnachten, und zur Weihnachtszeit verdreifacht sich der Konsum des Durchschnittsfranzosen. Es herrscht die „Grande Bouffe", das große Fressen. Der Handel hat sich darauf einzustellen. Der Ausflug ins Schlaraffenland dauert vom letzten Adventssonntag bis zum Dreikönigsfest, mit den beiden Höhepunkten Heiligabend und Silvester.

Mit den kulinarischen Stichworten Hummer, Austern, Lachs, Gänseleberpastete, Kaviar, Boudin Blanc (eine zarte Weißwurst aus Hühner- und Kalbfleisch), *Truthahn, Schokola*denkuchen, Champagner, Bordeaux und Cognac ist, was in vierzehn Tagen durch 53 Millionen französische Kehlen dringt, hinreichend umschrieben. Auch wenn die Zeiten schlechter geworden sind, der Verbrauch an solchen Köstlichkeiten hat sich nicht im geringsten vermindert. Der Franzose schnallt sich lieber das ganze Jahr über den Gürtel enger, als auf diese Suite von Gaumenfreuden zu verzichten.

Michel Derbane sucht sich mit seinem alten Ford einen Weg durch das unentwirrbare Knäuel von Last- und Lieferwagen. Früher hatte er es einfacher. Da gab es noch die Pariser Hallen mitten in der Stadt, in denen sich alles abwickelte. „Ich erlebte als Kochjunge bei meinem ersten Patron gerade noch das letzte Jahr der Hallen", erzählt er, „aber mit dem Chaos ist es eher schlimmer geworden." 1972 wurde der „Bauch von Paris" aus der Innenstadt hier draußen hin nach Rungis gelegt, wo sich seitdem, der Entwicklung des modernen Fernverkehrs folgend, Lastwagen aus ganz Europa, Züge, ja Flugzeuge aus allen Erdteilen ein tägliches Stell*dichein geben. Sie schaffen nächtlich* frische Fische und Meeresfrüchte von Mittelmeer- und Atlantikküste herbei, Blumen aus Holland, Erdbeeren aus Mexiko, Tonnen von Gemüsen aus den umliegenden Rieselfeldern der Metropole. 17 000 Menschen arbeiten hier. In der Woche vor Weihnachten wurden hier umgeschlagen: *7000 Tonnen Austern, 900 Tonnen* Hummer, Langusten und Langustinen, 800 Tonnen Truthähne und -hennen, 160 000 Weihnachtsbäume aus Dänemark. François Rabelais, der Urvater aller Grande Bouffe, würde hier in Trance geraten, und unsere schönsten Kinderbücher über das Schlaraffenland verblassen vor den Bergen von Lebensmitteln, die sich in den viele hundert Meter langen Hallen auftürmen.

Michel Derbane ist einer von den 25 000 *Pariser Restaurateuren und* Einzelhändlern, die sich hier in Rungis jeden zweiten Tag mit dem Nötigen für ihre Kunden versorgen. Der junge Mischling, Sohn eines französischen Offiziers und einer Algerierin, hat vor drei Monaten sein erstes eigenes Restaurant aufgemacht. Und schon hat er eine „Tocque", eine der begehrten Kochmützen des Guide Gault et Millau, für seine Gaststätte verliehen bekommen. Mit der Note 14 (auf 20) hat er auf Anhieb mehr ge*schafft als viele seiner berühmtesten* Vorgänger. Derbane hat ein ungewöhnliches Talent für die Kochkunst und komponiert seine Gerichte nicht nur mit dem Gaumen, sondern mit den Augen. Er ist ein farbtrunkener Jäger nach immer neuen Kombinationen. Er wollte ursprünglich Maler, dann Modeschöpfer werden, ehe er *sich den Kochtöpfen zuwandte.* Man sagt dem 31jährigen eine noch steilere Karriere voraus und reiht ihn schon jetzt in die ganz Großen der französischen Gastronomie ein. Seinem Restaurant, das unter seinem alten Namen „Les Semailles" vier Generationen von Schlemmern ein Begriff war, gab er die romantische Be*zeichnung „Le Chant du Piano", der* Gesang des Klaviers, wobei Piano ein Argotwort für den Kochherd ist. Wer wüßte nicht, daß ein Herd singen kann?

Michel Derbane arbeitet viel mit Gemüsen, das gibt seinen Platten Farbe. Sehr sorgfältig sucht er seinen *Rohstoff aus. Jeder Händler kennt* ihn, drückt dem schmächtigen jungen Mann im ledernen Wams die Hand und hält ihm den neuesten Artikel aus der Presse über sein Restaurant unter die Augen, denn sie sind alle stolz, daß der aufsteigende Stern am Pariser Gourmethimmel bei ihnen seinen Kohl, seine Salate, seine Pilze, sein Obst und seine Blumen für die Tischdekoration kauft. Sein Fleisch und seinen Fisch läßt er sich täglich frisch vom Großhändler liefern. Aber das, *was das Eigentliche* seiner „Nouvelle Cuisine" aus- und sie für alle Mägen so leicht macht, das zarte frische Gemüse, das am Schluß in Form flüssiger „Coulis" (Gerinnsel) auf den Tisch kommt, das muß hier draußen an der Quelle topfrisch alle 48 Stunden besorgt werden.



Künstler mit Mütze: Michel Derbane FOTO: TIBOR PASZTORY

Am Schluß hat sich ein kleiner Turm von Gemüsekästen gebildet, der nun in den Hinterteil des Ford verstaut werden muß. Es sind immerhin 150 Kilo zusammengekommen. *150 Kilo Gemüse für zwei Tage und 28* Gedecke pro Mahlzeit. 28 Gedecke, das ist für Michel Derbane die Obergrenze, bis zu der er mit seinen beiden Hilfsköchen (darunter ein Japaner, den er in höchsten Tönen lobt) eine gute Küche machen kann. Mühsam suchen wir uns einen Ausweg aus dem Getümmel, gewinnen die Autobahn nach Paris. Derbane muß sich sputen, sein kleiner Gaumentempel liegt am anderen Ende von Paris, am Fuß des Montmartre gleich *neben dem großen Friedhof, auf dem* Heinrich Heine begraben liegt.

Die Pacht wird in Kakao, Nägeln und Tapeten bezahlt

In der Weihnachtszeit ist Zahltag in Altenburschla Hessen. Dann zahlen die Bauern die Pacht für Ländereien, die Landwirten in Großburschla „DDR" gehören. Sie zahlen in Naturalien.

Von BERND HUMMEL

Am Grenzstein 266 ist für den Landwirt Gustav Gehl aus dem hessischen Altenburschla die Welt zu Ende. Rechts begrenzt die Uferböschung der Werra sein Feld, geradeaus versperrt der Metallgitterzaun der innerdeutschen Grenze die Weiterfahrt mit dem Traktor. Jenseits beobachten „DDR"-Soldaten aus Türmen und Erdbunkern das Wendemanöver. Dann reißt der Pflug hinter dem Traktor wieder den Boden auf – diesmal parallel zum Zaun, bis auf Zentimeter heran an die Warnschilder des Bundesgrenzschutzes und die quadratischen Granitsteine, in die die drei Buchstaben „DDR" eingefräst sind.

Bauer Gehl beackert fremden Boden auf hessischem Gebiet, der Eigentümer wohnt ein paar hundert Meter hinter dem Grenzzaun in Großburschla/„DDR".

Gerade zwei Kilometer sind sie voneinander entfernt, die beiden Dörfer *Altenburschla und Großburschla* – das eine in Hessen, das andere in Thüringen gelegen. Bis Kriegsende war das bedeutungslos, erst die befestigte innerdeutsche Grenze, die hier exakt der hessisch-thüringischen Landesgrenze von einst folgt, trennte die beiden Gemeinden.

Die Teilung hat vor Ort eine besondere *Variante: Landbesitzer aus dem* thüringischen Großburschla, die Felder, Wiesen und Äcker durch Zukauf, Erbschaft oder Heirat in der hessischen Gemarkung hatten, verloren ihr Land im Westen. Und den Bauern im hessischen Altenburschla ging es nicht anders: Ihr Land in Thüringen wurde von der „DDR" vereinahmt, die es seither von den Angehörigen der staatlichen „Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaft" (LPG) in Großburschla bewirtschaften läßt.

Die in der „DDR" lebenden Landwirte blieben jedoch Eigentümer ihrer im Westen liegenden Ländereien. Deren Bewirtschaftung haben Freunde und Verwandte in Altenburschla übernommen. Wie etwa der Bauer Gustav Gehl, der das Land hart an der *Grenze beackert. Auf dem einen* Akker werden Weizen und Zuckerrüben angebaut, vom anderen holt er das Heu für sein Vieh. Der Landwirt erzählt: „Wir bewirtschaften das Land für unsere Tante drüben, dafür zahlen wir jährlich 100 Mark an Pacht."

Gustav Gehl ist nicht der einzige. Weitere 20 Einwohner von Altenbur*schla betreuen die Ländereien – zwi*schen einem und 40 Morgen groß –, die Verwandten und Freunden in der „DDR" gehören. Allerdings: Weil ein privater deutsch-deutscher Zahlungsverkehr wegen der Devisenbestimmungen Ost-Berlins nicht möglich ist, wird der Pachtzins einmal im Jahr, nämlich in der Vorweihnachtszeit, auf besondere Weise entrichtet – in Naturalien.

Diese „Zahltage" bekommt einer im Ort besonders zu spüren. Karl Montag, langjähriger Bürgermeister und Ortsvorsteher, gleichzeitig aber auch Inhaber des einzigen Lebensmittelgeschäfts im Dorf, und – Posthalter. Mehr als 200 Pakete wurden in diesen Wochen bei ihm aufgegeben, die meisten von ihnen trugen die Aufschrift: „DDR – 5901 Großburschla". *Ihren Inhalt kennt* Karl Montag, weil der Verkaufsraum seines Lebensmittelgeschäfts und der Postschalter im eigenen Haus nur ein paar Meter voneinander entfernt sind: „Als Pachtzins wird alles geschickt, was es in Großburschla entweder gar nicht oder nur zu hohen Preisen gibt, nämlich Kaffee, Kakao, Südfrüchte und Konserven." Nicht selten sind es aber auch Nägel, Tapeten, Sanitärteile und – vor allem – „Kleinteile für Autos, Mopeds und Fahrräder".

Montag erinnert sich: „In der ersten Zeit nach 1945 war das einfacher, weil die Grenze noch offen war. Da sind wir die paar Schritte nach Großburschla gelaufen und haben den Pachtzins selbst abgeliefert." Das ist heute trotz der vertraglichen Vereinbarung mit der „DDR" über den sogenannten grenznahen Reisverkehr in die thüringischen Nachbarkreise nicht möglich. Denn: Großburschla liegt im Sperrgebiet der „DDR" und somit sowohl für die Einwohner der „DDR" aus dem Hinterland als auch für Westdeutsche nicht zugänglich. Ein Treffen von Verwandten aus den beiden nur zwei Kilometer voneinander entfernten Dörfern ist kompliziert: Dazu reisen dann die Einwohner von Großburschla ins 30 Kilometer entfernte Eisenach, und die Bürger von Altenburschla müssen einen 60 Kilometer langen Anmarschweg in Kauf nehmen, um über Herleshausen/Wartha einreisen zu können. Der Posthalter weiß: „Die Zahlung des Pachtzinses per Paket ist einfacher."

Was aber ist mit dem Pachtzins jener Ländereien von 16 Altenburschlaer Landwirten, die drüben, in der „DDR", liegen? Dieser Frage nahm sich die „Staatsbank der DDR" an und eröffnete für die Grundbesitzer aus dem Westen Sperrkonten, auf denen der Erlös gutgeschrieben wird. *Verfügen* darüber können die Landwirte jedoch nur bedingt. Bei Besuchen drüben dürfen sie 15 Mark „Ost" abheben, pro Tag, versteht sich. Kaum ein Geschäft, zumal bei der Einreise täglich ein Zwangsumtausch von 25 Mark vorgeschrieben ist.

Lambsdorff-Vorwurf gegen Justiz: Terminierung aus politischen Gründen

Verfahren gegen den früheren Wirtschaftsminister beginnt am 10. Januar

STEFAN HEYDECK, Bonn

Knapp drei Wochen vor dem Hauptverfahren gegen den ehemaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch sowie die früheren Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff vor dem Bonner Landgericht ist es erneut zu einer Kontroverse zwischen Lambsdorff und der Staatsanwaltschaft gekommen. Lambsdorff hat am Wochenende dem Düsseldorfer SPD-geführten Justizministerium und den Ermittlungsbehörden vorgeworfen, sein Verfahren aus politischen Gründen in die Nähe der NRW-Landtagswahl am 12. Mai verschleppen zu wollen. Der Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz nannte dies „abwegig und absurd".

In der „Rheinischen Post" hatte Lambsdorff erklärt, die Staatsanwaltschaft habe kürzlich vergeblich den für den 10. Januar terminierten Beginn des Verfahrens wegen Bestechlichkeit beziehungsweise Bestechung um zwei Monate verschieben lassen wollen (WELT v. 6. 12.). Lambsdorff: „Man merkt die Absicht und ist verstimmt." Denn damit hätte die Eröffnung in der „heißen" Wahlkampfphase stattgefunden. Der FDP-Politiker weiter: „Und da nichts geschieht bei der Staatsanwaltschaft, was nicht mit dem Düsseldorfer Justizministerium abgestimmt ist – alles ist Chefsache –, kann mir keiner einreden, daß dies nicht eine freundliche Absicht der führenden Behörde gewesen ist."

Zu den Vorwürfen von Lambsdorff, die Staatsanwaltschaft habe in „großer Eile" auch Anklage wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung erheben wollen und er habe vorher nicht „rechtliches Gehör" gehabt, erklärte Schmitz: „Das Verfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung ist korrekt und mit der gebotenen Beschleunigung bearbeitet worden." Die Staatsanwaltschaft wolle sich aber nicht die „Strategie" von Lambsdorff „zu eigen machen, nämlich strafprozeßrechtliche Fragen" im Vorfeld der Hauptverhandlung „über Presseorgane zu erörtern".

Der zuständige Bundestagsausschuß hatte der Aufhebung der Immunität von Lambsdorff wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung auf einer Sondersitzung erst zugestimmt, nachdem die Staatsanwaltschaft ein Drei-Seiten-Papier „nachgeliefert" hatte (WELT v. 15.12.).

Bisher sind für das Verfahren wegen Bestechlichkeit beziehungsweise Bestechung bis zum 12. Februar zwölf Sitzungstage anberaumt. Anschließend wird voraussichtlich sogar dreimal pro Woche getagt. Möglicherweise ist die Anklage dann um den Vorwurf der Steuerhinterziehung erweitert. Unklar ist jedoch, wie die Richter zeitgleich zum ersten Verfahren die 18 000-Seiten-Akte der Staatsanwaltschaft durcharbeiten können.

Inzwischen gibt es Hinweise, daß der Flick-Untersuchungsausschuß zum Ende kommen will. Auf jeden Fall aber wird er vom 16. Januar an noch an sechs Tagen acht Zeugen vernehmen. Bis zum 1. März sind elf weitere Sitzungstage vorgesehen.

Rot-grüne Stolpersteine an der Saar

Gewerkschaften gehören zu den Haupt-Widersachern von Umweltschützer Leinen

GEORG BAUER, Bonn

Jo Leinen, designierter Umweltminister in einem Kabinett Lafontaine, kam gleich auf den Punkt. „Es dauerte einige Zeit", so sagte er, „bis wir die Gewerkschaften soweit hatten einzusehen, daß Umweltschutz nicht nur das Reservat einiger ist." Der frühere Vorsitzende der Bundesverbandes des Bürgerinitiativen Umweltschutz, der im Saarbrücker Landtag sein Umweltschutzkonzept vorstellte, das er bei einem Wahlsieg der Sozialdemokraten am 10. März durchzusetzen gedenkt, machte mit den Gewerkschaften jene Gruppe aus, die im montanbestimmten Saarland parteiintern zu den schärfsten Widersachern seiner Vorstellungen gehörte und wohl noch gehört.

Nicht von ungefähr war daher aus dem Munde Leinens zu hören, daß man dem Arbeitnehmer die Angst davor nehmen müsse, Umweltschutz gehe aus Kostengründen für die Wirtschaft zu Lasten der Arbeitnehmer. Im Gegenteil, so beteuerte er, die ökologische Modernisierung diene der gesamten Wirtschaft. Und mit der Verteidigung der „neuen Umweltpolitik, die sich wie ein roter Faden durch die gesamte Politik einer Regierung ziehen" müsse, legte der 36jährige Rechtsanwalt einen Katalog seiner Maßnahmen vor. Die Chance der Kohle im Strom-Wärmebereich müsse bei der Kraft-Wärme Koppelung verbessert, Kläranlagen gebaut und ein Verkehrsverbund zur Minderung vieler verkehrstechnischer Probleme ins Leben gerufen werden. Ein Tempolimit stehe ebenso auf der Tagesordnung wie die Einführung von höheren Abwasserabgaben, um die „Umweltsverschmutzung teurer zu machen als den Umwelschutz". Außerdem müßten Entstickungsanlagen bei den Kraftwerken eingebaut werden.

Und – wohl mit Blick auf mögliche Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen einer Regierung Lafontaine mit den Grünen, die die sofortige Stillegung der Kohlekraftwerke St. Barbara und Fenne II. fordern, meinte Leinen: „Ich sage nicht, daß es nicht einen Betrieb geben muß, der nicht zugemacht werden muß." Im übrigen aber sei das Ziel, die absolute Mehrheit zu erreichen, um im Saarland klare Verhältnisse zu haben. Werde diese Zielvorgabe verfehlt, so meinte der SPD-Politiker, müsse man eben – ganz im bismarckschen Sinne – „die Kunst des Möglichen verwirklichen". Genügend Gemeinsamkeiten habe man schließlich mit den Grünen.

Rot-grüne Harmonie beim Umweltschutz? Harry Kunz, der Vertreter der saarländischen Grünen in Bonn, hat in diesem Punkt noch seine Bedenken. So sei die SPD, erklärte er, nicht bereit, die Müllverbrennungsanlage in Neunkirchen zu schließen, wie es die Grünen forderten. Ein weiterer Prüfstein im Falle rot-grüner Zusammenarbeit wäre das Problem „Saarausbau". „Wir fordern den sofortigen Stopp des Saar-Ausbaus und sind auch für einen Hafen in Dillingen/Saarlouis nicht zu haben", so Kunz. Demgegenüber tritt die SPD dafür ein, den Saarausbau, zumindest bis Dillingen, zu vollenden und den Hafen in einer „kleineren Lösung" (Leinen), als es die Christdemokraten und Freidemokraten für nützlich erachten, anzulegen.

Grundsätzlich betonte Kunz, daß die Grünen an der Saar zu einer Koalition, wie sie der SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat, Oskar Lafontaine, zur conditio sine qua non macht, nicht bereit seien. Allenfalls käme eine Tolerierung in Frage. Er habe keine Angst, daß Lafontaine trotz seiner derzeit starken Worte „sich nicht tolerieren lassen" wolle.

„Staatlicher Zwang kein Allheilmittel"

Von KARL MILTNER

Die Luftverschmutzung und ihre Folgen für die menschliche Gesundheit, die Schäden an unseren Wäldern und an kulturhistorisch bedeutsamen Bauwerken sind trotz vielfältiger Gegenmaßnahmen der Bundesregierung immer noch besorgniserregend. Deshalb darf und wird es, darin sind sich die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU/CSU und FDP einig, keinen Stillstand geben, die Schadstoffemissionen weiter zu verringern.

Neben der Luftverschmutzung durch Industrie und private Wohnhausheizungen ist die Schadstoffbelastung durch den Kfz-Verkehr erheblich. Über 50 Prozent der Stickoxide (NOx), ca. 40 Prozent der Kohlenwasserstoffe (CH) und 65 Prozent der Kohlenmonoxide (CO) entstammen dem Betrieb der rund 25 Millionen in der Bundesrepublik zugelassenen Kraftfahrzeuge.

Es war deshalb richtig, daß die Bundesregierung auch hier den Hebel ansetzte. In einem ersten Schritt wurde die Abgasreinigung für Neuwagen beschlossen. Sie ist ab dem 1. 1. 1988 für Pkw über zwei Liter Hubraum und danach ab dem 1. 1. 1989 für alle Pkw obligatorisch. Technische Grundlage dieser Maßnahmen ist der „gesteuerte" Oxidations-Katalysator, der bis zu 90 Prozent der Schadstoffe beseitigt, allerdings bleifreies Benzin voraussetzt. Wer sich bereits in der Übergangszeit bis zu den vorgenannten Terminen freiwillig zum Kauf eines umweltfreundlichen Autos entschließt, dem werden die Mehrkosten durch steuerliche Vergünstigungen deutlich gesenkt.

Manche sagen, diese Entscheidung käme zu spät oder ihre Wirkung setze zu spät ein. Nun: Die Bundesregierung muß nachholen, was in fast dreizehn Jahren vor ihrem Amtsantritt für die Abgasentgiftung der Pkw nicht getan wurde. Sie muß sich auch mit den EG-Partnern arrangieren.

Der Regelung für Neuwagen muß jetzt ein zweiter Schritt für Altwagen folgen. Die Lebensdauer eines Pkw beträgt in der Bundesrepublik durchschnittlich zehn bis zwölf Jahre. Um gesicherte Erkenntnisse für ihre politischen Entscheidungen zu gewinnen, hat die Fraktion der CDU/CSU nicht nur Gespräche mit Vertretern der Automobilindustrie geführt, sondern in einer Anhörung von Sachverständigen im Dezember 1984 Repräsentanten aller mit Herstellung, Verkauf und Betrieb von Pkw befaßten Gruppen zu Wort kommen lassen. Das Ergebnis: Bei fast allen seit 1980 zugelassenen Pkw, das sind rd. 43 Prozent, ist eine Nachrüstung technisch möglich. Es bieten sich mehrere Lösungen an:

- Der ungesteuerte, vereinfachte „Dreiweg-Katalysator", der anstelle des Vorschalldämpfers eingebaut wird; er benötigt bleifreies Benzin, reduziert NOx, CH und CO.
- Die Abgasrückführung, sie verlangt kein bleifreies Benzin und wird zum Teil schon in Serie praktiziert, verringert allerdings nur NOx.

Die Kombination der vorgenannten Lösungen, die Verbesserung von Zündung und Gemischaufbereitung, die Verwendung von Flüssiggas, sind ebenfalls Mittel, die Schadstoffe zu verringern.

Welche Lösung angewandt werden kann, richtet sich nach den technischen Gegebenheiten des Pkw-Modells. Ob „bleifrei" gefahren werden kann, Platz im Motorraum oder unter der Karosserie vorhanden ist, läßt sich nicht vom Gesetzgeber vorschreiben. Eine gesetzliche Regelung muß deshalb den Kfz-Herstellern die Auswahl der Nachrüstungstechnik freistellen. Das hat Bedeutung für die Kosten. Sie werden in der Regel zwischen DM 500 und DM 1500 liegen. Die Fraktion der CDU/CSU beabsichtigt, die Nachrüstung – von Minimalkosten abgesehen – steuerlich zu begünstigen. Gemeinsam haben die Bundesregierung und Regierungsfraktionen eine Kommission gebildet, die z. Zt. untersucht, wie und in welchem Umfang steuerliche Vergünstigungen gewährt werden können. Nach meiner Auffassung müssen diese Vergünstigungen, um wirksam zur freiwilligen Nachrüstung anzureizen, an die Schadstoffminderung anknüpfen. Je nach dem Grad dieser Minderung sollten – vereinfacht dargestellt – zwei Stufen geschaffen werden:

1. NOx-Reduktion mindestens 50 Prozent oder
2. NOx-Reduktion mindestens 30 Prozent.

In beiden Fällen dürfen die CO- und CH-Werte sich nicht verschlechtern und darf der Benzinverbrauch nicht wesentlich (unter 5 Prozent) steigen.

Die Steuervergünstigung muß kostenneutral sein. Das heißt: Die Ausfälle bei der Kfz-Steuer durch Nachlässe für umgerüstete Altwagen müssen zwangsläufig durch adäquate Erhöhung der Steuer bei nicht umgerüsteten Pkw ausgeglichen werden. Auch Umweltschutz hat seinen Preis. Wer will, daß unsere Wälder gesunden, muß auch zu Opfern bereit sein. Das Verursacherprinzip kann sich nicht nur gegen den Staat richten.

Ein Wort zum Tempolimit: Bei einem Straßennetz von insgesamt rd. 490 000 Kilometern besteht lediglich auf 6000 Kilometern Autobahn (von rd. 8000 Kilometern) keine Geschwindigkeitsbegrenzung. Es ist unwahrscheinlich, daß ein Tempolimit Schadstoffe in dem Umfange mindern kann, wie es mit der Entgiftung der Pkw erreichbar ist. Gesicherte Erkenntnisse hierzu liegen jedoch nicht vor. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung einen Großversuch beschlossen, dessen Ergebnisse – bei Kosten von rd. 13 Mill. DM – Ende 1985 vorliegen sollen. Bis dahin bleibt die Entscheidung offen.

Ich bin überzeugt, daß wir die Umweltprobleme in den Griff bekommen. Mit der Entgiftung der Neu- und Altwagen realisieren wir ein Konzept, zu dem es derzeit keine Alternative gibt. Die Fraktion der CDU/CSU setzt nicht auf staatlichen Zwang als Allheilmittel. Er darf erst angewendet werden, wenn alle anderen Wege versperrt sind. Unsere Industrie hat bewiesen, daß sie nicht nur der Konkurrenz auf den Weltmärkten gewachsen ist. Sie hat die Energiekrise mit einer deutlichen Absenkung des Benzinverbrauchs beantwortet. Sie hat – was viele vorher bestritten – möglich gemacht, daß unsere Pkw bleifreies Benzin ohne Schäden für den Motor verkraften und damit bereits beachtlich zur Luftreinhaltung beigetragen. Sie wird im Verbund mit der Einsicht unserer Bürger und ihrer Bereitschaft, für den Umweltschutz Opfer zu bringen, auch diese neue technologische Herausforderung meistern. Wir brauchen nicht weniger, sondern bessere, d. h. saubere Technik.

(Karl Miltner ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Berliner Senat bleibt weiter gesprächsbereit

hrk. Berlin

In seiner Weihnachtsansprache an die Berliner in Ost und West hat der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen die Gesprächsbereitschaft des Senats mit der anderen Seite unterstrichen: „Politische Gegensätze können nicht von heute auf morgen überwunden, aber sie können doch für die Menschen erträglicher gestaltet werden. In diesem Sinne wollen wir das Verhältnis zu Ost-Berlin und zur DDR auf jede nur mögliche Weise verbessern."

Diepgen sagte, die schmerzliche Teilung Berlins werde zu Weihnachten „besonders deutlich". Wo Menschen zusammengehören, da trennt die Mauer sie unerbittlich.

Der CDU-Politiker dankte erneut den westlichen Alliierten für ihr Engagement in Berlin: „Unsere alliierten Schutzmächte sichern unsere Freiheit."

„DDR": Straffreiheit nicht unbegrenzt

hrk/DW. Bonn

Die Bundesregierung muß nach Meinung der „DDR" dafür sorgen, daß die „DDR"-Flüchtlinge, die mit ihrem Aufenthalt in der deutschen Botschaft in Prag ihre Ausreise durchsetzen wollen, das Gebäude verlassen. Informierten Kreisen zufolge hat Ost-Berlin zu erkennen gegeben, daß die Zusicherung von Straffreiheit bei Rückkehr in die „DDR" nicht unbegrenzt gilt. Aus Ost-Berlin hieß es am Samstag, die „DDR" bestehe seit Monaten auf ihrem „auch in Bonn hinreichend bekannten Standpunkt". Die Bundesregierung solle „ihre Anmaßung, Schutzrechte für Bürger der DDR auszuüben", aufgeben und die „DDR"-Bewohner „unmißverständlich zum unverzüglichen Verlassen der Botschaft auffordern".

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), meinte im Sender Freies Berlin, die „DDR" werde die Aureiseanträge der Prager Botschaftsflüchtlinge nur bearbeiten, wenn die Betroffenen in ihre Wohnorte zurückgekehrt sind. Es gebe aber keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß die „DDR" ihre Zusicherung einhalte, Straffreiheit zu gewähren. Nach Informationen von „Bild am Sonntag" haben erneut vier Männer und Frauen das Botschaftsgebäude verlassen und sind in die „DDR" zurückgekehrt. Unterdessen soll es vier neuen „DDR"-Flüchtlingen gelungen sein, auf das Gelände der Botschaft zu gelangen.

Die Prag-Reise von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in der vergangenen Woche ist in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Kritik gestoßen. Der Vorsitzende des Innerdeutschen Ausschusses des Bundestages, der CDU-Abgeordnete Gerhard Reddemann, sagte in einem Interview mit der „Bild am Sonntag", es lasse sich bezweifeln, ob der Besuch zu diesem Zeitpunkt besonders gut gewesen sei.

Bischof kritisiert „Pflichtrhetorik"

hrk. Berlin/Köln

Der noch immer einflußreiche Bischof i. R. Werner Krusche (Magdeburg) hat im Deutschlandfunk politische „Pflichtrhetorik" in der Bundesrepublik Deutschland kritisiert. Der frühere Vorsitzende des „DDR"-Kirchenbundes meinte, Parolen wie „Schlesien bleibt unser" riefen immer wieder Revanchismus-Vorwürfe hervor. Die Wiedervereinigung bezeichnete Krusche als „Illusion", da keine der Großmächte bereit sei, die deutschen Staaten aus dem europäischen Paktsystem zu entlassen.

Kardinal Höffner rät zu Verzicht

DW. Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, hat vorgeschlagen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf Arbeitsstunden zu verzichten. Höffner sagte in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung", Arbeitnehmer könnten beispielsweise wöchentlich fünf Stunden ihrer Arbeitszeit bei gleichzeitigem Lohnverzicht an Arbeitslose abtreten. Ein solcher Schritt wäre kostenneutral und könnte von der Wirtschaft akzeptiert werden. Der Kardinal regte ferner an, von kinderlosen Ehepaaren sollte ein Partner auf die Berufstätigkeit verzichten. Auf diese Weise könne einem kinderreichen Familienvater zu einem Arbeitsplatz verholfen werden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Wer der bayerischen SPD helfen will, muß ihre Krankheiten nennen"

Von PETER SCHMALZ

Rudolf Schöfberger weiß mit dem karierten bayerischen Schnupftuch ebensogut zu hantieren wie mit dem Hintersinn der Worte. Die scharfe Zunge des heute 49jährigen Münchner SPD-Bundestagsabgeordneten sägte schon vor über einem Jahrzehnt schmerzhaft an den Nerven eines Hans-Jochen Vogel. Und daß Schöfberger mit rhetorischen und schauspielerischen Qualitäten ausgestattet ist, läßt er gerne als Laiendarsteller bei Ludwig-Thoma-Stückchen erkennen.

Deshalb muß man genau hinhören, wenn der „rote Rudi" nach einer Sitzung des bayerischen SPD-Präsidiums, auf dem Schöfbergers vernichtendes Diskussionspapier zur Lage der Bayern-SPD und seine These, die Partei tendiere eher zu 25 als zu 35 Prozent, besprochen wurde, mit leicht süffisantem Lächeln verkündet, er schließe sich „der Hoffnung des Präsidiums an, daß diese Gefahr nicht Wirklichkeit wird und wir uns der 35-Prozent-Grenze nähern".

Niemand wird ihm abstreiten wollen, die besten Hoffnungen für die eigene Partei zu hegen, was aber zählt dieses positive Gefühl, wenn die bayerischen Genossen 1966 mit 35,8 Prozent ihr höchstes Landtagsergebnis nach dem Krieg erzielten, vor zwei Jahren bei 31,9 Prozent landeten und bei der Europawahl nur noch 27,6 Prozent der weißblauen Stimmen kassieren konnten? Da bleibt er aber doch lieber bei der Formulierung aus seinem Diskussionspapier, wonach der gegenwärtige Zustand der bayerischen SPD zur Sorge Anlaß gibt und nur eine unvoreingenommene Diagnose der Partei mit einer „eindrucksvollen Vergangenheit" das Tor in eine bessere Zukunft aufstoßen könnte: „Wer ihr auf die Beine helfen will, muß den Mut haben, ihre Krankheiten beim Namen zu nennen."

Der Rat wurde vom Parteipräsidium angenommen, weshalb sich Bayerns Sozialdemokraten bis in den Herbst des nächsten Jahres hinein weniger mit dem politischen Gegner als mit internen Reform- und Aufbauplänen beschäftigen werden. 17 Mitglieder, darunter Schöfberger, zählt eine Kommission, die der Landespartei ein „zukunftorientiertes Grundsatzprogramm" schneidern soll. Alle bereits zirkulierenden und auch die künftigen Papiere werden dort gebündelt und verarbeitet. Die neue Charta soll die Landtagswahl 1986 überleben und sich nicht allein auf die Politik des Freistaats beschränken. Das jedenfalls kündigte Kommissions-Vorsitzender Karl-Heinz Hiersemann vor der ersten Sitzung an. Nach der letzten wird er den bayerischen Wählern nur noch mitteilen müssen, daß sie nun die SPD wegen eines neuen Papiers ein wenig mehr lieben dürfen.

Wofür Hiersemann schon deshalb der richtige Mann sein wird, soll doch das 40jährige körperliche Schwergewicht („Ich passe nur auf Wahlpakete in Breitformat") als Spitzenreiter Bayerns Sozialdemokraten in den nächsten Landtagswahlkampf führen, der 1986 stattfindet, wenn die SPD ihr 29. Oppositionsjahr feiern kann.

Auf ihn projezieren sich zur Zeit die Hoffnungen der erfolglosen Partei. Schon jetzt ist Hiersemann im Landesvorstand und im Landtagsfraktionsvorstand als Stellvertreter Helmut Rothemunds dessen rechte Hand und zugleich sein Kronprinz zumindest für eines der beiden Ämter. Im nächsten Frühjahr wird er – falls er sich gegen seinen Konkurrenten, den Bundestagsabgeordneten Egon Lutz durchsetzt – zudem auf dem Chefsessel des fränkischen

Landesbericht Bayern

SPD-Bezirks Platz nehmen müssen, den der früher parteiintern mächtige Bruno Friedrich aus Protest gegen die geplante Organisationsreform vorzeitig räumen will.

Hiersemann gilt als Verfechter dieser Reform, der die drei bayerischen SPD-Bezirke zum Opfer fallen werden und bei der Unterbezirke in den sieben bayerischen Regierungsbezirken geschaffen werden sollen.

Ein Sonderparteitag wird im April über den Reformplan entscheiden, sein Ausgang ist noch ungewiß, doch scheint die Zahl der Befürworter zu steigen. Wenn auch Schöfberger warnt, vom Organisationsschema Wahlerfolge zu erwarten: „Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat die gleiche Organisationsreform wie wir in Bayern. Dies behindert ihre Erfolge offenbar nicht. In Baden-Württemberg hat die SPD seit Jahren die Struktur, die jetzt für die bayerische SPD vorgeschlagen wird – und ist noch erfolgsärmer als wir."

Während sich die weißblauen Genossen noch mit Reform und Programm herumschlagen, blasen Bayerns Blau-Gelbe schon frühzeitig zum Sturm. Nach einer Klausurtagung des bayerischen FDP-Vorstands erklärte dessen 37 Jahre junger Vorsitzender Manfred Brunner den derzeitigen Münchner Landtag zu einem „Jammertal", in das die vor zwei Jahren mit 3,5 Prozent gescheiterten Liberalen schon im Herbst 1986 stärker zurückkehren werden als man bei der Verbannung (mit damals 6,2 Punkten) gewesen sei. Sagt zumindest Brunner, der sogleich noch die Keule zum Rundumschlag wirbelt: Das Ziel der FDP sei es, die CSU „auf ein demokratieverträgliches Maß abzuschmelzen" und sich selbst als Alternative zu präsentieren gegen die „Machterstarrung und Hybris" der CSU und gegen die „moralische Zwangsgesellschaft" aus SPD und Grünen.

Bei der Suche nach dem Helden, der Bayerns Liberale zu solchen Taten führen wird, hat Brunner zu sich selbst gefunden. Der junge Münchner Stadtrat wird dem Landtagsteam als Spitzenmann vorstehen, will aber bei glücklichem Wahlausgang nicht ins Maximilianeum einziehen, sondern den aus dieser Wahl gewonnenen Werbeeffekt gleich umsetzen für die Bundestagswahl gut drei Monate später, wo wieder Brunner als Spitzenkandidat auftritt – diesmal aber mit der erklärten Absicht, im Fall des Falles Mandat anzunehmen. Nach Vorbildern, die einen ähnlichen Doppelwahlkampf anführten, mußte Brunner nur ein wenig hochschauen, um einen passenden Kollegen zu finden: Strauß habe das zu Zeiten, als er noch in Bonn Politik machte, ebenso gehandhabt …

Um Wählerstimmen scheint es dem liberalen Landeschef nicht bange zu sein. Die will er bei den verbliebenen Stammwählern ebenso finden wie bei Konservativen, denen die CSU zu mächtig ist, und bei SPD-Wählern, die Helmut Schmidt nachtrauern. Offenbar will Brunner in der Wiederholung besser werden, denn nach dem gleichen Muster war er mit der FDP im Münchner Kommunalwahlkampf mit nur 5,3 Prozent hinter den Erwartungen zurück geblieben.

Beim geplanten Doppelsprung könnte der junge Rechtsanwalt jedoch schon im Ansatz stolpern: Der Vorstand der Münchner FDP hat dieser Tage angeregt, die Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher, mit der Brunner in einem schier unversöhnlichen Streit liegt, als Spitzenkandidatin für die Landtagswahl zu gewinnen. Ihr war es vor zwölf Jahren mit großem persönlichen Einsatz gelungen, die FDP wieder in den Landtag zu hieven. Nicht wenige der bayerischen Liberalen sehen deshalb in ihr den besten Garanten für einen erneuten Wiedereinzug. So ist Brunners angestrebtes Doppel durchaus noch offen.

„Hefe im Teig der FDP"

WELT-Gespräch mit „Juli"-Chef Guido Westerwelle

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP muß sich nach Forderungen der Jungen Liberalen (Julis) von einer „Funktionspartei" hin zur „Programmpartei" entwickeln. Sie darf nicht nur „Mehrheitsbeschaffer" für Regierungskoalitionen sein. Im WELT-Gespräch warnte Juli-Chef Guido Westerwelle gleichzeitig vor der Gefahr, daß die Freien Demokraten zu einer „Wirtschafts-Lobby-Partei" werden.

Vier Jahre nach ihrer Gründung zeigen sich die Julis, denen zunächst im Thomas-Dehler-Haus keine Chancen eingeräumt worden waren, immer selbstbewußter. Denn schon seit geraumer Zeit werden praktisch von der gesamten FDP-Führung ihre politische Arbeit und ihre Einsätze in Wahlkämpfen ausdrücklich anerkannt. In der Parteispitze wurden sogar schon Überlegungen darüber angestellt, „müde" Bezirks- und Kreisvorsitzende durch aktive Julis auszutauschen. Und FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, der ihnen vor Jahren bei einem ersten offiziellen Treffen lediglich seine „Sympathie" zusicherte, verließ wie sein designierter Nachfolger Martin Bangemann sichtbar zufrieden deren Bundeskongreß Anfang Dezember im hessischen Bensheim.

Die Julis, so ihr Anspruch, wollen „Hefe im Teig der FDP" sein, der Partei „Dampf machen". Nach ihrer Einschätzung haben sie rund zwei Jahre nach ihrer offiziellen Anerkennung als „die" Nachwuchsorganisation der Liberalen mehr Einfluß in der nach der „Wende" auf knapp über 70 000 Mitglieder geschrumpften Partei, als ihn die Jungen Demokraten (Judos) in den davorliegenden zehn Jahren gehabt hätten. Das, meinen sie, gilt auch relativ im Vergleich mit den Jugendorganisationen von CDU/CSU und SPD, der Jungen Union und den Jungsozialisten.

So weisen sie nicht ohne Stolz darauf hin, daß sie in den Führungsgremien der Partei Sitz und Stimme haben und daß zum Beispiel die Bundestagsfraktion sie zu Beratungen – natürlich insbesondere über jugendpolitische Fragen – hinzuzieht. Das gelte genauso für ihre Mitarbeit an dem Programmentwurf, den der FDP-Parteitag im Februar in Saarbrücken verabschieden soll. Auch in den Entscheidungen zum Schüler-Bafög, zur Wehrsolderhöhung und zur Aufhebung des Arbeitsvermittlungsmonopols der Nürnberger Bundesanstalt sehen sie ihre „Handschrift" wieder. Schließlich rechnen sie es sich als Verdienst an, daß sie mit über 4000 Briefen die Parteibasis gegen das gescheiterte Amnestiegesetz „mobilisiert" hatten.

Dabei verstehen sich die Julis grundsätzlich anders als die Judos, die sich aus Protest gegen die „Wende" im November 1982 von den Freien Demokraten getrennt hatten. Für sie ist die FDP „nicht das kleinste Übel, für das man kämpfen muß". Vielmehr sind sie von den Zielen und Grundsätzen der Partei überzeugt. Für sie bedeutet Kritik nicht Ablehnung. Ihr Rezept: Die FDP im angelaufenen „Überlebenskampf" kritisch und solidarisch zu begleiten und sich nicht an innerparteilichen Machtkämpfen zu beteiligen. Daß sie entgegen den Plänen der Bonner Fraktion genauso wie die Grünen Hildegard Hamm-Brücher als Nachfolgerin von Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs vorgeschlagen hatten, hängt vor allem mit dem „Symbolwert" zusammen, den sie für die Julis hat. Die Abgeordnete hatte sich als erste für deren Anerkennung als FDP-Nachwuchsorganisation ausgesprochen.

Von der FDP fordern die Julis, in Verhandlungen mit der CDU/CSU nicht „defensiv mit Kompromißen" zu gehen, sondern „offensiv eigene Positionen" zu vertreten. Dabei müsse es nicht gleich zum Krach mit dem Koalitionspartner kommen.

Zu den langfristigen Perspektiven erklären sie fast schon pathetisch: „Es mangelt der Partei an einer liberalen Vision." Die FDP müsse „unverwechselbar" werden. Dazu nennen die Julis „drei Schlüsselbegriffe": Die Freien Demokraten müßten ihre Rolle als „Freiheitspartei" und „Fortschrittspartei" deutlicher herausheben. Dem müßten sie den Gedanken des „Leistungsprinzips" gegenüberstellen und „Chancen für die Zukunft" aufzeigen. Diese Themen wollen sie auch zum Schwerpunkt ihrer Auseinandersetzung mit den Grünen machen, denen sie Perspektivlosigkeit vorwerfen.

Trotz aller bekundeter „Solidarität" gehen sie internen Auseinandersetzungen nicht aus dem Weg. So spricht Westerwelle von einer „törichten Entscheidung" der Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer, die ihnen die Parteimittel von 70 000 auf 50 000 Mark kürzen will.

Frau Schröder und die evangelische Krankenhaushilfe

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

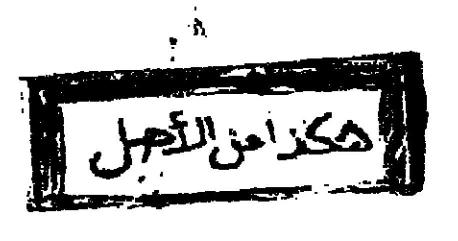
Daß „aus dem Gedanken eines Einzelnen und dem Tun einiger weniger Menschen eine große Sache werden kann", wurde in den Gedenkreden zum 15. Jahrestag der Gründung der „Evangelischen Krankenhaushilfe" nur ganz am Rande erwähnt. Brigitte Schröder, Frau des ehemaligen Bundesinnen-, Außen- und Verteidigungsministers Gerhard Schröder, hat den ehrenamtlichen Dienst für Kranke und Alte in den USA kennengelernt und 1969 mit wenigen Freunden ganz klein in Düsseldorf gestartet. Heute gibt es in 350 Krankenhäusern der Bundesrepublik über 6000 ihrer Helfer.

Frau Schröder: „Die ganze Buchhaltung dieses Apparates, der ständigen Zuwachs hat und jedes Jahr um etwa 500 freiwillige Helfer wächst, befindet sich in meinem Schlafzimmer in Gestalt eines unförmig werdenden Aktenberges."

Als die ersten Helferinnen in den Krankenhäusern anrückten, waren nicht alle Krankenschwestern begeistert. Sie befürchteten, so die Vorsitzende des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes, Oberin Annemarie Klütz, „daß der schönste Teil ihrer Aufgabe, die persönliche Zuwendung zum Einzelnen, ihnen abgenommen würde".

Der Chefarzt der Chirurgischen Abteilung im Evangelischen Krankenhaus Bonn-Bad Godesberg sieht das so: „Nur soviel Humanität und christliche Barmherzigkeit können wir in unseren Krankenhäusern anbieten, wie sie von den Familien, aus der Nachbarschaft und aus den Gemeinden in unsere Häuser hineingetragen werden."

Heute gehört zum Aufgabenkatalog der 6000, die über so viel freie Zeit verfügen müssen, daß sie sich zwei- bis dreimal in der Woche für jeweils mehrere Stunden zuverlässig in einem Krankenhaus einfinden, unter anderem Dienst in Schleuse und Intensivstation, Betreuung Sterbender, auch mit Nachtwachen, Betreuung während der Dialyse, die Aufnahme von Essenswünschen, die Begleitung von Patienten zur Beerdigung von nahen Angehörigen, Basteln mit Kranken und vor allem hier mit Kindern, Spaziergänge und Gehübungen mit Altenheimern, Vorlesen, Feiern gestalten.





Rajiv braucht überzeugenden Sieg

Heute wählt Indien ein neues Parlament / Die Kongreßpartei setzt auf den Indira-Bonus

MARTA WEIDENHILLER, Bonn

Nie in der Weltgeschichte gab es eine Wahl größeren Ausmaßes wie jetzt in Indien, der volkreichsten parlamentarischen Demokratie der Erde. Drei Tage lang sind 370 der 700 Millionen Inder aufgerufen, unter 5300 Kandidaten 515 für die Lok Sabha, das Unterhaus, auszuwählen. Nicht gewählt wird in den Unruhestaaten Pandschab und Assam. *Ihre Sitze* bleiben vakant.

Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sind Analphabeten. Parteien tragen daher Symbole. 430 000 Wahllokale wurden aufgestellt in dem Riesenland, das 22 Bundesstaaten und neun Unionsterritorien umfaßt, 15 offizielle und Hunderte von inoffiziellen Sprachen zählt. Die Stimmzettel wurden in 150 Sprachen gedruckt.

Hochrechnungen und elektronische Stimmauszählung gibt es noch nicht. Dafür werden etwa drei Millionen Wahlhelfer die in mehr als 1,5 Millionen Wahlurnen gesammelten Stimmzettel per Hand auszählen. Fürwahr, ein gigantisches Unternehmen, das hier abrollt und organisatorische Meisterleistungen erzwingt.

Ein düsteres Jahr

Zugleich aber bietet Indien ein Beispiel dafür, daß freie und faire Wahlen – wenn auch mit Schönheitsfehlern – in einem Land der Dritten Welt möglich sind. Und das in seinem wohl düstersten Jahr seit der Unabhängigkeit. Der Sturm auf das Sikh-*Heiligtum in Amritsar, die Ermordung* Indira Gandhis und Bhopal sind die dramatischen Höhepunkte.

Die „Times of India" erinnert in diesem Zusammenhang an die Krisen und Katastrophen, die dem Wahljahr 1967 vorausgingen (Kriege mit China und Pakistan, Nehrus Tod, Hungersnot), ohne damit jedoch eine Negativ-Prognose für die Kongreßpartei bei den jetzigen Wahlen zu verbinden. Die Zeitschrift „India Today" billigt der Regierungspartei sogar einen Erdrutschsieg zu: 366 der 515 Mandate, so ergab eine Umfrage, würden an die Kongreßpartei gehen, das sind elf Mandate mehr als bei dem Traumsieg von *1980*.

Bei der Auszählung richtet sich das Interesse zunächst auf den Norden Indiens, den „Hindi-Gürtel". Er um*faßt die Staaten Uttar Pradesch* und Bihar, Radschastan und Haryana. Sie sind Barometer für Sieg und Niederlage der Kongreßpartei: 1977 rutschte sie von 161 (von insgesamt 174) auf ganze zwei ab, schnellte 1980 wieder auf 145 hoch.

Im Tod scheint sich Indiras Wunsch zu erfüllen – die Fortsetzung der Dynastie Nehru in der dritten Generation, wenn sich ihr Sohn Rajiv einen Wahlsieg und somit auch die demokratische Legitimation als Premier holt. Angesichts der schwierigen innenpolitischen Situation verbinden viele Inder die Aussicht, wieder von einem Gandhi regiert zu werden, mit Kontinuität und Stabilität. Hoffnungen begleiten ihn. Er gilt als der Prototyp eines neuen Führers, einer neuen Generation. Im Wahlkampf sagte er einer „überlebten Epoche" den Kampf an; er will aber auch die Politik seiner Mutter fortsetzen. Er strebt eine „leistungsoriente Gesellschaft" an, in der Kompetenz und *Effizienz gefragt sind. Die Korruption*, Hauptübel indischer Politik, müsse ausgemerzt werden.

Schon als „Herr Saubermann" apostrophiert, wagte er einen mutigen Schritt. Er stellte eine Heerschar alter Parteigänger nicht mehr als Kandidaten auf. Viele schlossen sich anderen Parteien an, bewerben sich als „Unabhängige". Einer der zornigen alten Männer gründete gar eine Partei der „Indira-Getreuen".

Erst auf dem Stimmzettel wird sich zeigen, ob sich die neuen *Männer* und die neuen Ideen in Wählerstimmen umsetzen lassen. Profitieren wird die Kongreßpartei aber vom Sympathie-Bonus für Indira. Sie beherrschte den Wahlkampf; ihr Tod und die Trauer um sie wurden von der Partei ausgeschlachtet. Obendrein verteilte man Millionen von Kassetten mit ihren wichtigsten Reden in den Dörfern; mit Video ausgestattete Lastwagen zeigten ihre letzten Bilder – auf dem Totenbett, bei der Verbrennungszeremonie. Mit Indira sprachen Rajiv und seine Partei das Gefühl der Menschen an. Stärker als sonst werden Emotionen diese Wahlen mitbestimmen.

Die Alternative fehlt

Die Opposition hatte mit dem Tod Indira Gandhis ihre Gegnerin und somit ihr eigentliches Wahlkampfthema verloren. Attacken gegen sie boten – wie die Wahlen 1977 zeigten – die *Chance, die eigene Unfähigkeit zu ei*ner politischen Alternative, die Zerstrittenheit der Parteien über Personen und Programme, zu kaschieren. Rajiv taugte dazu nach so kurzer Zeit als Premier noch nicht.

Der desolate Zustand der Opposi*tionsparteien kann aber über die* schwelende Krise in der Kongreßpartei nicht hinwegtäuschen. Rajiv braucht also einen überzeugenden Sieg, um sich die Partei erst einmal zu einem brauchbaren Instrument seiner Politik zu formen.

Neukaledonien: Mitterrands Gegner aktiv

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Opposition ist zum erwarteten Frontalangriff gegen die Politik der sozialistischen Regierung im Überseeterritorium Neukale*donien (Pazifik)* übergegangen. Der dorthin entsandte Sonderkommissar Edgard Pisani hatte bei einem Kurzbesuch in Paris erklärt, in Verhand*lungen mit allen Parteien auf der In*sel habe er den Eindruck gewonnen, „eine Mehrheit" der Bewohner des Territoriums sei für die Unabhängigkeit. Deshalb äußerte die Pariser Opposition den Verdacht, die Regierung wolle den seit 1835 französischen Archipel mit seinen 145 000 französischen und melanesischen Einwohnern überhastet in die Unabhängigkeit entlassen. Pisani hatte außerdem durchblicken lassen, an einem Referendum über diese Frage sollten nur die Einwohner, nicht aber die Beamten und Militärs aus dem Mutterland teilnehmen.

Um einer solchen Politik den Weg zu verbauen, haben der ehemalige Staatspräsident Giscard d'Estaing sowie die fünf früheren Premierminister Debré, Couve de Murville, Messmer, Chirac und Barre den Präsidenten Mitterrand davor gewarnt, gegen die verfassungsrechtlichen Bestimmungen über die vier französischen Überseeterritorien (Neukaledonien gehört zu ihnen) zu verstoßen. In einem solchen Fall würden „ernsthafte Schritte" unternommen werden, womit offenbar die Anrufung des Staats*gerichtshofs gemeint ist.*

Genf: Doppelstrategie Moskaus?

Erste Anzeichen für eine erneute Desinformationskampagne zum Thema Abrüstung

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Sir Geoffrey Howe, der britische *Außenminister, machte dieser* Tage eine Bemerkung, die nur wenig Beachtung fand. Er sagte: „Der Fisch kann nur in einem Wasser schwim*men, das nicht von der Umwelt* verseucht ist." Was Sir Geoffrey meinte, war die beispiellose Kampagne der Sowjetunion zur Umstimmung der Öffentlichkeit *in* den NATO-Staaten in der Zeit zwischen 1979 und 1983. Unmittelbar nachdem Moskau in Genf die Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen abgebrochen hatte, flaute der Propagandasturm ab, fast über Nacht. Er hatte sich ausgetobt. Die Wirkung war beträchtlich. In Europa, in Amerika, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland hatte die sowjetische Kampagne ein großes Publikum gefunden. Die Sowjets bauten darauf, eine mit Details der Militärstrategie nicht vertraute Öffentlichkeit in die Irre zu führen.

Abwartende Haltung

Die Frage ist nun, ob Moskau diese Doppelstrategie mit Blick auf Genf wiederholt. Es sieht ganz so aus und die Warnung des britischen Außenministers gibt nach zuverlässigen Informationen wieder, was man auch in Washington denkt: Sollte Moskau einen neuen Propagandafeldzug gegen den Westen starten, wird man das als Beweis für den Grad des Bemühens werten, mit dem die Sowjetunion in die nächste Runde von Rüstungskontrollverhandlungen geht. Eine neue Kampagne Moskaus würde nach Ansicht hochstehender Kreise der Reagan-Administration ernsthaft die Verhandlungen stören, wenn nicht gar unmöglich machen. „Man wird sehen, wie die Sowjets sich verhalten", sagte einer der Spitzenleute aus Washington in diesen Tagen zur WELT, „im Augenblick unterstellen wir erst mal ihren guten Willen."

Die sowjetische Desinformationskampagne, die zugegebenermaßen *von der NATO selbst herausgefordert* wurde, als sie das notwendige Nachrüstungsprogramm in einen „Doppelbeschluß" kleidete, womit sie erst das Segel *hochgezogen hatte*, in das die Sowjets blasen konnten, ist von Leuten wie Georgij Arbatow, Wadim Sagladin und Leonid Samjatin in den Westen getragen worden, um nur einige Namen zu nennen. Auch der deutsche Außenminister hatte die Findigkeit dieser Männer unterschätzt, als er sich in der NATO zum Verfechter des Verhandlungsteils des Nachrüstungsbeschlusses machte. Die drei sowjetischen Funktionäre, alle Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, machten sich auf Reisen in den Westen, um Westeuropa in dieser vitalen Frage von den Vereinigten Staaten zu trennen. Freimütig bedienten sie sich der öffentlichen Meinung des Westens, die Abgesandten *eines Staates, in dem es eine öffent*liche Meinung nicht gibt.

Beobachtern war bald klar, daß die Sowjetunion sich auf einen Feldzug begeben hatte. Mit großer Entschiedenheit wollte sie auf dem Weg über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Westen die Nachrüstung verhindern. Es gibt Anzeichen dafür, daß Moskau jetzt wieder auf dem Kriegspfad zur Desinformation der öffentlichen *Meinung* ist. Arbatow, Samjatin und Sagladin sind wieder unterwegs oder haben ihre Boten entsandt. Auch der Besuch des Politbüro-Mitglieds Gorbatschow bei der britischen Premierministerin Thatcher enthielt Elemente sowjetischen Bemühens, einen Keil zwischen Großbritannien und die USA zu schieben. Vor dem Hintergrund der sowjetischen Absicht, Präsident Reagans Defensiv-Programm im Weltraum zu stoppen, verbreiteten die Sowjets nach dem Treffen Gorbatschow-Thatcher Versionen, die auf eine ähnliche Erwartungshaltung Großbritanniens verwiesen.

Klares Wort aus London

Frau Thatcher wurde der angerichtete *Schaden* besonders *klar, als sie* zu Besuch in Peking war. Auf dem Rückflug von Hongkong nach Washington, wo Präsident Reagan auf sie wartete, gab sie dem Sender BBC eine Erklärung, die mit dem Spuk aufräumte: Sie stehe ganz zu den amerikanischen Bemühungen auf dem Weltraumsektor (siehe auch Seite 12). Die „anscheinende Affinität" zwischen London und Moskau in dieser Frage, über die die Londoner „Times" am Wochenende noch sorgenvoll sprach, gibt es nicht.

Die Weltpresse spekuliert inzwischen über die *Haltung* der *Bundes*regierung, die sie zu den potentiellen Gegnern des amerikanischen Programms zählt, obwohl sich US-Verteidigungsminister Weinberger bemüht, diesen Eindruck zu zerstreuen. Aus Bonn selbst kam jedenfalls bislang noch kein Beitrag, ähnlich dem klaren Wort von Frau Thatcher. Wenn die Sowjetunion aber den Eindruck erhält, mit einer neuen Kampagne könnte es ihr gelingen, weite Teile der westlichen Öffentlichkeit zu beeinflussen, dann wird sie wieder mit großer Entschiedenheit diesen Weg gehen. Und dann stünde es schlecht um die nächste Runde der Rüstungsverhandlungen. (SAD)

„Alle stehen zum Doppelbeschluß"

Brüssel, Den Haag und Washington weisen eine Spekulation als falsch zurück

HELMUT HETZEL, Den Haag

„Im NATO-Doppelbeschluß haben sich sowohl Belgien als auch die Niederlande zur Stationierung von je 48 Cruise Missiles auf ihrem Territorium verpflichtet." Mit diesem deutlichen Hinweis auf die Inhalte des 1979 von den NATO-Partnern getroffenen *Nachrüstungsbeschlusses trat die* amerikanische Botschaft in Den Haag den jüngsten Spekulationen entgegen, daß sowohl die belgische als auch die niederländische Regierung ihren im Doppelbeschluß festgelegten Verpflichtungen nicht nachkommen könnten.

Ausgelöst wurden diese Spekulationen durch eine Veröffentlichung der in Rotterdam erscheinenden Tageszeitung „Algemeen *Dagblad*", das kürzlich berichtete, es gäbe eine Geheimabsprache zwischen dem belgischen Ministerpräsidenten Martens, dessen drei Vizepremiers und US-Außenminister Shultz, wonach Belgien aus der NATO-Nachrüstung ausscheren könne, weil ihre Verwirklichung *mit Sicherheit zu einem Fiasko der* derzeit regierenden christlich-liberalen Koalition in Brüssel bei den für Dezember 1985 anstehenden Parlamentswahlen führen würde. Doch Premier Martens selbst hat die Existenz einer solchen Geheimabsprache inzwischen im belgischen Fernsehen bestritten. Auch Richard Burt, Staatssekretär im US-Außenministerium und zuständig für Europa-Fragen, hat *die amerikanische Position* vor der Presse noch einmal klar herausgestellt. Burt wies außerdem darauf hin, daß das Aufstellen von neuen SS-20-Raketen in der Sowjetunion unvermindert weitergehe und im russischen Riesenreich inzwischen mindestens 387, „wahrscheinlich aber noch mehr" Raketenstarter stehen und sich diese Zahl wohl noch auf 500 erhöhen werde.

Bedingt durch diese forcierte sowjetische Raketenstationierung steht die niederländische Regierung bei der NATO nun doppelt im Wort. Sie *hatte im Juli dieses Jahres die Plazie*rung der NATO-Nachrüstungsraketen nämlich mit der Begründung aufgeschoben, „einen letzten Versuch unternehmen zu wollen, um den Abrüstungswillen des Kreml zu testen". Dieser „letzte Versuch" der niederländischen Regierung sah vor, daß man von einer Nachrüstung absehen wolle, falls am 1. 11. 1985 nicht mehr als die damals bereits stationierten *378 SS 20 auf russischem Gebiet stün*den. So aber kann man jetzt davon ausgehen, daß „ein uneingeschränktes Festhalten aller NATO-Partner", also auch der Belgier und Niederländer, „an den 1979 im Doppelbeschluß getroffenen Vereinbarungen besteht", wie es die amerikanische Botschaft in Den Haag ausdrückt und somit „gewährleistet ist, daß alle NATO-Partner voll und ganz hinter *diesen Beschlüssen stehen und die* daraus resultierenden Verpflichtungen erfüllen werden".

Singapurs Opposition errang zwei Mandate

dpa, Singapur

Aus den Parlamentswahlen in Singapur ist der seit 25 Jahren ununterbrochen regierende Ministerpräsident Lee Kuan Yew erwartungsgemäß als Sieger hervorgegangen. Der Opposition gelang es jedoch überraschend, zwei Sitze im Abgeordnetenhaus der südostasiatischen Inselrepublik zu erreichen. Die Partei des 61 Jahre alten Regierungschefs, die Volksaktionspartei (PAP), stellt 77 der insgesamt 79 Parlamentarier, insgesamt ging ihr Stimmenanteil im Vergleich zu den Wahlen von 1980 aber um *12,6 Prozent auf 62,9* Prozent zurück.

Der Führer der linksgerichteten Arbeiterpartei, der Rechtsanwalt Jeyaretnam (58), konnte seinen Wahlkreis verteidigen und bereitete dem von der PAP aufgestellten politischen Sekretär *des Regierungschefs* eine Niederlage. Als zweiter Abgeordneter der Opposition wurde der Führer der liberalen Demokratischen Partei Singapurs, Chiam See Tang, gewählt. Als neuer Abgeordneter der Regierungspartei zog der Sohn des Premierministers, der aus dem aktiven Militärdienst ausgeschiedene Brigadegeneral Lee Hsien Loong (32), ins Parlament ein.

Kyprianou bereitet Kompromiß vor

Zyperns Präsident beendet Bündnis mit den Inselkommunisten / Allparteienregierung?

E. ANTONAROS, Athen

Der Staatspräsident der Republik Zypern, Spyros Kyprianou, hat am Wochenende überraschend die Zusammenarbeit seiner linksliberalen „Demokratischen Partei" mit der moskauhörigen Akel-Partei aufgekündigt. Gleichzeitig kündigte er an, noch *vor* seinem Spitzengespräch mit dem türkischen Volksgruppenführer Rauf Denktasch eine neue Regierung mit „einem größeren politischen Spektrum" zu bilden.

Kyprianous Bündnis mit der Akel-Partei war vor zwei Jahren als eine Art Vernunftehe zustandegekommen: Nach der Parlamentswahl 1982 hatte der Präsident die bittere Feststellung machen müssen, daß seine *Partei* einen beträchtlichen *Stimmen*rückgang erlitt, während die Kommunisten mit knapp 35 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei geworden waren. Um weiterhin regieren zu können, brauchte Kyprianou zwar die Unterstützung der Kommunisten nicht, weil laut Verfassung der Präsident *auf das Vertrauen des* Parlaments nicht angewiesen ist. Aber er brauchte die kommunistischen Stimmen, um 1983 seine Wiederwahl abzusichern. So wurde – gegen den Wunsch des Athener Sozialisten Papandreou – ein sogenanntes „Minimum-Programm" mit den Kommunisten ausgehandelt und 1983 Kyprianou mit 57 Prozent aller Stimmen wiedergewählt. Seither hat er die Akel-Ratschläge *immer öfter* ignoriert. Die Scheidung war deshalb abzusehen. Dennoch hat Kyprianous Entschluß die Kommunisten überrascht. Dies sei keine *Art*, „die Zusammenarbeit von zwei befreundeten Parteien zu beenden", hieß es.

Hinter Kyprianous Entscheidung steckt mehr als die Trennung von einem lästigen Partner: Die geplante Regierungsumbildung zeigt, daß der taktisch erfahrene Staatschef einerseits sich eine größere Entscheidungsfreiheit verschaffen will, andererseits aber auch eine möglichst breitgefächerte *Zusammenarbeit* mit Vertretern aller Parteien anstrebt. Wahrscheinlich wird Kyprianou sein neues Kabinett aus Persönlichkeiten bilden, die allen politischen Formationen Zyperns nahestehen.

Der Grund für die Trendwende: Bei den Beratungen mit Denktasch, die am 17. Januar in New York beginnen sollen, geht es um eine Regelung der Zypern-Frage, die ganz gewiß nicht allen Inselgriechen genehm sein kann. Nicht nur die Türken, auch die Griechen werden Konzessionen machen müssen, vor allem im Bereich der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit. Kyprianous Ver*such, durch die Aufnahme von* Politikern mit unterschiedlichen Ideologien in sein Kabinett sämtliche Parteien zur Unterstützung seiner Politik zu verpflichten, soll offensichtlich innenpolitischen Spannungen im griechischen Inselteil vorbeugen. (SAD)

Seit einigen Monaten wird wieder mit zunehmender Schärfe über die Oder-Neiße-Linie gestritten. Die polnische und sowjetische Propaganda attackieren jeden in der Bundesrepublik Deutschland, der die Endgültigkeit dieser Grenze in Frage stellt, als „Revanchisten und Revisionisten". Auch im Deutschen Bundestag ist die Grenzfrage zu einem Reizthema geworden. Dabei scheinen viele die historischen und völkerrechtlichen Fakten vergessen oder verdrängt zu haben – oder sie kennen sie einfach nicht.

Wie endgültig ist die Oder-Neiße-Linie?

Von BERNT CONRAD

Die Wurzeln der heutigen Auseinandersetzung um die Oder-Neiße-Linie reichen 45 Jahre zurück, bis zum deutsch-sowjetischen Vertrag von 1939. Damals nämlich haben Hitler und Stalin jene Westgrenze der Sowjetunion (oder Ostgrenze Polens) festgelegt, die, ungeachtet aller geschichtlichen Umbrüche, jetzt noch gültig ist und die dazu geführt hat, daß Polen für seine Gebietsverluste im Osten auf Kosten Deutschlands im Westen entschädigt worden ist.

Über diese Vorgeschichte spricht man heute weder in Moskau noch in Warschau. Um so aufschlußreicher ist es, ihr genauer nachzugehen. Als Hitler und Stalin im August 1939, kurz vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen, den Versuch eines umfassenden politischen Arrangements unternahmen, teilten sie die noch gar nicht erlegte polnische Beute kurzerhand unter sich auf. Der sowjetische Staatschef schlug dem als Verhandlungsführer nach Moskau gereisten Reichsaußenminister von Ribbentrop vor, eine durch die Flüsse Narew, Weichsel und San bezeichnete Linie als Grenze zwischen der sowjetischen und der deutschen Interessensphäre festzulegen. Ribbentrop stimmte sofort zu.

In einem geheimen Zusatzprotokoll zu dem am 23. August 1939 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt wurde die Grenzregelung „für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung" Polens niedergelegt. Der anvisierte „Fall" trat schnell ein. Am 1. September begann Hitlers Überfall auf Polen. Als die deutschen Truppen vor Warschau standen, ließ der „Führer" den Sowjets mitteilen, nun sei für sie der Zeitpunkt gekommen, den ihnen zugesprochenen Teil Polens zu besetzen. Am 18. September rückte die Rote Armee nach Ostpolen ein.

Ende September fuhr Ribbentrop noch einmal nach Moskau, um einen Freundschaftsvertrag abzuschließen. Dabei wurde die polnische Teilungslinie geringfügig geändert. Stalin ließ sich zusätzlich zu Estland und Lettland noch Litauen als Interessengebiet zuteilen und verschob dafür die deutsch-sowjetische Grenzlinie in Polen nach Osten bis zum Bug.

Diese Grenze wurde in dem am 28. September unterzeichneten Vertrag feierlich als „endgültig" bezeichnet. Der Oberste Sowjet nahm die solcherart gewonnenen Gebiete am 1./2. November 1939 in die Sowjetunion auf. Damit war nach Auffassung des Kreml die völkerrechtliche Gültigkeit gesichert.

> Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion 1941 dachte Stalin gar nicht daran, die ihm vom ‚Dritten Reich' überlassenen Gebiete wieder herauszugeben. Schon Ende 1941 verlangte er von den Westmächten die Anerkennung der sowjetischen Gebietserwerbungen.

Ein Mitglied der deutschen Delegation hatte in Moskau darauf aufmerksam gemacht, aber Ribbentrop hatte es ignoriert, daß die mit Stalin ausgehandelte Abgrenzung der deutsch-sowjetischen Interessensphären fast genau mit der sogenannten Curzon-Linie übereinstimmte. Der Sowjetdiktator hatte sich damit einen diplomatischen Trumpf für alle Eventualitäten, einschließlich späterer Arrangements mit den Westmächten nach einer möglichen deutschen Niederlage, gesichert. Denn die Curzon-Linie war zwanzig Jahre vorher von den Westmächten selbst vorgeschlagen, wenngleich zu keinem Zeitpunkt realisiert worden.

Ihre Vorgeschichte sah so aus: Der Oberste Rat der Alliierten hatte am 8. Dezember 1919 eine Ostgrenze Polens entworfen, die den gesamten östlichen Teil des früheren polnischen Königreiches der Sowjetunion zusprach. In diesem Gebiet bildete allerdings die polnische Bevölkerung nur eine Minderheit gegenüber Ukrainern und Weißruthenen. Polen lehnte eine derartige Gebietseinbuße jedoch ab und griff unter Führung des Marschalls Pilsudski die Sowjetunion an. Der Kampf verlief wechselhaft – nach anfänglichen Erfolgen Polens stieß die Rote Armee bis in die Nähe Warschaus vor. Dann geschah im August 1920 das „Wunder an der Weichsel": Die Russen wurden entscheidend zurückgeschlagen.

Inzwischen hatte der britische Außenminister Lord Curzon im Namen der Interalliierten Konferenz von Spa am 11. 7. 1920 eine Demarkationslinie – die nach ihm benannte Curzon-Linie – zwischen Polen und Sowjets vorgeschlagen, die im wesentlichen dem alliierten Grenzplan des Vorjahres entsprach und im Süden zusätzlich noch Lemberg den Russen zusprach. Aber die siegreichen Polen wischten den Vorschlag vom Tisch und vereinbarten am 18. März 1921 in Riga eine Grenzziehung mit Sowjetrußland, die ihnen den größten Teil des altpolnischen Gebietes zuerkannte.

So blieb es bis zum deutsch-sowjetischen Vertrag von 1939. Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion 1941 dachte Stalin gar nicht daran, die ihm vom „Dritten Reich" überlassenen Gebiete herauszugeben. Schon Ende 1941 verlangte er von den Westmächten die Anerkennung der Gebietserwerbungen der letzten Jahre: Ostpolen, die baltischen Staaten, Karelien und das Petsamo-Gebiet, Bessarabien und die Bukowina. Am 16. Dezember 1941 schlug der Sowjetführer dem britischen Außenminister Sir Anthony Eden in Moskau vor, die Curzon-Linie solle „die Grundlage der künftigen russisch-polnischen Grenze" bilden; zugleich regte er an, Polen auf Kosten Deutschlands – unter anderem mit Ostpreußen – zu entschädigen.

Anfangs lehnte der britische Premierminister Winston Churchill dieses Ansinnen unter Berufung auf die auch von Stalin anerkannten Grundsätze der Atlantik-Charta ab. Der amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt wollte die europäischen Grenzfragen angesichts der Vordringlichkeit militärischer Entscheidungen am liebsten erst nach dem Kriege entscheiden.

Doch allmählich gaben beide Stalins Drängen nach und befreundeten sich mehr und mehr mit der Curzon-Linie. Das galt zunächst eher für die Briten. Doch auch Roosevelt plädierte im Oktober 1943 gegenüber seinem Außenminister Cordell Hull für eine polnisch-sowjetische Grenze, „die etwas östlicher als die sogenannte Curzon-Linie" verlaufen solle, „wobei Lemberg zu Polen käme".

Vereinte Bemühungen Churchills und Stalins, die polnische Exilregierung in London zur Anerkennung der Curzon-Linie zu bewegen, scheiterten allerdings.

Ungeachtet dessen kam Stalin auf der Teheraner Konferenz vom 28. 11. bis 1. 12. 1943 einen großen Schritt weiter. Denn hier wurde der Gedanke einer polnischen Entschädigung für die unter den Westmächten nun kaum noch umstrittene Curzon-Linie Allgemeingut. Churchill meinte: „Polen könnte sich nach Westen verlagern, wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf einige deutsche Zehen träte, könnte man das nicht ändern. Doch Polen muß auf jeden Fall stark sein."

Auf westlicher Seite war bis dahin allenfalls an eine deutsche Abtretung von Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien gedacht worden. Als Stalin nun aber in Teheran anmerkte, Polen sollte im Westen bis an die Oder rükken, sagte Eden geradezu erleichtert: „Was Polen im Osten verliert, könnte es im Westen gewinnen." Stalin verlangte für die Sowjetunion selbst das nördliche Ostpreußen und den „eisfreien Hafen Königsberg". Am Ende stimmte auch Roosevelt einer Formel Churchills zu, die am 1. Dezember 1943 allseits gebilligt, wenngleich nicht als schriftlicher Beschluß veröffentlicht wurde. Sie lautete: „Es ist grundsätzlich anzunehmen, daß die Heimstätte des polnischen Staates und der polnischen Nation zwischen der sogenannten Curzon-Linie und der Linie der Oder liegen und Ostpreußen (wie definiert) sowie Oppeln einschließen sollte; die endgültige Grenzziehung erfordert aber ein eingehendes Studium und möglicherweise an einigen Stellen einen Bevölkerungsaustausch."

Churchill unternahm nun alles (einschließlich erheblichen politischen Drucks), um die polnische Exilregierung, zu der Moskau längst die Beziehungen abgebrochen hatte, zur Annahme dieses Grenz-Arrangements zu bewegen. Aber Ministerpräsident Mikolajczyk lehnte die Curzon-Linie weiterhin strikt ab; er wollte Lemberg und Wilna um jeden Preis für Polen erhalten. Vergeblich konfrontierte ihn Churchill mit dem Argument, „daß die deutschen Gebiete viel wertvoller sind als die Pripet-Sümpfe. Sie sind industrialisiert und würden Polens Wohlstand heben". Auch sein Hinweis auf die sowjetischen Opfer im Kriege und für die Befreiung Polens konnten den polnischen Exil-Chef nicht umstimmen.

Unumwunden erklärte Mikolajczyk: „Die polnische Regierung kann nicht über den Verlust fast der Hälfte polnischen Territoriums im Osten bestimmen, ohne die Meinung des polnischen Volkes einzuholen, die für die polnische Regierung entscheidend ist."

Hier kamen weder die Westmächte noch Stalin weiter. Doch die Sowjets hatten ohnehin schon eine ihnen genehme Alternative für die störrische Exilregierung in petto: Im März 1943 war von emigrierten Kommunisten eine „Union polnischer Patrioten" gegründet worden, die sich am 22. Juli 1944 in ein „Polnisches Komitee für nationale Befreiung" unter Edward Osobka-Morawski (das sogenannte Lubliner Komitee) umbildete.

Dieses Komitee schloß mit seinen sowjetischen „Freunden" am 26. Juli 1944 ein geheimes Grenzabkommen, das als polnische Ostgrenze mit geringfügigen Abweichungen die Curzon-Linie festlegte. Als Entschädigung wurde Polen Danzig und Ostpreußen (bis auf den nördlichen Teil mit Königsberg) und alles deutsche Gebiet bis zur Oder und zur westlichen (der Görlitzer) Neiße, einschließlich Stettin, zugesprochen.

Damit hatte Stalin, was er haben wollte. Öffentlich plädierte der Propaganda-Chef des Lubliner Komitees, Stefan Jedrichowski, am 18. Dezember 1944 in der Moskauer „Prawda" für eine solche Regelung. Doch zu diesem Zeitpunkt waren die Westalliierten dafür noch keineswegs „reif". George F. Kennan, damals Berater des US-Botschafters in Moskau, Averell Harriman, äußerte sich in einem Memorandum geradezu prophetisch über die Auswirkungen einer Grenzregelung, die nach seiner Ansicht im Effekt die Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion ganz beträchtlich vergrößern würde.

„Die Russen wissen das sehr genau", formulierte Kennan mit exakter Weitsicht. „Sie wissen, daß die ökonomisch-militärische Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion immer mehr zunehmen und daß die Wichtigkeit seiner Ostgrenze, wie sie auch schließlich verlaufen mag, immer mehr abnehmen muß, je weiter die Grenze im Westen nach Deutschland hinein verschoben wird. Sie wissen, daß eine Fixierung der Grenze entlang der Oder diese Abhängigkeit bis zum dem Punkt steigern muß, an dem kein polnisches Regime im Gebiet östlich der Oder mehr als eine reine Lokalverwaltung aufrechterhalten kann, wodurch es logischerweise militärisch, ökonomisch und politisch in die Verantwortlichkeit der Sowjetunion fallen muß."

Kennan fuhr fort: „Das wiederum hat außerordentlich weitreichende Folgen: Es macht jeden Glauben an ein freies und unabhängiges Polen unrealistisch. Es richtet in Mitteleuropa eine Grenze auf, die sich nur verteidigen läßt, wenn an ihrer ganzen Länge dauernd starke Truppenverbände unterhalten werden. Es macht die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im restlichen Deutschland außerordentlich schwierig."

Die Schlußfolgerung des amerikanischen Ostexperten lautete: „Die Verwirklichung dieses Plans mag sich nicht verhindern lassen ... Aber ich sehe keinen Grund für uns, die Mitverantwortung für die Komplikationen zu übernehmen, die unausweichlich daraus entstehen müssen."

Tatsächlich war man in Washington und London mit Jedrichowskis Plan (der nur Stalins Ideen wiedergab) damals durchaus – noch – nicht einverstanden. Die Außenminister Eden und Stettinius mißbilligten am 1. Februar 1945 bei einem Treffen in Malta die territorialen Forderungen des Lubliner Komitees, das sich inzwischen als provisorische Regierung Polens proklamiert hatte. Ihr Nein galt vor allem der Görlitzer Neiße, denn „schon die Grenze am Oder-Verlauf würde Polens Aufnahmefähigkeit schwer belasten und die ungeheuren Schwierigkeiten vergrößern, die mit der Umsiedlung von Millionen Deutschen entstehen". In einem Memorandum empfahl die amerikanische Delegation für die damals bevorstehende Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945): „Wir sollten uns nachdrücklich den Bestrebungen widersetzen, die polnische Grenze bis an die Oder-Linie oder an die Oder-Neiße-Linie vorzuschieben."

In Jalta beharrte Stalin dann energisch auf einer Grenze an der Oder und der Görlitzer Neiße. Sowjetaußenminister Molotow verlangte auch Stettin für Polen, obgleich es auf dem westlichen Oder-Ufer lag. Roosevelt erklärte sich schließlich bereit, Polen vorläufig eine Ausdehnung bis zur Oder einzuräumen, stellte aber klar: „Die Grenze bis zur westlichen Neiße vorzuschieben, dafür scheint geringe Rechtfertigung zu bestehen."

Churchill warnte nachdrücklich vor der Ausweisung von „Deutschen in großer Zahl". Doch Stalin behauptete, die meisten Deutschen in dem betreffendem Gebiet, einschließlich der Deutschen, die zwischen den beiden Flüssen Neiße wohnten, seien vor der Roten Armee geflüchtet. In Wirklichkeit lebten damals noch mindestens fünf Millionen Deutsche dort.

Am Ende einigten sich die Teilnehmer auf eine bewußt vage Formel. Sie stellten zwar unmißverständlich fest, daß „die östliche Grenze Polens der Curzon-Linie mit Abweichungen von 5 bis 8 Kilometer zugunsten Polens folgen soll", fügten aber unscharf hinzu, „daß Polen bedeutenden Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß". Bedeutsam war die Vereinbarung, „daß die endgültige Festlegung der westlichen Grenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist".

In den folgenden Monaten entschied sich das militärische und politische Schicksal Deutschlands: Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht. Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 versammelten sich Stalin, der amerikanische Präsident Harry Truman (der dem verstorbenen Roosevelt nachgefolgt war) und Churchill (der nach verlorener Wahl durch Clement Attlee ersetzt wurde) in Potsdam, um die europäischen Nachkriegsprobleme zu lösen.

In den Richtlinien für die amerikanische Delegation wurde festgehalten, daß Ostpreußen – ausgenommen der Bezirk Königsberg –, Danzig, Deutsch-Oberschlesien und ein Teil Ostpommerns an Polen abgetreten werden sollten. „Die amerikanische Regierung würde es vorziehen", hieß es weiter, „daß sonstiges deutsches Gebiet ostwärts der Oder deutsch bleibt ... Wenn die polnische und die sowjetische Regierung nachdrücklich darauf drängen und wenn sie von der britischen Regierung unterstützt werden, so werden wir nicht umhin können, uns mit der Abtretung des Gebietes ostwärts der Oder einverstanden zu erklären. Es besteht jedoch die Ansicht, daß die amerikanische Regierung sich weigern sollte, auf dieser Konferenz die Abtretung des Gebiets zwischen Oder und Neiße zu sanktionieren."

In einer Anlage zu den Richtlinien wurde noch klarer formuliert: „Das Gebiet zwischen Oder und Unterer Neiße sollte bei Deutschland verbleiben. Es gibt keine historische oder ethnologische Rechtfertigung für die Abtretung dieses Gebietes an Polen (ebensowenig wie im Falle des unmittelbar vorstehend erörterten Gebiets ostwärts der Oder)."

Auf der Potsdamer Konferenz kam es zunächst noch einmal zu einer Debatte über die Vertreibung der Ostdeutschen. Churchill äußerte sich, wie schon in Jalta, besorgt über die negativen Folgen einer umfassenden Aussiedlung. Stalin wiederholte sein altes Argument, die Ostdeutschen seien alle geflohen. Der britische Premier erwiderte, mindestens zweieinhalb Millionen seien noch da. Die Standpunkte blieben unvereinbar.

Churchill kritisierte auch generell, Polen wolle ein viel größeres Territorium an sich nehmen, als es verloren habe. Das könne für Europa nicht gut sein. Präsident Truman sagte, die schlesischen Bergwerke seien für die Zwecke der Reparationen und Lebensmittelversorgung ein Teil Deutschlands. „Unter diesen Bedingungen wollten wir über die Grenzen sprechen." Die Polen hätten jedoch kein Recht, dieses Gebiet jetzt in Besitz zu nehmen und es aus der deutschen Wirtschaft herauszureißen. Auf eine einfache Formel gebracht, laute die Frage: „Sind die Zonen bis zum Friedensvertrag gültig, oder wollen wir Deutschland stückchenweise weggeben?"

Konkret ging es bei der Potsdamer Diskussion immer mehr um die Görlitzer Neiße. Nachdem Churchill mitten in der Konferenz von den britischen Wählern desavouiert worden war, meinte er resignierend: „Weder ich noch Eden hätten jemals der westlichen Neiße als Grenzlinie zugestimmt. Dabei handelte es sich nicht nur um eine Grundsatzfrage, sondern um zusätzlich drei Millionen Vertriebene." Auch Truman und sein Außenminister Byrnes hatten mit der westlichen Neiße nicht viel im Sinn. Aber ebenso wie der neue britische Regierungschef Attlee und Außenminister Bevin beugten sie sich schließlich Stalins Drängen.

Truman und die Briten stimmten auch ausdrücklich dem sowjetischen Wunsch nach Königsberg als eisfreiem Hafen zu, nachdem Stalin bewegte Klage darüber geführt hatte, daß alle anderen Rußland zur Verfügung stehenden Häfen der Ostsee einfrören. Offensichtlich war keinem der Teilnehmer klar, welchen Unsinn – laut George Kennan – der Sowjetführer damit verkündet hatte. Denn „Rußland besaß an der Ostsee (immer vorausgesetzt, man billigte ihm die baltischen Staaten als rechtmäßigen Besitz zu, und in Potsdam schien niemand gesonnen, das nicht zu tun) schon drei tadellose Häfen, die im wesentlichen eisfrei waren: das frühere Windau (jetzt Ventspils), Libau (jetzt Liepaja) und Baltischport (jetzt Baltisky). Königsberg dagegen liegt 49 Kilometer von der offenen See entfernt, am Ende eines künstlichen Kanals, der mehrere Monate im Jahr zufriert und, wenn überhaupt, dann nur mit Eisbrechern offen gehalten wird."

Trotzdem erklärten sich die USA und Großbritannien in Abschnitt VI des Potsdamer Abkommens bereit, die endgültige Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebiets an die Sowjetunion „bei der bevorstehenden Friedensregelung" zu unterstützen.

Eine solche Zusage gab es nicht „für die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens" die – laut Abschnitt IX des Potsdamer Textes – „bis zu der Friedensregelung zurückgestellt werden soll". Wörtlich hieß es dazu weiter: „Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der UdSSR in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommt und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands betrachtet werden sollen."

Von westlicher Seite ist damals der vorläufige Charakter der Grenzregelung sehr nachdrücklich betont worden. US-Außenminister Byrnes erklärte, die drei Mächte würden einer „Interims-Verwaltung" durch Polen zustimmen, damit es keine weiteren Streitigkeiten darüber gebe, doch darunter werde von allen verstanden, daß hierdurch keine Gebietsabtretung bewirkt werde. Der Brite Bevin versicherte: „Die Regierung Seiner Majestät ist in keiner Weise verpflichtet, die bestehenden provisorischen Regelungen auf der Friedenskonferenz zu stützen."

Sogar für Polen und die Sowjetunion war der Friedensvertragsvorbehalt zunächst unumstritten. So fand sich in dem sowjetisch-polnischen Grenzvertrag vom 16. August 1945 die klare Formel: „In Erwartung des endgültigen Beschlusses über den Verlauf der Westgrenze Polens auf der Friedenskonferenz". Erst im Jahre 1946 vertrat Stalin plötzlich den Standpunkt, die polnische Westgrenze sei definitiv. Davon sind Moskau, Warschau und die anderen Regierungen des Ostblocks – im Gegensatz zum Potsdamer Text – dann nicht mehr abgewichen. Seitdem war von dem Motiv der polnischen Entschädigung für im Osten erlittene Gebietsverluste nicht mehr die Rede. Statt dessen begann eine riesige Propagandakampagne über die angebliche „Rückkehr urpolnischer Territorien". Im Görlitzer Vertrag zwischen der „DDR" und Polen vom 6. Juli 1950 wurde dann die Oder-Neiße-Linie als „unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" festgeschrieben.

Demgegenüber stellten die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 (in der Fassung vom 23. Oktober 1954) in Artikel 7 fest, sie seien sich „weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung aufgeschoben werden muß". Dies ist die bis heute gültige völkerrechtliche Auffassung der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland.

Daran änderte sich auch durch den Abschluß des Warschauer Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezember 1970 nichts. Bei diesem Vertrag ging es der deutschen Seite darum, zwei Motive miteinander zu verbinden:

1. Den Polen in den Oder-Neiße-Gebieten sollte das Gefühl vermittelt werden, daß sie keine neue Vertreibung zu befürchten hätten. Darum die Betonung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzlinie an Oder und Neiße, die „die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet", und der Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf alle Gebietsansprüche in Artikel I des Vertrages.
2. Dennoch sollte – und konnte – der grundsätzliche Rechtsstandpunkt nicht aufgegeben werden, daß die Grenzen erst in einem Friedensvertrag endgültig geregelt werden können. Deshalb die Klarstellung in Artikel IV, daß der Vertrag nicht „die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen" berühre. Damit war vor allem der Deutschlandvertrag gemeint, wie in einem Notenaustausch Bonns mit den drei Westmächten klargemacht wurde.

Demnach hat sich die „Bundesrepublik Deutschland als solche in der Grenzfrage unbefristet gebunden". Das war eine große Geste des guten Willens. Aber: „Ein Friedensvertrag wird durch diesen Vertrag weder vorweggenommen noch ersetzt. Ein wiedervereinigtes Deutschland kann also durch den Vertrag nicht gebunden werden", wie die damalige Bundesregierung Brandt/Scheel 1970 selbst versichert hat.

Dementsprechend stellte das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 7. 7. 1975 in den Verfahren gegen die Gesetze zu den Ostverträgen fest: „Der Wille der Bundesrepublik, bei den Grenzregelungen der Verträge von Moskau und Warschau nicht über den territorialen Status Deutschlands zu verfügen, war auch für die Vertragspartner erkennbar und hat sogar seinen Niederschlag in den Verträgen selbst gefunden ... Nach alledem haben die Vertragspartner die Bundesrepublik Deutschland nicht für befugt halten können, Verfügungen zu treffen, die eine friedensvertragliche Regelung vorwegnehmen."

Hier geht es also nicht etwa um gute oder böse Absichten, wie in der „Revanchismus"-Kampagne des Ostens behauptet wird und wie es gelegentlich auch in der innenpolitischen Diskussion unter den Bonner Parteien anklingt, sondern um völkerrechtliche Fakten. Professor Willi Geiger (Karlsruhe), einer der maßgeblichen Gestalter der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts über die Ostverträge, hat das so formuliert: In den Friedensvertragsverhandlungen – „und erst in diesen Verhandlungen – steht die Grenze des neuen Deutschland zur Disposition in der vollen Breite, die sich ergibt aus der Beschreibung innerhalb der Grenzen nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 und der gegenwärtig bestehenden Grenzlinie entlang der Oder und Neiße".

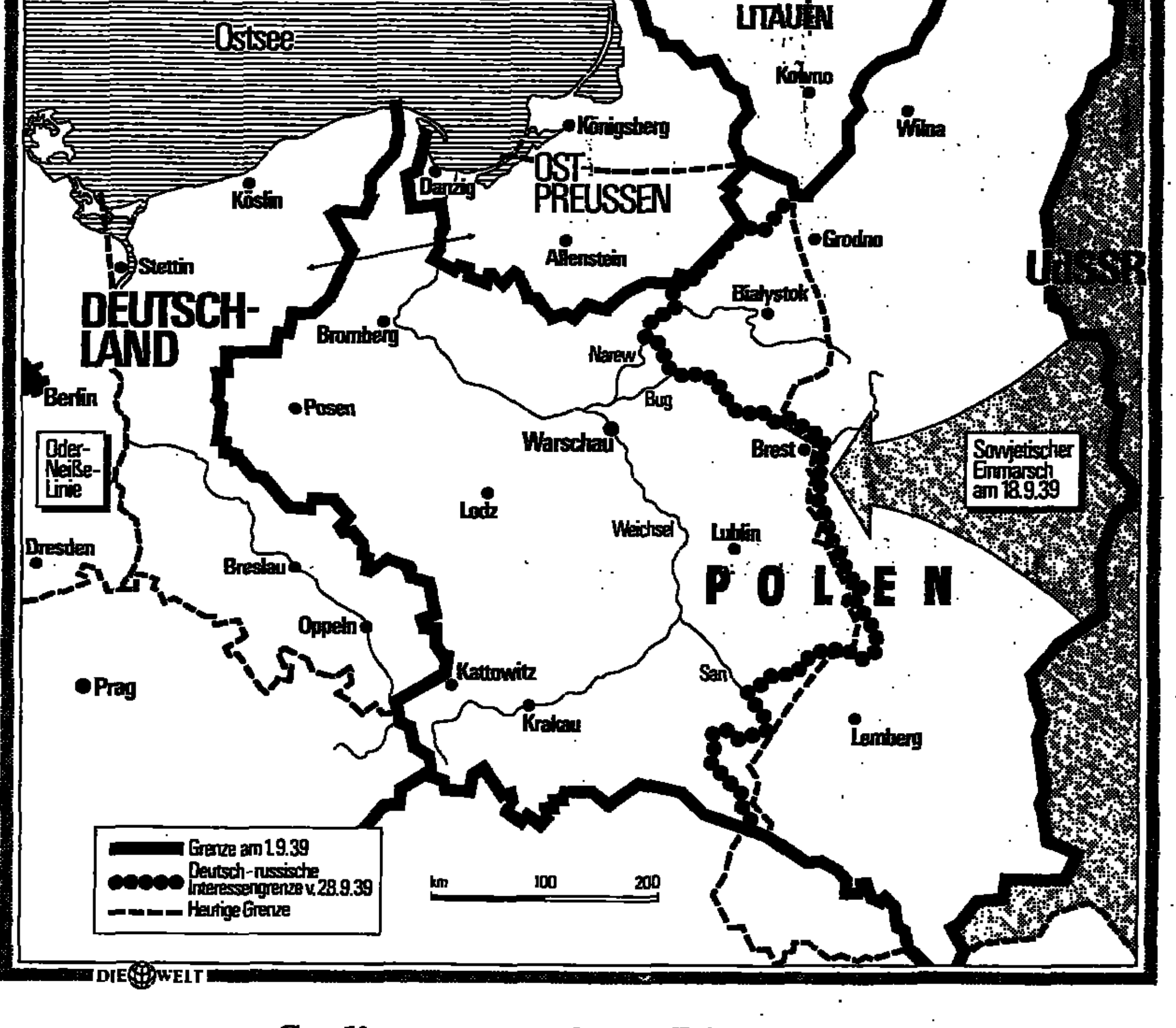
Geiger, der sich in Heft 41 der Neuen Juristischen Wochenschrift vom Oktober 1983 äußerte, fuhr fort: „Wie die künftige Grenzregelung aussehen wird oder aussehen sollte, bleibt also einstweilen reine politische Spekulation. Was im Rahmen solcher Spekulationen Politiker der Bundesrepublik Deutschland etwa über einen vertretbaren – auch in einem territorialen Zugeständnis bestehenden – Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands äußern, gehört in den Bereich der freien Meinungsäußerung und legt die Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich nicht fest."

> Hier geht es also nicht etwa um gute oder böse Absichten, wie in der ‚Revanchismus'-Kampagne des Ostens behauptet wird und wie es gelegentlich auch in der innenpolitischen Diskussion unter den Bonner Parteien anklingt, sondern um völkerrechtliche Fakten.

Weiter argumentierte Bundesverfassungsrichter a. D. Geiger: „Aus diesem Grunde lassen sich – ich denke dabei insbesondere an den notwendigen, auf Frieden und Zusammenarbeit gerichteten Ausgleich zwischen dem deutschen und polnischen Volk – auch die Hoffnungen und Befürchtungen beider Seiten (und innerhalb jeder der beiden Seiten!), mögen sie auf eine Bestätigung oder auf eine Änderung der gegenwärtigen Grenzmarkierungen gerichtet sein, nicht ausräumen, derzeit bedauerlicherweise auch dann nicht, wenn eine Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland der Auffassung sein sollte, daß aus mancherlei Gründen in einem Friedensvertrag an dem gegenwärtigen Verlauf der Grenze zwischen der DDR und ihren Nachbarn substantiell nichts geändert werden sollte."

Geiger schloß: „Selbst eine Bundesregierung, die durch das Grundgesetz nicht in der dargestellten Weise an einer solchen Äußerung gehindert wäre, würde – das ist hier als politische Feststellung gemeint – unverantwortlich handeln, wenn sie vor den Verhandlungen über einen Friedensvertrag dazu amtlich ein Wort verlauten ließe; sie brächte sich und vor allem Deutschland, den Partner eines Friedensvertrags, um einen wertvollen Verhandlungsbeitrag, für den ein Preis (eine Gegenleistung) gefordert werden kann."

Damit sollte einer emotionellen Kontroverse in der Bundesrepublik eigentlich der Boden entzogen sein.



Stalin setzte seinen Plan durch

Im Osten von den Sowjets amputiert – im Westen auf Kosten Deutschlands entschädigt: Polens Grenzen 1939 und seit 1945. Stalin behielt nach dem Zweiten Weltkrieg mit westalliierter Zustimmung die ostpolnischen Gebiete, die ihm Hitler im deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 zugesprochen hatte. Um diese Grenzregelung zu erleichtern, wurde Polen bis an die Oder und die Görlitzer Neiße vorgeschoben; Ostpreußen wurde zwischen Sowjetunion und Polen geteilt. Die Westmächte waren davon zuerst gar nicht begeistert, aber Stalin setzte seinen Plan durch – bis zum Friedensvertrag.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Tag der Besinnung

„Kohl: Tag der Kapitulation ohne laute Feiern"; WELT vom 12. Dezember und „Das Gedenken des 8. Mai"; WELT vom 12. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Gedanken an den 8. Mai 1945 verbindet sich unsägliches Leid. Leid, das nicht nur ein Volk ertragen mußte, sondern ganz Mitteleuropa, war es doch auch der Beginn der „Neuordnung Europas" durch die Alliierten des Zweiten Weltkrieges. Die Folge waren endlose Flüchtlingstrecks als Vorboten neuer Barbarei.

Nicht nur Deutschland war von dieser „Neuordnung" betroffen, sondern auch Polen. Ein Land, dessen leidvolle Geschichte uns allen Mahnung sein sollte. Andere Staaten wie Litauen, Lettland und Estland wurden einfach eliminiert und ihre Bevölkerung in alle Himmelsrichtungen zerstreut. Als Folge dieser „Neuordnung" entstanden neue Blöcke auf dem Boden der Interessensphäre der ehemaligen Alliierten; neue Blöcke, die zeigen sollten, wie stark der jeweilige Mächtige seine Interessen zu wahren gedenkt.

Sind wir also seit jenem Tag im Mai 1945, als die Waffen endlich schwiegen, einen Schritt in Richtung Weltfrieden weitergekommen?

Haben wir das moralische Recht auf Kritik verwirkt nach allem, was im Dritten Reich geschah? Nehmen wir doch endlich Stellung zum Weltgeschehen und nennen wir die Dinge bei ihrem Namen! Es geht doch nicht an, daß einer der stärksten Wirtschafts- und Handelspartner ein politischer Zwerg bleibt. Treiben wir endlich Diplomatie; Diplomatie, die der Welt und vor allem uns selbst nützt. Denken wir an die Lösung der deutschen Frage. Aber hören wir endlich damit auf, uns leid zu tun.

Der 8. Mai 1945 ist kein Tag zum Feiern. Wir haben uns nicht selbst befreit von der Diktatur der Nationalsozialisten, und die Sieger, die bereits in Frankreich die Feiern zur Invasion allein begingen, sollten auch diesen Tag allein begehen, wenn sie dieses Datum lautstark zu feiern gedenken. Wir jedenfalls sollten uns auf die unsäglichen Opfer des Krieges und der *Hitler-Diktatur besinnen und die Folge*, die Spaltung Deutschlands, betrauern.

Bundeskanzler Helmut Kohl ist jedenfalls gut beraten, wenn er es, wie bei anderen Gelegenheiten auch, bei einer Feierstunde im Bundestag bewenden läßt. Mögen die Mächtigen dieser Welt daran teilnehmen, wenn sie wollen.

Mit freundlichen Grüßen
G. Sähn,
Berlin 26

Teuere Gesundheit

„Gesundheit, lieb und teuer"; WELT vom 15. Dezember

Es ist leider wahr und Herr Peter Jentsch hat recht, wenn er von einem Krankheitsherd der Republik spricht. Daß es so nicht weitergehen kann, ist nicht strittig, doch der Weg dorthin muß ein anderer sein als ihn Herr Jentsch und viele Politiker gehen wollen. Gesundheit ist nämlich zur Zeit nur für die unteren Einkommensbezieher teuer. Zu teuer!

Verantwortlich für den oder die Krankheitserreger in der Krankenversicherung sind in erster Linie die Politiker und die Lobby der sogenannten Besserverdienenden, die aus eigensüchtigen Gründen den Krankenkassen u. a. *Aufgaben* zugeordnet haben, die absolut nichts mit der Krankenversicherung zu tun haben. Ich denke hier z. B. an die erschrekkend hohe Zahl der Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein mit weiterhin steigender Tendenz. Die Ausgaben aller Krankenkassen für diese Auftragsangelegenheit dürfte *in 1984 rund eine viertel Milliarde* Mark betragen.

Hierzu kommen für die Krankenkassen nicht unerhebliche Folgekosten, wie abtreibungsbedingte Folgekrankheiten, Kuren, Frühinvalidität und so weiter. Fachleute schätzen, daß diese Kosten in einigen Jahren höher sein werden als die eigentlichen Kosten der Schwangerschaftsabbrüche. Diese aber müssen fast ausschließlich vom Kreis der Krankenversicherten aufgebracht werden, obwohl Schwangerschaft alles andere ist als eine Krankheit im Sinne der RVO.

Ein weiterer Bazillus in der Krankenversicherung ist die sogenannte Beitragsbemessungsgrenze. Sie begünstigt auf Kosten der Wenigverdienenden die Besserverdienenden. Die Bemessungsgrenze bewirkt nämlich, daß jemand, der z. B. 4000 Mark brutto im Monat verdient, den gleichen Krankenkassenbeitrag zu zahlen hat wie jemand, der 40 000 Mark oder gar 400 000 Mark erhält. Der *4000-Mark-Verdiener muß rund zehn* Prozent seiner Bruttobezüge bei der Krankenkasse als Beitrag abliefern, während der 400 000-Mark-Verdiener nur 0,1 Prozent (also nur ein Almosen, gemessen an seinem Einkommen) der Solidargemeinschaft als Beitrag bezahlt, dafür aber die gleichen Leistungen erhält wie jener Versicherte, der zehn Prozent seines Einkommens abliefern muß.

Diesen Bazillus gilt es in erster Linie unschädlich zu machen, indem man die Beitragsbemessungsgrenze ersatzlos streicht. Dadurch könnten die Beiträge der Krankenkassen generell um fast 50 Prozent, oder sozial und proportional differenziert gesenkt werden.

Man komme bitte nicht damit, daß der Besserverdienende bereits durch hohe Progressionssteuer über Gebühr in Anspruch genommen werde. Das ist nur bedingt richtig. So ist die Einkommensteuer, die z. B. ein Zahnarzt an das Finanzamt abzuliefern hat (vorausgesetzt, daß sie nicht in ein Bauherrenmodell eingeflossen ist), für ihn ein Kostenfaktor, den seine Patienten über den Krankenkassenbeitrag aufzubringen haben.

J. Denz, Statistiker
Schortens 3

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht die ambulante, sondern die Krankenhausbehandlung ist der Kostenfaktor Nr. 1 im Gesundheitswesen. Jeder im Krankenhaus tätige Arzt weiß es: der kostendeckende Pflegesatz verleitet zu langen Liegezeiten.

Krankenhausträger und Verwaltungen ermahnen die Abteilungsärzte, die Patienten lieber etwas länger im Krankenhaus zu behalten. Jeder Tag bringt bares Geld und verursacht beim fast gesunden Patienten kaum noch Kosten. Eine operative Abteilung mit kurzen Liegezeiten ist dem Verwaltungschef eines Krankenhauses ein Alptraum. In den ersten drei Tagen fallen durch Diagnostik und Operation hohe Kosten an. In den Tagen danach muß das Geld verdient werden und gerade da entläßt der „böse" Doktor den Patienten. Da wird dann z. B. dem Chefarzt einer Neurochirurgischen Abteilung gesagt: „Operieren Sie lieber die Hälfte und verdoppeln Sie die Liegezeiten."

Ein weiterer Grund für die überhöhte Liegezeit liegt in den Krankenhaustagegeldversicherungen. Ein Patient, der pro Tag 50 bis 100 Mark kassiert, ist schwer davon zu überzeugen, daß die weitere Nachbehandlung auch ambulant erfolgen kann. Er ist gewillt, bis zur völligen Beschwerdefreiheit im Krankenhaus zu bleiben.

Der Vorschlag in dem Artikel, daß der Kassenpatient die Kosten der Arztrechnung erfährt, kann nur von jedem niedergelassenen Arzt begrüßt werden. Die meisten Patienten haben völlig irreale Vorstellungen von der Höhe der Arztgebühren. Sie sind überrascht zu erfahren, daß pro Quartalschein je nach Ort ca. 50 DM an den Arzt gezahlt werden und der Patient dafür dreimal in der Sprechstunde war.

Zur Selbstdisziplin der Patienten wäre es erstrebenswert, wieder drei Karenztage vor Zahlung des Krankengeldes einzuführen. 100 Prozent Krankengeld sollte man auch erst nach drei Wochen geben, wenn es wirklich in der Haushaltskasse knapp wird.

Da all diese Dinge in der öffentlichen Diskussion nicht ausgesprochen werden, fehlt offensichtlich der Wille zu einer wirklichen Reform.

Dr. W. Rothenbächer,
Diez

Steuerrechnung

„Wohlstand der Fleißigen ermutigt die Massen"; WELT vom 11. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

es ist hervorzuheben, daß 0,1 Millionen Spitzenverdiener (Obere Proportionalzone), also noch nicht einmal 1 Prozent (0,5 Prozent) der gesamten Einkommensteuerpflichtigen, mit 25,4 Mrd. DM immerhin 15,8 Prozent des Steueraufkommens tragen. Die 10,5 Millionen mittlere und gute Verdiener (48 Prozent aller Einkommensteuerpflichtigen) tragen 71,7 Prozent = *116,9 Mrd. DM Steuer*aufkommen. Dagegen tragen 8,0 Millionen einfache Verdiener (untere Proportionalzone) oder 37 Prozent mit einem Anteil von 12,7 Prozent lediglich 20,7 Mrd. DM Steueraufkommen – und 3,4 Millionen (15 Prozent) in der Nullzone des Steuertarifs tragen überhaupt keine Steuern.

Wer diese Verteilung sieht, ist geneigt, zu versuchen, daraus ein Facit für unsere Gesellschaft und deren Ordnung zu ziehen – zumindest im Hinblick auf das Gemeinwesen „Staat", der ja von diesen Steueraufkommen lebt und die Gemeinschaftsbedürfnisse befriedigt. Und wer diese Verhältnisse mit denen im Osten Europas vergleicht, der muß zu der Erkenntnis kommen: überall dort, wo es Reiche gibt, gibt es auch Arme. Wo es aber keine Reichen mehr gibt, bleiben nur noch die Armen.

Erkannt werden muß auch bei dieser Verteilung der Steuerlast, daß es meistens die Fleißigen sind, die reich sind oder reich werden. Oft genug sind es die Faulen, die arm bleiben.

Wo kein Anreiz mehr besteht, mit der Anstrengung auch mehr zu haben, besser leben zu können, sich mehr leisten zu können, da dreht sich der Trend zur Leistungsbereitschaft schnell um und die Anteile an den Gruppen der Geringverdiener oder der einfachen Verdiener wird größer.

Im Falle der vorgelegten Statistik ist nicht zu erkennen, ob die große Schicht der mittleren und guten Verdiener schon das Ergebnis dieser Umkehr ist – oder ob sie noch aus dem Trend entstanden ist, durch Leistung zu einem besseren Verdienst zu kommen. Geht der Trend also hin zu den Spitzenverdienern oder geht er hin zu den einfachen Verdienern?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Steincke,
Michelbach/Bilz

Verjüngung

„DGB will Verhältnis zur Bundesregierung entkrampfen"; WELT vom 19. Dezember

DGB-Vorstandsmitglied Fehrenbach kommentiert die von der Bundesregierung für Offiziere des Truppendienstes vorgesehene Möglichkeit, auf Antrag unter bestimmten Voraussetzungen vorzeitig aus dem Dienst auszuscheiden, mit markigen Worten: Dieses Gesamtkonzept „paßt arbeitsmarktpolitisch und sozialpolitisch in die Landschaft wie die Faust aufs Auge".

Fehrenbach verkennt offensichtlich völlig die mit dem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften verfolgte Absicht. Dabei geht es nicht um soziale Wohltaten oder um mehr Beförderungen, sondern die Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte soll mit diesem Gesetzentwurf sichergestellt werden. Das Gesetz will der gefährlichen Überalterung in den Führungsfunktionen von Bataillonskommandeuren, Kompaniechefs und Zugführern entgegenwirken, die in erheblichem Umfang seit Jahren über das sogenannte Grenzalter hinaus verwendet werden. Für die Soldaten in diesen Funktionen ist das Lebensalter Eignungsvoraussetzung – eine Situation, die für keinen anderen Bereich des öffentlichen Dienstes typisch ist.

Wenn wir für unsere äußere Sicherheit jährlich rund 50 Milliarden Mark ausgeben, dann haben diese Ausgaben nur einen Sinn, wenn die von unseren Verteidigungsanstrengungen ausgehende Abschreckung auch glaubhaft ist. Das ist sie sicherlich nicht, wenn eine „Vergreisung der Armee" gerade in den Führungsfunktionen eintritt.

Auch die soziale Symmetrie gerät nicht aus dem Gleichgewicht. Das vorzeitige Ausscheiden bedeutet – im Gegenteil – für die Betroffenen eine *Verminderung ihres Lebenseinkommens* um ein Drittel. Und auch der Arbeitsmarkt wird nicht belastet. Denn mit dieser nur auf sechs Jahre befristeten Regelung sollen jährlich lediglich 250 Offiziere ausscheiden. Diese Zahlen sind gemessen an der Größenordnung des Arbeitsmarktes ohne praktische Bedeutung.

Im Interesse unserer äußeren Sicherheit bleibt deshalb zu hoffen, daß der Gesetzentwurf die parlamentarischen Hürden nimmt.

Volland, Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehr-Verbandes,
Bonn 2

*

„Verwendungsstau: Morgen muß die Regierung handeln"; WELT vom 10. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn man die Streitkräfte ernsthaft und auf Dauer verjüngen will, muß man sich konsequenterweise dazu entschließen, die so entstehenden Frührentner, wie es in der alten preußischen Armee üblich war, im zivilen Bereich weiter zu beschäftigen. Ein Oberstleutnant, der mit 46 Jahren in Pension geht, ist als Pensionär einerseits viel zu jung, andererseits zu alt, um in der ohnehin nicht mehr aufnahmefähigen Wirtschaft noch Fuß zu fassen.

Mit den Pensions-Angeboten erweist man dem Beruf des Bundeswehroffiziers einen Bärendienst.

Mit freundlichen Grüßen
R. von Binzer,
Bonn 1

Wort des Tages

„Das Christentum und der Humanismus sind *heute* die einzigen volksgestaltenden Kräfte, die noch den ernsten Glauben an den Adel des Menschen haben. Der Christ glaubt und lehrt, daß die zweite Person in der Gottheit Mensch wurde; der Humanist weiß und lehrt, daß der ganze Kosmos im Menschen oder einem ihm ähnlichen, uns durch Erfahrung unbekannten Wesen gipfelt und daß der Mensch die Kraft besitzt, Götter zu schaffen."

Stefan Andres; deutscher Schriftsteller (1906–1970)

Personalien

WAHLEN

Erstmals in der 119jährigen Geschichte der Internationalen Fernmeldeunion (UIT) besetzt ein Deutscher eine Führungsposition dieser ältesten zwischenstaatlichen Einrichtung unter den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen. Die Vollversammlung des Internationalen Beratenden Ausschusses für den Telegrafen- und Telefondienst (CCITT) wählte Dipl.-Ing. **Theodor Irmer** (52) zum CCITT-Direktor. Irmer ist Abteilungspräsident beim Fernmeldetechnischen Zentralamt der Deutschen Bundespost in Darmstadt und dort zuständig für die Projektorganisation für digitale Fernsprechvermittlungs- und Übertragungstechnik. Der CCITT führt Studien über technische, betriebliche und tarifliche Regelungen des Fernmeldewesens durch und gibt als Grundlage für die reibungslose weltweite Funktion der Fernmeldenetze und Telekommunikationsdienste Empfehlungen an die 159 Mitgliedsländer der UIT.

*

Der Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks hat seinen bisherigen Vorsitzenden, Oberlandeskirchenrat **Günter Bezzenberger** aus Kassel, wiedergewählt. Er hat diese Funktion bereits seit vier Jahren inne. In ihren Ämtern bestätigt wurden auch die stellvertretende Rundfunkratsvorsitzende Dr. **Gusti Gebhardt** und das in den Verwaltungsrat gewählte Rundfunkratsmitglied **Heribert Reitz**. Neu gewählt wurden in den Programmbeirat für das deutsche Fernsehen **Irmgard Reichhardt** und als ihr Stellvertreter **Walter Korn**.

*

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident, **Bernhard Vogel**, ist zum neuen Präsidenten des Maximilian-Kolbe-Werks gewählt worden. Vogel löst **Albrecht Beckel** ab, der das Amt elf Jahre ausübte, teilte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken mit. Das nach dem in Auschwitz ermordeten polnischen Ordensmann benannte Werk unterstützt ehemalige polnische Häftlinge von Konzentrationslagern. Es wurde 1973 unter anderem vom Zentralkomitee deutscher Katholiken, Pax-Christi, dem Caritasverband und zahlreichen weiteren katholischen Organisationen gegründet. Heute zählt es einschließlich der Organisationen und vieler Pfarreien *3140 Mitglieder. Knapp 7000* Spender bringen jährlich rund 1,9 Millionen Mark für die Arbeit der Organisation auf.

EHRUNGEN

Der Zoologe, Professor **Hubert Markl**, von der Universität Konstanz ist der erste Träger des mit 25 000 Mark dotierten Preises für deutsche Wissenschaftssprache, den das bayerische Kultusministerium als Karl Voßler-Preis verleiht. Die Auszeichnung an den gebürtigen Regensburger soll im Februar 1985 in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste überreicht werden. Der Preis wird künftig im Zwei-Jahres-Abstand wissenschaftliche Leistungen von literarischem Rang anerkennen. Die Jury würdigte Markl als einen Meister der wissenschaftlichen Prosa, der in deutscher und englischer Sprache geschrieben hat. Der Zoologe sei ein „Virtuose des Analogiedenkens", der geschickt Grundfragen der Biologie am Denkmodell der freien Wirtschaft mit ihrem „natürlichen" Gegenmodell der Planwirtschaft erläutere und sich als Naturwissenschaftler in seiner Forschung und ihrer Vermittlung immer kulturbewußt gezeigt habe. Der Preis ist nach dem 1949 in München gestorbenen Romanisten **Karl Voßler** benannt.

*

Der Bildhauer **Ulrich Rückriem** erhält am 30. Dezember in Münster den mit 10 000 Mark dotierten „Konrad-von-Soest-Preis" des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für bildende Kunst. Der 1938 in Düsseldorf geborene Rückriem übernahm 1984 eine Professur an der Staatlichen Kunstakademie seiner Heimatstadt. Der Künstler habe durch sein Werk einen für die zeitgenössische Skulptur wesentlichen Beitrag geleistet, heißt es in der Begründung der Jury.

*

Die Ludwig-Erhard-Preise für Wirtschaftspolitik 1985 werden an **Walter Kannengießer**, Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in Bonn, Professor **Olaf Sievert**, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus Saarbrücken, und Professor **Henry C. Wallich**, Gouverneur der amerikanischen Zentralbank in Washington, verliehen. Wie die Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn mitteilt, werden die Preise am 8. Februar nächsten Jahres in Bonn im Rahmen einer Feierstunde übergeben.

HOCHSEESEGELN / Geheimnisvolles Projekt für den Admirals-Cup 1985

Frauen wollen Männern mit neuem Boot Wind aus den Segeln nehmen

INGA GRIESE, Hamburg

Die Mädchen kommen – was zu Beginn des vergangenen Jahres noch mit wohlwollendem Lächeln gesagt wurde, nimmt im nächsten Jahr bedrohliche Form an. Gemeint ist die erste Hochseesegel-Crew, die nur aus jungen Frauen rekrutiert ist und die den etablierten Männern den Kampf um die Fahrkarte zum Admirals-Cup, der inoffiziellen Hochseesegel-Weltmeisterschaft vor Südengland, angesagt hat. Für Frauenhände viel zu hart – diese gängige Meinung in Seglerkreisen, wenn es um das Hochseesegeln geht, wollen die Mädchen widerlegen.

Zu Beginn der Saison 1984 tauchten sie mit der alten „Rubin von Helgoland", einer fünf Jahre alten Yacht, auf den Regattaplätzen auf. Daß sie kaum Erfolge erzielten, lag nicht nur an mangelnder Seemannschaft, sondern am wenig konkurrenzfähigen Boot. Aber in dieser Beziehung wird die Crew des „Lady-Cuppers" im nächsten Jahr bestens ausgestattet sein.

Zur Zeit liegt ein Neubau nach den Plänen der deutschen Erfolgskonstrukteure Rolf Vrulijk/Friedrich Judel (Hamburg) im Betrieb des Containerherstellers, Bootsbauers und Surfspezialisten Udo Schütz in Selters. Im Westerwald wurde ein besonderes Verfahren entwickelt, wobei die Rümpfe in einem Spezialofen besonders leicht und trotzdem fest werden. Die Kosten für diesen Eintonner, den die Damen bekommen (knapp 12 Meter lang, 30,5 Fuß IOR Rating), belaufen sich auf rund 650 000 Mark einschließlich der Segel. Die Mädchen stammen nicht etwa aus reichen Elternhäusern, sondern haben einen Sponsoren gefunden, der ihnen Boot, Ausstattung und Training finanziert.

Doch wer der Geldgeber ist, darüber herrscht Stillschweigen.

Unter dem Kommando ihres Managers Ulrich Matthiesen (Hamburg) trifft die Crew ihre Vorbereitungen – am liebsten unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Bekannt ist, daß der Hamburger Kaufmannslehrling Kirsten Tamm die ⅞-getakelte Yacht steuern wird. Die Mannschaft besteht aus 12 jungen Frauen aus Norddeutschland im Alter zwischen 19 und 30 Jahren, die im Segelboot aufgewachsen sind. Etwas älter ist Ulrike Beilcken, die Frau des bekannten Bremer Segelmachers und erfolgreichen Hochseeseglers Bernie

Weitere Sportberichte lesen Sie auf den Seiten 10 und 11

Beilcken, der mit dem Neubau „Diva" ebenfalls für die Qualifikation genannt ist. Wer welche Position an Bord einnehmen wird, wer so wichtige Aufgaben wie Navigation oder Segeleinstellung übernimmt, das wird noch nicht verraten oder steht noch nicht fest. Am liebsten wäre es Uli Matthiesen ohnehin, wenn niemand über das Projekt spräche. Und so will es auch der Sponsor, der seinen Namen erst bekanntgeben will, wenn das Boot Anfang März fertiggestellt und etwas zum Vorzeigen da ist.

„Namen nützen nichts, wenn man nichts sieht. Daher läuft erst einmal alles unter meinem Namen. Natürlich habe ich auch ein paar Gerüchte in die Welt gesetzt, um der hungrigen Meute etwas zu Fressen zu geben", sagt Uli Matthiesen, der zusammen mit der Hamburgerin Birgit Kühne den Kontakt zum Sponsor aufgebaut hat und der für die Organisation und Logistik zuständig ist. Die Frage nach dem Sponsor – man spricht von einem Bekleidungsfabrikanten – ist schon allein deshalb interessant, weil es bislang nichts Vergleichbares in Deutschland gegeben hat. Und es bleibt auch die Frage, warum jemand in ein solches Projekt so viel Geld steckt, wenn er nicht möglichst oft genannt werden will. Das erste Foto wird Aufschluß geben.

Abzuwarten bleibt auch, wie sich die Damen gegen ihre Konkurrenten der anderen sieben Yachten behaupten werden. Chancen, für Deutschland zu starten, räumt man ihnen kaum ein – sie selbst sich auch nicht. Da sich die Skipper der teilnehmenden Yachten aber dahin geeinigt haben, daß die Viert-, Fünft- und Sechstplacierten der Ausscheidung für Österreich starten, sind die Chancen nach Cowes zu fahren, durchaus gegeben. Denn Yachten wie „Suca" (Hamburg) oder „Kühnerzug" dürften gegen die Neubauten kaum Chancen haben. Probleme würde es nur geben, österreichische Teilnehmerinnen zu finden, denn laut AC-Vorschrift müssen fünf Crew-Mitglieder aus dem Land sein, unter dessen Flagge die Yacht startet. Die Sorge, ob man die Damen denn in das bisweilen gefährliche Gewässer lassen kann, teilt Matthiesen nicht: „Es ist eine Frage, wie gesegelt wird. Abbrechen können wir immer."

Zunächst einmal geht es für die Crew darum, sich Konditionen anzutrainieren und über technische Details zu informieren. Am 28. Dezember starten die Damen für zwei Wochen nach Mallorca, wo sie auf einem geliehenen Eintonner trainieren werden. Das erste offizielle Trainingswochenende soll dann vom 3. bis 5. Mai vor Kiel stattfinden. Bis dahin herrscht weiter Spannung.

HANDBALL

Und nun ist Kiel vorne

sid/dpa, Gummersbach

Beständig ist in der diesjährigen Handball-Bundesliga der Männer nur der Wechsel an der Spitze. Am letzten Spieltag des Jahres 1984 übernahm der THW Kiel (14:6 Punkte) nach dem mageren 18:17-Erfolg beim Aufsteiger Wallau-Massenheim die Tabellenführung vor TuSEM Essen (13:7).

Besonders aufregend ging es am Samstag in Gummersbach zu. Horst Bredemeier, Trainer von Turu Düsseldorf, der als „Schlappner der Handball-Bundesliga" bezeichnet wird, lief mit hochrotem Kopf nach der 15:18-Niederlage beim VfL Gummersbach durch die leere Halle und schüttelte nur den Kopf: „In dieser Saison entscheiden nicht die Leistungen der Spieler, sondern die Unparteiischen über Meisterschaft und Abstieg. Mit einer neutralen Schiedsrichterleistung hätten wir ein Unentschieden erreicht." Auch Kollege Klaus Brand vom VfL Gummersbach schlug kritische Töne an: „Es ist dringend notwendig, das Reglement und die daraus resultierenden Schiedsrichter-Leistungen zu überdenken." Nach der neuen Regel soll jede Art von Körpereinsatz abgepfiffen werden. Dadurch wird das Spiel schon im Aufbau gestört, und es ergeben sich Situationen wie im Basketball.

Fünfzehn Minuten vor dem Ende drohte ein Eklat, als der Düsseldorfer Hertelt Nationaltorwart Andreas Thiel den Ball mit voller Wucht an den Kopf warf. Spieler, Trainer und Betreuer stürmten aufs Parkett, die Zuschauer warfen Gegenstände. Einige besonnene Spieler sorgten für Ordnung, so daß das Spiel beendet werden konnte.

BASKETBALL

Hagen sieht Titelchance

sid, Düsseldorf

Der BSC Saturn Köln gilt in der Basketball-Bundesliga zwar als klarer Favorit auf den Titel, doch ganz so leicht wollen es die Konkurrenten den Kölnern nicht machen. Vor allem der SSV Hagen, der am letzten Vorrundenspieltag gegen Meister Göttingen nur knapp mit 77:78 verlor, will in der am 12. Januar beginnenden Zwischenrunde vorne mitspielen.

„Köln ist Favorit, doch auch wir sehen eine kleine Chance", sagte Hagens Trainer Peter Krüsman den Kölnern den Kampf an. Hagen spielt zusammen mit Köln, Leverkusen und Osnabrück in der Gruppe A, während Göttingen sich mit Charlottenburg, Gießen und Bamberg in der Gruppe B auseinandersetzen muß. Punkte und Körbe aus der Vorrunde werden in die Zwischenrunde mitgenommen. Die ersten zwei jeder Gruppe kommen schließlich in die Play-Off-Runde, wo der neue Meister in Überkreuzspielen ermittelt wird.

Ob die Gruppeneinteilung so bleibt, ist allerdings noch nicht geklärt. Denn der USC Heidelberg, der punktgleich hinter Bamberg auf Rang neun landete und deshalb gegen den Abstieg spielen muß, wartet noch auf eine Entscheidung des Deutschen Basketball-Bundes (DBB) im Fall Bernd Kimpel.

Der Bamberger Center-Spieler war nach einer Unsportlichkeit im Spiel gegen Osnabrück disqualifiziert worden. Während sich die Instanzen des DBB noch darüber stritten, ob und welche Strafe zu verhängen sei, warf Kimpel bereits wieder Körbe für den 1. FC Bamberg. Die Heidelberger hoffen auf einen Punktabzug bei Bamberg und damit auf den achten Platz.

FUSSBALL

Albanien zur WM 1986?

sid, Tirana

Teamchef Franz Beckenbauer hatte noch in der letzten Woche auf Malta (3:2) feststellen müssen, daß die kleinen Fußball-Nationen den Abstand zu den großen verringert haben. Diese Erfahrung machten jetzt auch die Belgier, Vize-Europameister von 1980. Ihr Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel in Tirana verloren sie nach einer sehr schwachen Vorstellung gegen Albanien mit 0:2 (0:0).

Am Mittwoch schafften die Belgier wenigstens ein 0:0 in Griechenland, diesmal aber stöhnte Trainer Guy Thys: „Das war das schlimmste Spiel seit vier Jahren. Lediglich Torwart Jean-Marie Pfaff bot eine tadellose Leistung." Die Belgier, als Favorit der Europa-Gruppe eins neben dem WM-Dritten Polen gestartet, befinden sich plötzlich in einem Dreikampf um Platz eins, der die WM-Teilnahme 1986 in Mexiko automatisch sichert. Der Tabellenzweite muß noch ein Entscheidungsspiel austragen.

Trainer Guy Thys führte das Debakel von Tirana auf die 1:6-Schlappe des belgischen Tabellenführers RSC Anderlecht im UEFA-Pokal bei Real Madrid zurück: „Meine Spieler haben überhaupt kein Selbstvertrauen mehr." Obwohl Vandereycken und Vandenbergh fehlten, standen in der albanischen Hauptstadt noch fünf Spieler aus Anderlecht auf dem Platz. Gerade sie aber enttäuschten am meisten. Das Talent Enzo Scifo schied verletzt aus.

Für das Restprogramm mit dem Heimspiel gegen Polen (Hinspiel: 2:2) und den beiden Spielen gegen Griechenland ist die Ausgangsposition für Albanien sehr günstig.

Optimistischen Lebenssinn bewahren

Von WILLI WEYER

Vom stillen Sitzen ist noch keiner satt geworden. Wer in dieser Zeit mitkommen will, der muß schon zupacken. Die Turn- und Sportvereine haben die Hände auch im letzten Jahr nicht in den Schoß gelegt. Mehr als eine halbe Million neue Mitglieder sind das Ergebnis. Mehr Frauen als Männer wurden gezählt, jung und alt, gesunde und behinderte, einheimische und ausländische Mitbürger. Sie alle suchen bei uns in Bewegung, Sport und Spiel eine bißchen mehr Glück und persönliche Entfaltung. Und sie finden Freude und Freunde in dieser Gemeinde.

Dieser Erfolg ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Sie würde nur lähmen. Er setzt vielmer ein Zeichen für sportliches Engagement mitten in einer Gesellschaft, die nicht selten wehleidig beklagt, daß der Fortschritt nicht mehr so geschwind daherkommt. Aber auch dem Sport bläst der Wind mitten ins Gesicht. Gerichtsurteile stören seine Kreise. Administrative Auflagen drücken auf die Motivation der freiwilligen Helfer. Finanzlücken lassen sich nur noch mit doppeltem ehrenamtlichen Engagement *schließen*.

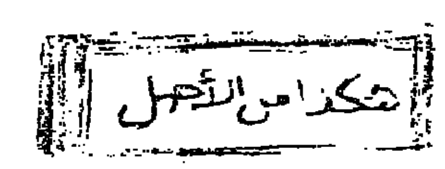
Es ist die Zeit der experimentellen Politik auch in der Sportbewegung. Sie versucht auf die Bedürfnisse der Menschen zu antworten. Patentrezepte gibt es nicht, nur vielgestaltige Lösungen. Die Erwartungen sind zu erfüllen, wenn Angebot und Infrastruktur in den Vereinen fortlaufend überprüft und situationsgerecht angepaßt werden. Und so, wie es bisher möglich war, das auf der Grundlage des Vereins zu meistern, was als Krise des Sports gelegentlich diagnostiziert worden war, so wird dies auch in Zukunft gelingen, wenn wir uns den optimistischen Lebenssinn bewahren.

Wer Sport für alle will, der muß auch Raum für alle schaffen! Mit seinem 3. Memorandum zum Goldenen Plan gibt der Deutsche Sportbund die politische Leitlinie dafür. Die Überholung der vorhandenen Anlagen und der Schutz der sozialen Gemeinschaftseinrichtungen des Sports vor dem Zugriff Fremder haben dabei den Vorrang. Es kommt im übrigen immer auf die Perspektive an, die Mut, Phantasie und Willen der Gemeinschaft mobilisiert. Wo der Wille ist, findet sich auch ein Weg, die damit zusammenhängenden finanziellen Probleme zu lösen. Die soziale Offensive des Sports muß weiterrollen.

Es geht aber auch um den Spitzensport. Die vier Jahre bis Seoul sind nur eine kurze Zeit, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die eine noch wirkungsvollere Vorbereitung unserer Athleten versprechen. Wenn 1988 alle wieder dabei sind, müssen wir nämlich beweisen, daß wir noch vorn mithalten können. Neue Wege werden gefordert und der Abschied von alten Gewohnheiten. Der Spitzensport hat seine eigenen Gesetze und harte Prinzipien. Ihnen sind wir verpflichtet und dem Athleten schuldig, alles, was in unseren Kräften liegt, für ihn zu tun.

Mit der Kraft unserer Gemeinschaft und Zuversicht werden wir weiter vorankommen. Unseren über zwei Millionen ehrenamtlichen Mitarbeitern danke ich. Ebenso den ungezählten treuen Freunden außerhalb unserer Sportbewegung. Wir sind einander verbunden.

Willi Weyer ist der Präsident des Deutschen Sport-Bundes.



Wir gratulieren dem Doppel-Weltmeister '84

Markenweltmeisterschaft für Audi und Fahrerweltmeisterschaft S. Blomqvist/B. Cederberg auf Audi quattro

Unsere Unternehmen haben wesentlich zu dem weltmeisterlichen Doppel-Erfolg beigetragen:

KKK Turbolader

Castrol

BOSCH

RECARO

BOGE Schwingungsdämpfung

FUSSBALL / Hannover 96 warf nach dem 1. FC Köln auch Schalke 04 aus dem Pokal – Krach nach Uerdingens 2:0-Sieg in Geislingen

Stuttgart muß in Saarbrücken noch nachsitzen

DW. Bonn

Im 42. Wettbewerb um den Vereinspokal des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) gab es im Achtelfinale folgende Ergebnisse:

Bundesliga unter sich: Bayern München (Titelverteidiger) – Mannheim 1:0 (0:0), dieses Spiel fand bereits am 4. Dezember statt. – **Bundesliga gegen Zweite Liga:** Hannover 96 – Schalke 04 1:0 (0:0), Aachen – Mönchengladbach 0:2 (0:0), VfB Stuttgart – 1. FC Saarbrücken 0:0 nach Verlängerung. – **Bundesliga gegen Amateure:** Jülich 1910 – Bremen 2:4 (1:3), dieses Spiel fand bereits am 12. Dezember statt, SC Geislingen – Uerdingen 0:2 (0:0). – **Zweite Liga gegen Amateure:** Eintracht Haiger – Solingen 0:8 (0:2).

Wahrscheinlich schon am 19. Januar 1985 (Samstag, 15.30 Uhr) wird das Wiederholungsspiel zwischen Saarbrücken und dem VfB Stuttgart ausgetragen. Saarbrücken muß auf Stürmer Wolfgang Seel verzichten, der nach zwei gelben Karten gesperrt ist. Das wegen Unbespielbarkeit des Rasens ausgefallene Spiel zwischen Hertha BSC Berlin und Bayer 04 Leverkusen wurde für den 23. Januar 1985 (20 Uhr) neu angesetzt.

Rieke Koekkoek, Spielführerin der deutschen Damen-Nationalmannschaft vom FSV Frankfurt, zog für das Viertelfinale, das am 16. Februar 1985 ausgetragen werden soll, die Begegnungen: Sieger aus Hertha BSC/Leverkusen – München, Uerdingen – Bremen, Solingen – Mönchengladbach, Sieger aus Saarbrücken/Stuttgart – Hannover 96. Nach zwei gelben Karten darf Mönchengladbach seinen Verteidiger Bernd Krauss in Solingen nicht einsetzen.

*

In der Bundesliga bleibt der 1. FC Köln einer der hartnäckigsten Verfolger des Tabellenführers Bayern München. Durch den 2:1-Erfolg bei Waldhof Mannheim schoben sich die Kölner mit 22:12 Punkten auf den dritten Rang vor. Für Köln erzielten Klaus Allofs (15. Saisontreffer) und Pierre Littbarski die Treffer, Werner Heck gelang für Mannheim das Anschlußtor. Noch zwei Nachholspiele stehen für den 26. Januar 1985 auf dem Programm: Mannheim – Schalke vom 13. Spieltag und Bielefeld – Dortmund vom 15. Spieltag.

Der Gang zum Konkursrichter war schon geplant, jetzt werden die Spieler mit Sekt überschüttet

BERND WEBER, Hannover

Die 60 000 Zuschauer im ausverkauften Niedersachsen-Stadion gebärdeten sich, als habe Hannover 96 soeben die dritte deutsche Meisterschaft seiner Vereinsgeschichte geholt. Die Spieler hüpften völlig außer sich vor Freude über die Tartanbahn. Sie warfen die schweißnassen Trikots in die jubelnde Menge und ließen sich mit Sekt bespritzen. Mitten im Pulk versuchte Trainer Werner Biskup zunächst noch Haltung zu bewahren, doch sein Bemühen war vergeblich. Tränen rannen ihm die Wangen hinunter – mit geradezu rührseliger Hilflosigkeit reagierte Biskup auf den Rausch des Augenblicks, auf den 1:0-Pokalsieg des von ihm betreuten Zweitliga-Vereins über den klassenhöheren FC Schalke 04. „Dies", so konnte er in die bereitgehaltenen Rundfunk- und Fernsehmikrophone nur noch krächzen, weil er seine Stimmbänder während der vorangegangenen 90 Minuten total überstrapaziert hatte, „dies ist der größte Tag in meiner Trainerlaufbahn. Ich bin stolz und dankbar, eine solche Truppe betreuen zu dürfen."

Die „Truppe" bekundete, daß die Zuneigung auf Gegenseitigkeit beruhe. Noch lange nach dem Abpfiff dröhnten immer wieder wilde Gesänge aus der Kabine. Werner Biskup, so intonierten die Spieler, sei „der beste Mann der Welt". Präsident Horst-Fredo Henze war der einzige, der im allgemeinen Tohuwabohu die Übersicht behielt. Aber auch er sprach ungeniert von einem „Wunder", das in Hannover geschehen sei.

Tatsache ist: Als Henze vor vier Jahren das Präsidentenamt übernahm, stand sein Klub vor dem totalen Bankrott. Rund 4,6 Millionen Mark Schulden drückten. Keine Bank war mehr bereit, Hilfe zu leisten. Die Fans ließen den einzigen Renommierverein der niedersächsischen Landeshauptstadt im Stich. Meist spielte eine überalterte, leistungsunwillige, ja wohl auch leistungsunfähige Legionärstruppe vor kaum mehr als 2000 Zuschauern. „Vor etwas mehr als einem Jahr", sagte Henze zur WELT, „schien dann endlich der Punkt gekommen, an dem eigentlich nichts mehr ging. Ich hatte mich damals im Grunde darauf eingerichtet, zum Konkursrichter zu gehen und die Auflösung unseres Traditionsklubs zu beantragen." Doch bevor er diesen Schritt endgültig tat, wagte der Präsident noch einen Kraftakt „wider jegliche wirtschaftliche Vernunft": Trainer Gerd Bohnsack wurde entlassen, der seinerzeit arbeitslose Biskup geholt. Der schaffte das Nahziel, die Mannschaft vor dem Abstieg zu retten. Mehr noch: Mit seiner engagierten Art impfte er ihr neuen Kampfgeist ein, der auch die Zuschauer wieder neugierig machte. Als die Hannoveraner im Pokalwettbewerb der letzten Saison zuerst den 1. FC Köln schlugen und danach nur knapp mit 0:1 gegen Borussia Mönchengladbach unterlagen, war das Niedersachsen-Stadion zum ersten Mal nach langen Jahren jeweils fast ausverkauft. Henze: „Das war der Durchbruch."



So jubelt Hannover: Franz Gerber läßt sich von Mitspieler Uwe Ronge auf den Arm nehmen. FOTO: SVEN SIMON

Mit einem total verjüngten Team ging Biskup in die neue Meisterschaftssaison. Nicht abzusteigen, das war das erklärte Saisonziel. Bei Halbzeit ist eingetreten, was das Wort „Wunder" verständlich macht. Die Mannschaft steht auf dem vierten Tabellenplatz der zweiten Liga, hat Aufstiegsambitionen und den kalkulierten Heimspielzuschauerschnitt von 4000 auf über 12 000 hochgeschraubt. Nach den Pokaleinnahmen gegen Köln und jetzt gegen Schalke im laufenden Wettbewerb ist Hannover 96 nahezu schuldenfrei. Wer so reichlich bekommt, kann reichlich geben: Die Spieler und der Trainer kassierten nach dem Samstags-Triumph 4500 Mark. Noch einmal Henze: „Wir alle hier sind überglücklich, und die Freude wird nicht um einen Deut dadurch geschmälert, daß wir für die nächste Runde mit dem Auswärtsspiel bei 1. FC Saarbrücken oder beim VfB Stuttgart nun wahrlich kein Glückslos gezogen haben."

Trainer Werner Biskup hat auf die Frage, ob er seinen am Saisonende auslaufenden Vertrag verlängern möchte, klar erklärt: „Natürlich, Henze braucht nur die neue Jahreszahl einzusetzen." Indes, was diesen Punkt betrifft, gibt sich der noch zurückhaltend. In Hannover ist es nämlich ein offenes Geheimnis – und das ist der einzige Wermutstropfen im Becher überschwappender Freude –, daß Biskup zuweilen und besonders nach Aufregungen gehörigen Durst bekommt . . .

Faustschlag nach dem Spiel – Strafantrag?

MARTIN HÄGELE, Geislingen

„Der Herget ist mir nur aufgefallen, weil sein Trikot aus der Hose hängt – aber so einer darf kein Nationalspieler sein." Das sagte Heinz Weber, Abteilungsleiter des SC Geislingen, über Franz Beckenbauers Libero Nummer eins.

„Wenn das Spitzenfußball ist, was Uerdingen geboten hat, dann deutscher Fußball gute Nacht." Dieses harte Urteil fällte Geislingens Trainer Jakob Baumann.

„Vor dem Spiel haben die Uerdinger immer über die arroganten Bayern und Hamburger gelästert. Aber im Gegensatz zu den Uerdingern sind HSV-Spieler und Funktionäre lauter anständige Leute." Zu diesem Schluß kam Heinrich Reinemer, Sportredakteur und Ehrenvorsitzender des SC Geislingen.

„Scheiß-Schlägermannschaft, haut ab hier." Das waren die erzürnten Worte von Uli Haug, Spielmacher des SC Geislingen.

Der Abgang von Bayer Uerdingen, Tabellenfünfter der Bundesliga, aus dem Eybach-Stadion am Fuße der Schwäbischen Alb vollzog sich alles andere als erfreulich. Nichts mehr mit „hinterher zusammen einen schönen Schnaps trinken", wie das die Uerdinger Delegation vor dem Anpfiff angekündigt hatten.

Im Gegenteil: Die Spieler und Funktionäre des SC Geislingen, im Volksmund *„die HSV-Killer"* und auf Autoaufklebern als „deutscher Pokalschreck 84/85" apostrophiert, schleuderten den Uerdingern nur noch alles erdenklich Böse an den Kopf. Sogar von Strafanzeige gegen Bernd Lehmann, den Assistent-Trainer des Bundesligaklubs, war da die Rede. „Uff oimal han i oine an de Gosch draghett", erklärte der verletzte Geislinger Torjäger Wolfgang Haug. Auf Deutsch: „Plötzlich hatte ich eine Faust auf dem Mund." Und die Faust, die ihm da vor der Uerdinger Kabine aufs Maul krachte und eine gespaltene Lippe zurückließ, soll, so behaupteten die Geislinger zuerst, dem Herrn Lehmann gehört haben.

Doch schon gestern morgen hat sich Heinz Weber, der den Uerdingern am schlimmsten an den Karren gefahren war, bei Lehmann entschuldigt. Ganz offensichtlich hat sich jene Darstellung der Geschichte, die „sogenannte Uerdinger Version", als richtig erwiesen: Haug, der sich für ein bitterböses Foul von Brinkmann am Trainersohn Rolf Jakob habe rächen wollen, sei in der Uerdinger Umkleidekabine an den Falschen geraten. Manager Reinhard Roder habe den aufgebrachten Schwaben in bester Rausschmeißer-Manier aus dem Umkleideraum befördert. Nun wollen die Geislinger dem Manager des Bundesligaklubs juristisch ans Leder: „Es ist traurig, wenn sich Herr Roder nicht in der Gewalt hat", sagt Heinz Weber. Er wird Wolfgang Haug empfehlen, Strafantrag zu stellen.

Die Uerdinger aber wollten möglichst schnell vergessen, was da vor 8000 Zuschauern und im Handgemenge hinterher passiert war. „Wollt ihr das wirklich alles schreiben", fragte *Matthias Herget* die Reporter. Man habe dem Publikum und auch den Spielern keinen Gefallen getan, bei solch miserablen Platzverhältnissen überhaupt anzupfeifen, so der Libero der Nationalelf. Die Erklärung von Trainer Karl-Heinz Feldkamp („Wenn der Schiedsrichter von Anfang an hart durchgegriffen hätte, dann hätte er heute 22mal die Gelbe Karte ziehen müssen"), kann gut und gerne als offizielles Eingeständnis für eine gewaltige Holzerei genommen werden. *Feldkamp:* „Für die Geislinger ging es doch um sehr viel, und wir waren eben nicht bereit, von den Amateuren alles einzustecken."

Einige Geislinger Spieler sind sogar bereit zu schwören, der Uerdinger Trainer habe seine Leute zu dieser ruppigen Gangart direkt aufgefordert. Weber: „Zehn Sekunden vor dem schweren Foul an Rolf Baumann hat Feldkamp zu Brinkmann geschrien, es sei jetzt an der Zeit, daß er dem Jakob mal auf die Knochen haue."

Zum Spiel: 87 Minuten lang war kein Unterschied zwischen Bundesliga und Amateuroberliga zu erkennen. Dann verwandelte Herget einen Freistoß. Gegen die nun resignierenden Amateure gelang Mittelstürmer Schäfer in den Schlußsekunden das zweite Tor. In der Pressekonferenz erklärte Jakob Baumann: „Mit Libero Owzarek, Seufferlein und Torjäger Haug hätten wir die Uerdinger geschlagen." Niemand konnte widersprechen, die drei Spieler saßen verletzt auf der Tribüne.

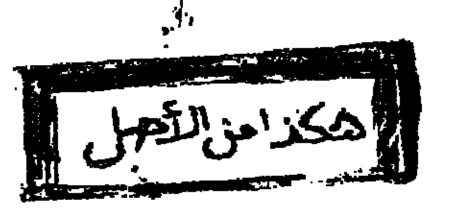
Fans randalierten in Aachen, zehn Polizisten verletzt

dpa/sid, Aachen

Eine traurige Bilanz mußte die Polizei nach dem Pokalspiel zwischen Aachen und Mönchengladbach ziehen: Zwei Mönchengladbacher Fans und zehn Polizeibeamte wurden verletzt und mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Von den Polizisten kamen fünf ins Krankenhaus, einer mußte mit einer Gehirnerschütterung und anderen Verletzungen dort bleiben. Die Ausschreitungen waren von den Mönchengladbacher Fans angezettelt worden.

Zwei Mönchengladbacher landeten schon vor dem Spiel wegen Volltrunkenheit in Polizeigewahrsam. 20 andere Rowdies wurden wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und anderer Ausschreitungen während des Spiels von der Polizei abgeführt. Die meisten standen unter Alkoholeinfluß, nach Ende des Spiels wurden sie freigelassen.

Von den 700 Borussen-Fans gehörten nach Darstellung der Polizei 200 bis 300 zu den Randalierern, die ständig Schlägereien suchten, Konfetti in Brand setzen und auch Zäune einrissen. Auf der Stehtribüne brachen sie sogar die sogenannten Wellenbrecher ab, so daß die Zuschauer ins Rutschen gerieten und zum Teil übereinander nach unten stürzten. Nach Angaben der Polizei kam es nur wie durch ein Wunder zu keinem größeren Unfall. Die Stahlrohre der Wellenbrecher hatten die Fans vorher angesägt.



SPORT-NACHRICHTEN

Deutscher Sieg im Doppel

Miami Beach (sid) – Silke Meier (Kaiserslautern) und Claudia Porwick (Fürth) gewannen bei der inoffiziellen Weltmeisterschft der Tennis-Junioren (unter 16 Jahre) in Miami Beach (US-Bundesstaat Florida) das Finale im Mädchen-Doppel. Sie bezwangen die beiden Kanadierinnen Gillian Alexander und Karthy Sipos mit 6:3 und 6:4.

UdSSR Turniersieger

Moskau (sid) – Die Eishockeymannschaft der UdSSR gewann das Turnier um den Iswestija-Cup in Moskau ungeschlagen. Im letzten Spiel besiegten die Sowjets das Team der CSSR mit 5:0. Deutschland wurde nach der 3:6-Niederlage gegen Finnland ohne Punktgewinn Letzter.

Platini in Ehrenlegion

Paris (dpa) – Der Kapitän von Fußball-Europameister Frankreich, Michel Platini, wurde in Paris zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Nachfolger von Fernand Sastre als Präsident des Französischen Fußball-Verbandes (FFF) wurde der bisherige Vize-Präsident Jean Fournet-Fayard.

Heimreise mit Verletzten

München (sid) – Der FC Bayern München, Tabellenführer der Fußball-Bundesliga, kehrt von seiner Ägypten-Reise mit zwei Verletzten zurück. Beim 2:1-Sieg über *National Kairo* erlitten Wolfgang Dremmler eine Oberschenkelzerrung und Bernd Martin einen Muskelfaserriß.

Witt wieder Meisterin

Berlin (dpa) – Olympiasiegerin Katarina Witt (Karl-Marx-Stadt) gewann bei den Eiskunstlaufmeisterschaften der „DDR" zum fünften Mal den Titel bei den Damen. In der Herren-Konkurrenz siegte Falko Götz.

Evelyn Ashford vor Koch

Los Angeles (dpa) – Die Doppel-Olympiasiegerin Evelyn Ashford (USA) wurde vom amerikanischen Leichtathletik-Magazin „Track and Field News" zur „Leichtathletin des Jahres" gewählt. Auf den Plätzen zwei und drei folgen mit Marita Koch und Heike Daute zwei Sportlerinnen aus der „DDR".

Spieler setzte sich ab

Mannheim (sid) – Der „DDR"-Eishockeyspieler Stefan Steinbock vom Meister Dynamo Ost-Berlin hat sich beim Vier-Länder-Turnier in Wien von seiner Mannschaft abgesetzt und dem Bundesligaklub Mannheimer ERC angeschlossen.

Behle weit abgeschlagen

Via di Sole (sid) – Der Willinger *Jochen Behle* kam beim 15-km-Rennen der Skilangläufer in Val di Sole mit über zwei Minuten Rückstand auf den Sieger Andy Grünenfelder (Schweiz/40:19,6 Min.) in 42:50,2 Minuten nur auf Rang 32. Bester Deutscher war der Münchner Stefan Dotzler auf Platz acht.

Schneller Lodziewski

Rostock (sid) – Sven *Lodziewski* verbesserte bei den „DDR"-Hallenmeisterschaften im Schwimmen den „DDR"-Rekord über 1500 m Freistil um mehr als zehn Sekunden auf 14:47,45 Minuten. Schneller auf der 25-m-Bahn war in der Welt bisher nur Wladimir Salnikow (UdSSR), der mit 14:37,60 die Weltbestzeit hält.

Rad: Devlaeminck tritt ab

Overijse (sid) – Der 37 Jahre alte belgische Rad-Profi Roger Devlaeminck, viermaliger Sieger des Klassikers Paris–Roubaix, beendete seine Karriere mit einem sechsten Platz bei einem Mannschafts-Querfeldeinrennen in Overijse bei Brüssel. Es siegten van der Poel und Kuiper.

Vier Wochen Frist

Hamburg (dpa) – In vier Wochen ist spätestens entschieden, ob der Große Preis von Deutschland in der Formel 1 am 4. August 1985 wie geplant auf dem neuen Nürburgring oder aber auf dem Hockenheimring stattfindet. Die Anmeldung des Nürburgrings wurde storniert, weil sich der AvD und der ADAC mit der Nürburgring GmbH nicht über die Höhe der Rennstreckenmiete für die nächste Saison einigen konnten.

AS Rom nur Straßenteam

Stuttgart (sid) – Die beim Stuttgarter Hallen-Fußballturnier angetretene Mannschaft des AS Rom bestand nur aus Spielern von der Straße. Nachdem die Italiener ihre ersten beiden Spiele gegen den Gastgeber Stuttgarter Kickers mit 0:3 und gegen die *Bundesligamannschaft* des Karlsruher SC mit 0:4 verloren hatten, gaben sie zu, nur einer Tochter-Organisation des AS Rom anzugehören.

TENNIS / WELT-Interview mit der Amerikanerin Martina Navratilova

In zwei Jahren Schluß mit Turnieren Traum von einer Farm und Tierzucht

HEINZ HORRMANN, Bonn

Drei Wochen hat Martina Navratilova, die unbestrittene Nummer eins im Welttennis, Pause gemacht. Das 400 000-Dollar-Turnier in Tokio sagte sie ab. Das kann sie sich leisten. Allein an Preisgeldern verdiente sie 1984 umgerechnet 6,5 Millionen Mark, hinzu kommen noch die Einnahmen aus der Werbung. In dieser Statistik folgt Chris Evert-Lloyd mit 1,7 Millionen Mark an zweiter Stelle. Die gebürtige Tschechoslowakin, die inzwischen die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, hat in ihrer Karriere bis heute mehr Preisgeld kassiert als je ein Spieler vor ihr, Björn Borg und John McEnroe eingeschlossen. In Australien, wo sie ausspannte, sprach sie zum ersten Mal vom Aufhören. In zwei Jahren wolle sie den Turnier-Marathon abbrechen.

WELT: Wenn Sie einmal verlieren, ist das im Sportkalender ein Jahresereignis. Von den 260 Einzel-Spielen, die Sie seit 1982 bestritten, haben Sie 255 gewonnen. Ist das nicht selbst für eine so engangierte Frau mit der Zeit langweilig und ermüdend?

Navratilova: Früher wäre die Frage vielleicht berechtigt gewesen. Heute möchte ich immer gewinnen, sobald ich einen Tennisschläger in die Hand nehme. Je besser ich spiele, desto deutlicher realisiere ich doch, wie viele Möglichkeiten zu Leistungssteigerungen immer noch vorhanden sind. Allerdings bin ich 28 Jahre alt und muß für eine physische Topform, die dazugehört, weitaus mehr tun als noch vor fünf oder sechs Jahren. Ich esse ständig Diät, lasse grundsätzlich jede Art von Fett weg und trainiere kontinuierlich für die Kondition.

WELT: Registrieren Sie persönliche Rekorde, wie sie in Statistiken geführt werden?

Navratilova: Ja, ich ziehe daraus eine Menge Motivation. Beispielsweise, den Grand Slam in einem Kalenderjahr zu gewinnen, die größte Summe an Turniererfolgen überhaupt zu erreichen und damit die erfolgreichste Spielerin aller Zeiten zu sein, das ist immer wieder Ansporn. Dafür lohnt es sich, Strapazen durchzustehen.

WELT: Wer Sie heute sieht, kommt eigentlich nicht auf den Gedanken, daß Sie irgendwann aufhören werden. Haben Sie selber ans Aussteigen aus dem Turnier-Marathon gedacht?

Navratilova: Selbstverständlich. Ich will mich jetzt noch nicht endgültig festlegen, aber der Rahmen ist gesteckt. *In zwei Jahren ist mit seriösen* Wettbewerben, also den Turnierserien, endgültig Schluß.

WELT: Haben Sie nicht ein bißchen Angst, daß dann eine große unauffüllbare Leere eintreten könnte?

Navratilova: Um Himmels willen, nein. Den Freiraum, den ich dann habe, kann ich beispielsweise zum Golfspielen ausnutzen und zum Skilaufen, wann immer ich will. Ganze zwei Mal habe ich in diesem Jahr Golf gespielt. *Wichtiger aber ist noch,* daß ich nicht mehr unbedingt



Mehr verdient als Borg und McEnroe: Martina Navratilova
FOTO: BAADER

etwas für die Beine, für die Schläge, Fitness und Form tun muß, sondern endlich etwas für den Kopf. Ich will mehr wissen, möchte Schulen besuchen, um mich zu bilden. Ich will große Zusammenhänge in Politik, Wissenschaft oder Kunst verstehen lernen.

WELT: Pläne schmieden, auch ein bißchen von dem Tag nach dem letzten Sieg träumen, macht Spaß. Gibt es noch andere Vorfreuden auf diesen Neubeginn?

Navratilova: Natürlich habe ich so etwas alles in Gedanken konzipiert. Ich möchte beispielsweise einmal eine Ranch haben und Tiere züchten. Das würde mir unendliche Freude bereiten.

WELT: Fernsehreporter haben Sie gefragt, ob Sie heiraten und Kinder haben wollen? Wie beantworten Sie solche Fragen?

Navratilova: *... daß ich das zur Zeit* einfach noch nicht weiß.

WELT: Sie haben rund 25 Millionen Mark Preisgeld erspielt, die höchste Summe im Tennissport überhaupt. *Empfinden Sie* bei einem Match dennoch Spaß und Spielfreude?

Navratilova: Ich bin das so oft gefragt worden. Natürlich ist Tennisspielen mein Beruf. Den will ich möglichst perfekt ausführen. Aber da ist immmer noch spontane Freude, Spaß, Zufriedenheit oder auch mal Verärgerung über eine Fehlentscheidung, die mich erregt.

WELT: Bei den australischen Meisterschaften in Brisbane haben Sie mit Zurufen zweimal den Unparteiischen aufgefordert, eine Entscheidung zu Ihren Gunsten zu korrigieren. Der hat das auch prompt getan ...

Navratilova: Eigentlich nehme ich eher eine Fehlentscheidung hin, als daß ich Theater mache. Wenn es aber zu kraß ist, oder wenn sich Linien- und Schiedsrichter über einen Ball nicht einig sind, frage ich nach. Das ist kein Bonuspunkt, sondern mein gutes Recht.

WELT: Ihr erster Trainer Jiri Parma hat einmal gesagt, schon als *Mädchen (noch ohne große* Erfolge) habe man in Ihnen den zukünftigen Champion erkennen können. Wenn wir jetzt noch einmal auf das Ende Ihrer Karriere zu sprechen kommen, wen sehen Sie denn als mögliche Nachfolgerin?

Navratilova (etwas unwillig): Da müssen Sie sich schon selber umsehen ...

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Gruppe 1: Albanien – Belgien 2:0 (0:0).

DIE TABELLE

1.Polen	2	1	1	0	5:3	3:1
2.Albanien	3	1	1	1	5:5	3:3
3.Belgien	3	1	1	1	3:3	3:3
4.Griechenland	2	0	1	1	1:3	1:3

Länderspiel: Türkei – Luxemburg 1:0 (1:0).

„DDR"-Pokal, Achtelfinale, Rückspiele (in Klammern Ergebnisse der Hinspiele, fett gedruckte Vereine im Viertelfinale): **Dynamo Dresden** – Hansa Rostock 1:1 (2:2), **Chemie Leipzig** – Stahl Riesa 1:0 (0:0), **Dynamo Berlin II** – *Dynamo Dresden II* 2:2 (2:1), **Vorwärts Frankfurt/Oder** – Lok Leipzig 3:0 (1:3), **Vorwärts Stralsund** – Chemie Velten 3:1 (2:2), **1. FC Magdeburg** – Sachsenring Zwickau 1:0 (1:1), **Rot-Weiß Erfurt** – 1.FC Magdeburg II 2:0 (3:1), **Dynamo Berlin** – Wismut Aue 2:0 (1:3).

Englische Meisterschaft, 20. Spieltag: Luton Town – West Bromwich 1:2, Arsenal – Watford 1:1, Aston Villa – Newcastle 4:0, Everton – Chelsea 3:4, Manchester United – Ipswich 3:0, Norwich – *Tottenham* 1:2, Queens Park – Liverpool 0:2, Sheffield – Stoke 2:1, West Ham – Southampton 2:3. – Tabellenspitze: 1. Tottenham 41:20 Tore/39 Punkte, 2. Manchester 41:24/38, 3. Everton 43:27/37, 4. Arsenal 39:26/26.

Hallenturnier in Stuttgart, Finale: Ungarn – Roter Stern Belgrad 4:0, um Platz 3: Karlsruher SC – Stuttgarter Kickers 5:2, um Platz 5: AS Rom – VfB Stuttgart Amateure 4:3.

EISHOCKEY

Iswestija-Pokal in Moskau, letzter Spieltag: Finnland – Deutschland 6:3, UdSSR – CSSR 5:0.

DIE TABELLE

1.UdSSR	4	4	0	0	29:1	8:0
2.CSSR	4	2	0	2	17:15	4:4
3.Finnland	4	2	0	2	16:20	4:4
4.Schweden	4	2	0	2	8:17	4:4
5.Deutschland	4	0	0	4	7:24	0:8

TENNIS

Orange Bowl in Miami, inoffizielle Weltmeisterschaft der Junioren (unter 16 Jahre), Endspiele, Jungen-Einzel: Skopf (Österreich) – Roldan (Argentinien) 6:1, 6:4. – Doppel: Parker/Jensen (USA) – Boetsch/Grenier (Frankreich) 7:6, 6:4. – Mädchen, Einzel: Fernandez (USA) – Tarabini (Argentinien) 6:4, 6:1, Doppel: Meier/Porwik (Deutschland) – Alexander/Sipos (Kanada) 6:4, 6:3.

SCHWIMMEN

„DDR"-Hallenmeisterschaften in Rostock (25-m-Bahn), Männer: 200 m Freistil: 1. Richter (Dresden) 1:47,89, 2. *Himmeburg (Rostock)* 1:48,22, 3. *Ließ* (Halle) 1:48,57, 1500 m: Lodziewski (Ost-Berlin) 14:47,45 („DDR"-Rekord), 200 m Brust: 1. Buttgereit 2:15,75, 2. Grzywotz (beide Ost-Berlin) 2:17,09, 100 m Schmetterling: 1. Drobny (Halle) 55,48, 2. *Dreßler (Leipzig)* 55,51, 100 m Rücken: 1. Richter 55,31, 2. Baltrusch (Magdeburg) 55,84, 400 m Lagen: 1. Richter 4:20,16, 2. Hannemann (Ost-Berlin) 4:20,63. – Frauen: 100 m Freistil: 1. Friedrich (Karl-Marx-Stadt) 56,10, 400 m Freistil: Strauß (Ost-Berlin) 4:07,88, 2. Richter (Halle) 4:08,29, 100 m Brust: 1. Börnicke (Potsdam) 1:10,24, 2. Hörner (Leipzig) 1:11,39, 200 m Schmetterling: 1. Zenner (Karl-Marx-Stadt) 2:11,56, 2. Alex (Erfurt) 2:12,70, 200 m Rücken: 1. Zimmermann (Karl-Marx-Stadt) 2:11,12, 2. Sirch (Erfurt) 2:12,58, 400 m Lagen: 1. Gerstenberger (Dresden) 4:50,63.

HANDBALL

Bundesliga, Männer: Lemgo – Weiche-Hadewitt 22:18, Großwallstadt – Hüttenberg 20:19, Gummersbach – Düsseldorf 18:15, Wallau-Massenheim – Kiel 17:18.

1. Kiel	10	7	0	3	222:204	14:6
2. Großwallst.	11	6	2	3	219:205	14:8
3. Gummersb.	10	5	3	2	215:194	13:7
4. Essen	10	6	1	3	180:162	13:7
5. Hofweier	10	6	0	4	213:206	12:8
6. Hüttenberg	10	5	2	3	212:209	12:8
7. Düsseldorf	9	4	2	3	175:170	10:8
8. Dankersen	10	4	2	4	181:180	10:10
9. Schwabing	9	3	2	4	161:163	8:10
10. Reinickendorf	10	3	2	5	211:212	8:12
11. Bergkamen	8	3	1	4	168:166	7:9
12. Weiche	10	3	0	7	190:218	6:14
13. Wallau	11	2	2	7	183:202	6:16
14. Lemgo	10	2	1	7	166:203	5:15

Das Spiel Bergkamen – Düsseldorf (12:27) wurde annulliert und wird neu angesetzt.

Bundesliga Frauen, Gruppe Süd, Nachholspiel vom 4. Spieltag: TSV Guts Muths Berlin – VfL Sindelfingen 20:16. Die Tabelle:

1. Frankfurt	8	7	1	0	166:136	15:1
2. Lützellinden	9	7	1	1	205:141	15:3
3. Nürnberg	9	5	2	2	160:148	12:6
4. Auerbach	9	5	0	4	129:119	10:8
5. Sindelfingen	8	4	1	3	119:118	9:7
6. TSV Berlin	*9*	*4*	*1*	*4*	*159:147*	*9:9*
7. Würzburg	9	3	2	4	130:131	8:10
8. VfL Berlin	9	4	0	5	109:136	8:10
9. Malsch	9	1	0	8	110:176	2:16
10. Gießen	9	0	0	9	89:124	0:18

BASKETBALL

Bundesliga, Männer: Leverkusen – Düsseldorf 106:67, Hagen – Göttingen 77:78, Bamberg – Köln 60:65, Charlottenburg – Gießen 99:81, Osnabrück – Heidelberg 75:65. – Tabelle: 1. Köln 34:2 Punkte, 2. Göttingen 32:4, 3. Hagen 24:12, 4. Charlottenburg 22:14, 5. Leverkusen 20:16, 6. Gießen 16:20, 7. Osnabrück 12:24, 8. Bamberg 10:26, 9. Heidelberg 10:26, 10. Düsseldorf 0:36.

BOXEN

Bundesliga, 2. Wettkampftag: BSK Ahlen – BC Eichstädt 14:12, BS Württemberg – Ringfrei Mühlheim 13:12, Bayer Leverkusen – CSC Frankfurt 14:12.

VOLLEYBALL

Internationales Turnier der Männer in Haarlem: Kuba – Deutschland 3:0 (15:6, 15:11, 16:14), Holland – Südkorea 3:1 (11:15, 15:8, 15:10, 15:5), Deutschland – Südkorea 0:3 (11:15, 4:15, 9:15), Holland – Kuba 1:3 (16:14, 8:15, 11:15, 8:15). – Turnier der Damen: Deutschland – Holland 3:0, Kuba – Südkorea 3:0 (15:10, 15:13, 15:7), Deutschland – Kuba 0:3 (11:15, 6:15, 11:15), Holland – Südkorea 0:3 (3:15, 11:15, 11:15). – Bundesliga, Damen: Viktoria Augsburg – VC Schwerte 3:1 (15:11, 15:6, 10:15, 15:6).

RINGEN

Deutsche Meisterschaft, Halbfinale, Hinkämpfe: Aalen – Reilingen 22,5:14,5, Wiesenthal – Urloffen 24:13.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 15, 17, 18, 24, 31, 44, Zusatzzahl: 14. – Spiel 77: 5 7 8 5 5 6 1. – **Toto,** Elferwette: 2, 2, 1, 0, 2, 0, 2, 2, 0, 1, 2. – 6 aus 45: 25, 26, 31, 35, 40, 45, Zusatzspiel: 12. – **Rennquintett,** Rennen A (ausgelost): 2, 1, 7. – Rennen B: 32, 29, 23. (ohne Gewähr).

Bonn fordert von der Unesco umfassende innere Reformen

UNO-Organisation „zu einem linken Propagandainstrument gemacht" / Einsparungen verlangt

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

In der Union wird der Mißmut über die Politik der Unesco und die antiwestliche Kritik ihres Generalsekretärs Amadou M'Bow immer deutlicher. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, sagte der WELT: „Herr M'Bow wäre gut beraten , als der von den Unesco-Mitgliedern finanzierte Generalsekretär, der die Unesco mit großer Intelligenz zu einem linken Propaganda-Instrument gemacht hat, diese Mitglieder nicht weiter zu beschimpfen."

Die Bundesregierung habe sich dazu entschlossen, so Klein, die von den USA, Großbritannien und den Niederlanden verlangten Reformen „von innen heraus mitzubetreiben". Wenn aber „Herr M'Bow uneinsichtig bleibt und die nötigen Reformschritte nicht unternimmt, dann wird die Bundesregierung sicher unter internen Druck geraten, ihren Standpunkt zu überdenken."

Der Bundesaußenminister habe im letzten Jahrzehnt reichlich Erfahrungen mit der Unesco sammeln können und werde zu „solch einer Überprüfung kommen, wenn sich nichts ändert". Klein wies in diesem Zusammenhang auf die , wie er sagte, „Bravour-Leistung" des Außenministers hin, als dieser die „Vorgaben aus dem Bundeskanzleramt in der Ära Schmidt zum Thema Weltinformationsordnung erfolgreich bekämpfte". Genscher gehöre sicher nicht zu den Bewunderern des Herrn M'Bow. Ihm sei Besonnenheit und der Blick auf die eigene Partei wohl zu unterstellen.

Mehrbelastungen, die sich aus dem Austritt der USA für zahlungskräftige Mitglieder ergeben könnten, habe die Bundesregierung immer zurückgewiesen. Bonn werde jetzt im Gegenteil darauf dringen, daß Einsparungen vorgenommen werden. Das sei gut möglich, meinte Klein. „Es hat sich dort eine eigene Kaste von Menschen entwickelt, die weitgehend von Konferenzspesen lebt." Diese Menschen würden zum Teil nur deshalb auf den Westen schimpfen, weil sie sonst nicht mehr zu den Konferenzen dürften. Das sei freilich kein Grund, dies noch länger hinzunehmen. Es liege aber der CDU/CSU viel daran, die wichtige und wertvolle Unesco für den Zweck zu erhalten, für den sie bestimmt ist.

Ebenfalls in diesem Sinn äußerte sich der außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Hans Graf Huyn. Der entscheidende Punkt sei, daß „diejenigen Nationen, die den höchsten Beitrag leisten, es nicht zulassen dürfen, daß die für Wahrung, Entwicklung und Schutz der Kultur zuständige Weltorganisation in ein Kampfinstrument gegen die Interessen des Westens umfunktioniert wird und nun einseitig dirigistische und pro-kommunistische Ziele verficht."

„Chance für drittes Wirtschaftswunder"

● Fortsetzung von Seite 1

nach mehr Arbeitsplätzen. Besonders erfreulich nannte es der Politiker, daß „die Unternehmen jetzt zunehmend zur klassischen Erweiterungsinvestition übergehen, weil ihre Kapazitäten nicht mehr ausreichen. Das schafft unmittelbar neue Arbeitsplätze."

„Wäre nicht eine stärkere Belebung der Nachfrage durch den Staat angezeigt, wie der Wirtschaftsminister sie selbst noch im Sommer forderte?" „Genau das tun wir mit der Steuerreform", betont Bangemann. Er habe zwar dafür plädiert, die Steuerentlastung nicht in zwei Stufen (1986/88) vorzunehmen, sondern auf einen Schlag, „aber der Verzicht ist mir leichtgefallen, weil es wichtiger war, daß wir einen Ersatz der Investitionsabgabe verhinderten."

Die Kritik der Wirtschaft an der Regierung – Managementfehler, Pannen, halbherzige Wende, Subventionsabbau – läßt Bangemann nur in einem Punkt gelten: beim Subventionsabbau. „Hier haben wir zuwenig Fortschritte erreicht," räumt er ein. Aber alles andere sei „vorzeigbar". In nur einem halben Jahr habe Bonn eine Fülle wichtigster Reformgesetze wie Existenzgründungsprogramme, Haushaltskonsolidierung, Abschaffung der Kuponsteuer, Kindergeld, Steuerreform, Babyjahr, Bundeswehrreform und manches andere angepackt. „Hauptproblem der Regierung ist vielleicht, daß sie zuviel zu schnell machen will."

Ein „Bombenerfolg" werde 1985 das Katalysator-Auto werden, prophezeit er. Die sozialliberale Regierung habe das Thema seit 1972 „verschlafen". 1985 werde es jedoch „viel mehr Käufer geben, als die Automobilindustrie sich heute träumen läßt".

Auf die Aktivseite bucht der FDP-Politiker auch die Entkrampfung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, wie sie kürzlich von DGB-Seite bestätigt wurde. „Dieser Trialog ist durch die Bundesregierung in Gang gekommen." Bei Amtsantritt vor einem halben Jahr habe er den ersten seiner vielen Antrittsbesuche den Gewerkschaften gewidmet.

„Übersteigt die Doppelfunktion Parteivorsitzender/Wirtschaftsminister nicht die Kräfte eines Politikers?" „Ich hoffe nicht", meint der designierte Genscher-Nachfolger. Er glaube, daß sich beides verbinden lasse, „dann werde ich eben noch die halbe Nacht arbeiten".

Bei der Frage, warum die FDP so stark in der Wählergunst sinke, wird Bangemann grundsätzlich: Erstens „wollen wir uns von Demoskopen nicht ins Bockshorn jagen lassen", zweitens sei auch die Lage in den Ländern nicht verloren, wenngleich schwierig. Im Bund stehe die bürgerlich-liberale Mehrheit wie 1983. Die FDP-Klientel bestehe zu jeweils einem Drittel aus Stammanhängern, Wechselwählern sowie Funktionswählern, die zur FDP wegen ihrer Regierungsfunktion neigen. Jedes Drittel könne zwischen zwei und vier Prozent der Stimmen erobern.

Vor allem die kritische Masse der Wechselwähler, die wegen bestimmter Sachprobleme ihr Kreuz machten, wolle die FDP ansprechen. „Hat sich die Kampagne um die Neidsteuer für die Partei ausgezahlt?" Demoskopisch sei das nicht sicher, meint Bangemann, aber nach dem Briefeingang und „gefühlsmäßig" sei der Vorstoß erfolgreich gewesen. Man hätte damit viele Wähler in CDU und SPD angesprochen, „denn auch in der SPD gibt es Anhänger der These, daß sich Leistung wieder lohnen muß".

73 politische Häftlinge aus „DDR" freigekauft

W. K. **Bonn**

Mit 73 politischen Gefangenen aus dem Sammellager des „DDR"-Staatssicherheitsdienstes in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) ist in diesem Jahr der letzte Transport freigekaufter Häftlinge in der Bundesrepublik eingetroffen. Unter den Gefangenen waren 25 Frauen. Nach vorläufiger Bilanz hat 1984 die Bundesregierung 2120 Gefangene freigekauft. Das ist die höchste Zahl seit Beginn dieser humanitären Aktionen im Jahre 1963. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet die Freikaufszahl für 1984 sogar eine Verdoppelung.

Ein unmittelbar vor Weihnachten geplanter Agentenaustausch zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" ist dagegen anscheinend geplatzt. Die Aktion wurde offenbar vertagt, weil sich der „DDR"-Geheimdienst nicht bereit fand, acht namentlich auf die Tauschliste gesetzte Mitarbeiter westlicher Nachrichtendienste als Gegenleistung für die Abschiebung von Ost-Spionen freizulassen. Damit scheint sich auch die Erwartung des in der Bundesrepublik seit 1976 inhaftierten „DDR"-Spitzenagenten Lothar-Erwin Lutze, vor Weihnachten freizukommen, nicht zu erfüllen.

Familien von drei Trainern ausgereist

dpa, **Hamburg**

Die vor Jahren aus der „DDR" in die Bundesrepublik geflüchteten Trainer Richard Wecke (Ratzeburg), Lothar Pöhlitz (Kürten) und Arno Schulz (München) konnten zwei Tage vor Heiligabend endlich ihre Frauen und Kinder in die Arme schließen, denen die Ausreise lange Zeit verwehrt worden war. Offenbar um Nachahmung zu verhindern, hatte sich die „DDR" bei der Familienzusammenführung von in die Bundesrepublik geflüchteten Sportexperten bisher äußerst restriktiv verhalten. Der „DDR"-Anwalt Wolfgang Vogel kündigte die Ausreise der Familienangehörigen von Wecke, Pöhlitz und Schulz am 18. Dezember telegraphisch an. Die drei Trainer hatten im September zusammen mit zwei ebenfalls aus der „DDR" geflüchteten Sportmedizinern sowie einem anderen Trainer mit einem Hungerstreik auf ihre Situation aufmerksam gemacht.

Reagan und Frau Thatcher einig. Mißverständnisse sind ausgeräumt

„Spaltungsversuche der Sowjets vergeblich" / Forschungsprogramm „Star War" voll unterstützt

FRITZ WIRTH, **Washington**

Premierministerin Margaret Thatcher räumte am Wochenende resolut Mißverständnisse und Spekulationen über Dissonanzen mit Washington aus. Ihrem dreistündigen Gspräch mit Präsident Reagan in Camp David waren Berichte vorausgegangen, daß ihre Regierung dabei sei, von der strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten abzudriften, und daß sich im Vorfeld der Genfer Abrüstungsgespräche zwischen den Außenministern Shultz und Gromyko in nuklearstrategischen Fragen ein deutlicher Graben zwischen London und Washington aufgetan habe.

„Alle derartigen Berichte sind falsch", erklärte sie nach ihrem Treffen mit Reagan kategorisch. „Ich war nicht überrascht zu erkennen, daß wir die Dinge im gleichen Licht sehen. Ich habe dem Präsidenten gesagt, daß ich es Herrn Gorbatschow vor einer Woche in London absolut klargemacht habe, daß es keine Chance gebe, daß die Sowjetunion in dieser Frage mein Land von den USA trennen könnte. Spaltungsversuche sind einfach nicht drin."

Diese Gespräche mit Gorbatschow und das positive Echo, das sie in der britischen und amerikanischen Presse fanden, hatten in der amerikanischen Öffentlichkeit den Verdacht geweckt, die Regierung Thatcher distanziere sich vom sogenannten Konzept des „Krieges der Sterne". Derartige Spekulationen waren im übrigen zu keinem Zeitpunkt von der Reagan-Administration ernst genommen worden.

Präsident Reagan versuchte dies demonstrativ deutlich zu machen, indem er am Samstag morgen die britische Premierministerin in Camp David mit ausgesuchter Herzlichkeit und Vertraulichkeit begrüßte. Beide Regierungschefs konzentrierten sich in den folgenden drei Stunden auf Zielrichtung und Strategie des beginnenden nuklearen Abrüstungsdialogs mit den Sowjets. „Es herrscht volle Übereinstimmung", summierte Frau Thatcher später den Tenor dieser Gespräche. „Jeder sowjetische Versuch, den Westen in dieser Frage auseinanderzudividieren, ist eine hoffnungslose Mission", erklärte sie.

Im Laufe der Pressekonferenz unmittelbar vor ihrem Abflug schälte sich dann immer deutlicher die britische Position zum SDI-Programm Präsident Reagans heraus. Die Briten unterstützen voll das Forschungsprogramm der sogenannten „Star-War"-Initiative Präsident Reagans. Sie beharrten jedoch darauf, daß einer Verwirklichung dieses Programms Verhandlungen mit den Sowjets vorausgehen sollten.

Frau Thatcher erklärte: „Wenn die Forschung an diesem Programm so weit gediehen ist, daß mit der Produktion und Installierung begonnen werden kann, sind Verhandlungen



Reagan und Frau Thatcher FOTO: AP

nötig, weil eine derartige Installierung durch zwei Verträge geregelt wird." Gemeint ist dabei der ABM-Vertrag des Jahres 1972 und der über die Militarisierung des Weltraums aus dem Jahre 1967. Von amerikanischer Seite hat es gegen diesen Vorbehalt Frau Thatchers bisher keine ernsthaften Einwände gegeben.

Insgesamt läßt sich der Standpunkt der Briten zum amerikanischen SDI-Programm auf diesen Nenner bringen: Die Installierung dieses Systems ist eine Sache der neunziger Jahre. Laßt uns die Forschung an diesem Programm unvermindert fortsetzen, zumal die Sowjets auf dem gleichen Gebiet arbeiten, und laßt uns alle anderen Probleme anfassen, sobald sie in den späten achtziger Jahren, beispielsweise bei der Erneuerung des ABM-Vertrags, akut werden.

Zur Stunde sei Einigkeit das wichtigste Prinzip der Bündnispartner. Die Briten haben in dieser Hinsicht Präsident Reagan ohne Einschränkung grünes Licht zu seiner Verhandlungsstrategie für die Genfer Gespräche gegeben, soweit diese Strategie bereits festgelegt ist. Ein leitender britischer Diplomat erklärte dazu: „Es muß verhindert werden, daß die Sowjets in Genf und bei möglichen weiteren nuklearen Abrüstungsgesprächen das SDI-Programm zum Hauptthema machen. Das bedeutsamste und dringlichste Problem unserer Tage ist nach wie vor die Bedrohung durch Offensivwaffen. Die Reduzierung dieser Bedrohung ist das Gebot der Stunde."

Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Washington zeichnen sich dagegen in der Diskussion über die Beibehaltung der Strategie der Abschreckung ab. In London ist man der Meinung, daß sich diese Strategie bisher bewährt hat und deshalb nicht ohne weiteres durch eine neue und noch nicht unbedingt sichere Strategie ersetzt werden sollte. Frau Thatcher erklärte dazu: „Ich glaube, daß die Abschreckung durch Nuklearwaffen geholfen hat, den Frieden zu bewahren. Wir werden mit dieser Strategie deshalb noch für einige Zeit leben."

In der Reagan-Administration teilt man diese Zukunftsvision offenbar nicht ganz. Verteidigungsminister Weinberger hatte in der vergangenen Woche dieses Konzept der gegenseitig angedrohten Vernichtung „allzu simplizistisch" genannt, und Präsident Reagan hatte kurz vor seinem Abflug nach Camp David am Wochenende zu diesem Thema festgestellt: „Die einzige Verteidigungswaffe, die wir heute besitzen, ist die Drohung: Wenn ihr Millionen unserer Menschen tötet, werden wir Millionen eurer Menschen umbringen. Ich entdecke darin keinerlei Moral, und deshalb suchen wir nach Wegen, die diese Waffen hinfällig machen."

